



TITELTHEMA

## An einen Tisch: Bekämpfung der Jugendgewalt erfordert Netzwerke



**AUSSTATTUNG**  
Aus Grün wird Blau:  
Auslieferung ab Mitte Juni



**EINSATZ**  
Nato-Gipfel 2009:  
Staatschefs und Demonstranten sicher begleitet

## Liebe Leserinnen und Leser,

die tragischen Ereignisse von Winnenden sind uns allen noch vor Augen. Die schockierende Nachricht vom Tod bringenden Amoklauf in einer Schule überschattete die interdisziplinäre Fachtagung zur Bekämpfung der Jugendgewalt, die genau zu dieser Stunde in der Aula der Bereitschaftspolizei in Mainz-Hechtsheim Polizeibeamte, Juristen, Sozialwissenschaftler und Pädagogen zusammengeführt hatte. Denn nicht erst seit Winnenden steht das Thema Jugendgewalt auf der Agenda der Polizei. Aber das Ereignis hat einmal mehr deutlich gemacht, wie bitter nötig die Auseinandersetzung mit dem Phänomen der zunehmenden Jugendgewalt in unserer Gesellschaft ist.



Horst Schaefer

Der Polizeikurier widmet dem Thema eine umfassende Betrachtung der Phänomenologie sowie der bereits eingeleiteten und der in naher Zukunft vorgesehenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendgewalt. Auch das Phänomen der wachsenden Aggressivität gegen Polizeibeamte kommt zur Sprache. Die Autoren haben ihre Beiträge eng an der polizeilichen Praxis orientiert. Den Abschluss bildet eine anwenderorientierte Übersicht der rechtlichen Instrumente zur Eindämmung des Alkoholmissbrauchs Minderjähriger. Fragen zur engeren Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Bekämpfung der Jugendgewalt und zur Rolle der Polizei in diesem Prozess beantwortet Inspekteur Werner Blatt im Interview. Der ansehnliche Umfang des Titelthemas spiegelt dessen gesellschaftliche Relevanz.

Natürlich hat dieses Heft noch mehr zu bieten. Vom Nato-Gipfel berichten wir mit eindrucksvollen Bildern, die die BeDo-Kolleginnen und -Kollegen für den Polizeikurier aufgenommen haben. Dafür vielen Dank! Zusammengestellt hat sie Andreas Lupp, der Pressesprecher der Bereitschaftspolizei. Was bringt uns „Polizei-Online“? Welche Verpflichtungen sind mit der Freischaltung des Internets verbunden? Was leistet das neue Führungskräfte-training? Wie geht 's voran beim Digitalfunk? Und wann geht 's los mit der blauen Uniform? Der Polizeikurier hat die Antworten. Und natürlich darf auch in dieser Ausgabe der Sportteil nicht fehlen. Leider sind dem Umfang Grenzen gesetzt, und so liegen schon zahlreiche Beiträge im Stehsatz fürs nächste Heft. Dessen Titelthema wird sich, wenn nichts dazwischen kommt, der neuen Uniform widmen. Bis dahin:

Viel Spaß beim Lesen,  
Ihr Horst Schaefer



### NACHRICHTEN

**Umgang mit Demenz-Patienten:**  
Projekt erhielt Auszeichnung .... Seite **04**

**RLP-Ausstellung in Mainz:**  
Großes Interesse an Polizei ..... Seite **05**

**Internet jetzt für alle:**  
Angebot vernünftig nutzen! ..... Seite **05**



### INTERVIEW

**Inspekteur Werner Blatt:**  
„Nur gemeinsam machbar“ ..... Seite **14**

### FORTBILDUNG

**Führungskräfte-Training:**  
An der Praxis orientiert ..... Seite **16**

### ORGANISATION

**ZPT mit neuer Struktur:**  
Für die Zukunft gut gerüstet .... Seite **17**

### AUSSTATTUNG

**Die blaue Uniform ist da!**  
Auslieferung ab Mitte Juni ..... Seite **19**



### FORTBILDUNG

**„Polizei-Online“ ist gestartet**  
Seminare jetzt online buchen .... Seite **20**

### NACHWUCHSWERBUNG

**Girls' Day 2009:**  
„Ich werde Polizistin!“ ..... Seite **22**

### EINSATZ

**Nato-Gipfel im Badischen:**  
Obama zum Kurhaus geleitet ... Seite **24**

### TECHNIK

**Baustart für den Digitalfunk:**  
Ersten Container aufgestellt ..... Seite **30**

### PRÄVENTION

**Verkehrssicherheitspreis:**  
PI Pirmasens ausgezeichnet ..... Seite **32**

**PERSONALIEN** ..... Seite **39**

**IT-HINWEISE** ..... Seite **40**

### Impressum

Polizeikurier, Zeitschrift für die Polizei  
des Landes Rheinland-Pfalz (Auflage: 5.100)

Herausgeber:  
Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz,  
Schillerplatz 3-5, 55116 Mainz

Redaktion:  
Leitung: Horst Schaefer/hos Tel. (06131) 16 32 28  
Chef vom Dienst: Rolf-Dieter Schulz/rds Tel. (06131) 16 33 47  
Sabine Aschaber/sas Tel. (06131) 16 37 05  
Roland Becker/rbe Tel. (06131) 16 36 80  
Friedel Durben/fdu Tel. (06131) 16 35 38  
Thomas Ebling/eb Tel. (06131) 16 34 12  
Christina Hahn/ch Tel. (06131) 16 37 56  
Uwe Lederer/le Tel. (06131) 16 35 39  
Heinz Mertesacker/mer Tel. (06131) 16 37 11

Anton Merz/ame Tel. (06131) 16 32 84  
Philipp Römer/pro Tel. (06131) 16 34 33  
Monika Zartmann/za Tel. (06131) 16 32 66

Zuschriften bitte an:  
Redaktion Polizeikurier, Ministerium des Innern und für Sport,  
Schillerplatz 3-5, 55116 Mainz, Fax (06131) 16 36 00,  
E-Mail: ism.polizeikurier@ism.polizei.rlp.de

Herstellung:  
Verlag Matthias Ess, Bleichstraße 25, 55543 Bad Kreuznach,  
Tel. (0671) 8 39 93-0, Fax (0671) 8 39 93 39

Mit Namen versehene Artikel müssen nicht immer mit der  
Meinung des Herausgebers übereinstimmen.

Bildnachweis: Soweit nicht anders angegeben, sind sämtliche  
Abbildungen Autoren- und Polizeifotos.

Titelbild: Andreas Lupp, BPD

## ► Landeskontrolltag: Rasern und Dränglern den Kampf angesagt

Fast 48.000 Fahrzeuge gemessen – Beanstandungsquote 10,1 Prozent – Bruch: Kontrollen unverzichtbar

Beim landesweiten Kontrolltag „Geschwindigkeit und aggressives Fahrverhalten“ am 21. und 22. April hat die Polizei an 156 verschiedenen Kontrollstellen im Land 47.874 Kraftfahrzeuge gemessen, mehr als doppelt so viel wie im Jahr zuvor. Der Schwerpunkt lag auf den Autobahnen und Schnellstraßen. Geahndet wurden Tempoverstöße, aber auch aggressives Fahrverhalten, unzureichender Sicherheitsabstand und unzulässiges Überholen. Im Einsatz waren 524 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit allen verfügbaren Messgeräten – Radarwagen, Lasergeräten, ProVida-Fahrzeugen und Abstands-Messanlagen. Der Kontrollzeitraum zwischen 17 und 01 Uhr sollte einmal mehr die konsequente Verkehrsüberwachung auch zur Nachtzeit ins Bewusstsein rufen.

Festgestellt wurden insgesamt 4833 Verstöße. Das entspricht einer Beanstandungsquote von 10,1 Prozent (Vorjahre: 10,6 Prozent und 5,5 Prozent). Aufgezeichnet wurden 3989 Geschwindigkeitsverstöße, 401 Fälle von unzureichendem Sicherheitsabstand und 443 sonstige Verstöße. In der Konsequenz führte das zu 2865 gebührenpflichtigen Verwarnungen, 1586 Ordnungswidrigkeitsanzeigen und 19 Strafanzeigen. In 240 Fällen werden neben Bußgeldern voraussichtlich auch Fahrverbote verhängt.

Unrühmlicher Spitzenreiter war ein Autofahrer, der auf der A 61 bei Gundersheim mit 220 km/h gemessen wurde; erlaubt sind dort 130. Aufgrund der besonderen Tatumstände muss dieser Fahrer mit einem Bußgeld von 600 Euro und drei Monaten Fahrverbot rechnen. Selbst der Umstand, dass der Kontrolltag aus Präventionsgründen

schon Tage zuvor bekannt gegeben worden war und auch am Kontrolltag in den Medien darüber berichtet wurde, vermochte an der hohen Beanstandungsquote nichts zu ändern. Ihr Niveau entspricht in etwa dem einer nicht angekündigten Kontrolle.

Nach Überzeugung von Innenminister Karl Peter Bruch bekräftigt das die Notwendigkeit von Landeskontrolltagen ebenso wie von häufig wiederkehrenden Messungen im täglichen Dienst. Bruch: „Im Interesse der Verkehrssicherheit und zur Vermeidung schwerer Unfälle werden wir diese Art der Überwachung beharrlich fortsetzen. Unser oberstes Ziel ist es, die Zahl der getöteten

und schwerverletzten Verkehrsteilnehmer weiter zu reduzieren.“ Mit Blick auf den neuen Bußgeldkatalog zeigte sich Bruch zufrieden: „Mein Appell vor zwei Jahren, die Bußgelder für diesen Bereich deutlich anzuheben, hat Früchte getragen. Um die Präventionswirkung zu erhöhen, war das unbedingt notwendig.“

Nicht angepasste Geschwindigkeit und mangelnder Sicherheitsabstand sind nach wie vor die häufigsten Ursachen für Verkehrsunfälle mit schweren Personenschäden. Im ersten Quartal 2009 ereigneten sich in Rheinland-Pfalz 2842 Verkehrsunfälle mit Personenschaden. Dabei kamen 59 Menschen ums Leben. ■ (hos)



An 156 Kontrollstellen im Land wurden Raser und Drängler aus dem Verkehr gezogen.

## ► Vier Jahre und neun Monate Haft nach Angriff auf Polizeibeamten

Hinterrücks niedergeschlagen und brutal getreten – Heranwachsender erhielt annähernd Höchststrafe

Zu vier Jahren und neun Monaten Haft wegen gefährlicher Körperverletzung hat das Landgericht Frankenthal einen heranwachsenden Gewalttäter verurteilt, der im September 2008 den Polizeibeamten J.M. hinterrücks niedergeschlagen und mehrmals gegen den Kopf getreten hatte. Die Staatsanwaltschaft hatte auf versuchten Totschlag plädiert. Der damals 49-jährige Polizeioberkommissar der PI Schifferstadt wollte in der Nacht zum 6. September während eines Straßensfestes in Limburgerhof eine tätliche Auseinandersetzung beenden. Dabei wurde er von hinten niedergeschlagen. Auf dem Boden liegend, erhielt er vom Täter mehrere Tritte gegen den Kopf und erlitt schwerste Gesichtsverletzungen. Die Staats-

anwaltschaft Frankenthal erhob gegen den zur Tatzeit 18-jährigen Beschuldigten den Vorwurf des versuchten Totschlags. Die in dem Verfahren erhobenen Fakten reichten dem Gericht jedoch nicht aus, zweifelsfrei auf einen bedingten Tötungsvorsatz schließen zu können. Hingegen sah das Gericht die Tatbestandsmerkmale des § 224 StGB als gegeben. Für die gefährliche Körperverletzung beträgt die Höchststrafe im Jugendstrafrecht fünf Jahre. Dieses Strafmaß hat das Gericht annähernd ausgeschöpft. Strafmildernde Umstände wie die verminderte Schuldfähigkeit auf Grund von Alkohol- und Drogeneinfluss, das Geständnis des Täters und seine Entschuldigung beim Opfer führten nur zu einer geringfügigen Unterschrei-

tung der Höchststrafe. Gleichwohl hat die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt und prüft zurzeit nach Eingang der schriftlichen Urteilsbegründung, ob das Rechtsmittel durchgeführt wird. An der Verwerflichkeit der Tat ließ das Gericht keinen Zweifel: Nur im starken Schutz der überlegenen Gruppe vermochte der Täter scheinbar „stark“ zu sein, attestierte ihm der Vorsitzende. In Wahrheit sei sein Handeln feige und hinterhältig gewesen. Der verletzte Kollege ist im Rahmen eines Wiedereingliederungsplans inzwischen wieder im Dienst. Ihm stehen allerdings weitere Operationen bevor. Alle Kolleginnen und Kollegen wünschen ihm weiterhin gute Genesung. ■

Bernd Römer, PP Rheinland

## ► Demenz-Konzept bundesweit unter den zehn besten Projekten

Hohe Auszeichnung für polizeiliches Fortbildungsprogramm „Einsatz mit an Demenz erkrankten Menschen“



Die Kommunikation mit dementen Senioren erfordert viel Geduld und Einfühlungsvermögen.

Als eines der besten Projekte in der deutschen Gesundheitswirtschaft ist das Fortbildungsprogramm „Einsatz mit an Demenz erkrankten Menschen“, ein Gemeinschaftsprojekt des rheinland-pfälzischen Gesundheitsministeriums, des Innenministeriums und der Landeszentrale für Gesundheitsförderung (LZG), ausgezeichnet worden. Anlass dazu war der Wettbewerb „Ideenpark Gesundheitswirtschaft“ der in Hamburg erscheinenden Financial Times Deutschland (FTD). Während der FTD-Konferenz „Gesundheitswirtschaft“ wurde das rheinland-pfälzische Projekt am 23. März in Berlin einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

Zum vierten Mal hatte die Financial Times Deutschland zu ihrem Ideenwettbewerb aufgerufen. Die Kernfrage lautet: „Wie lässt sich die Qualität im Gesundheitswesen verbessern?“ Innovationen, Projekte und Problemlösungen werden im Zuge des bundesweiten Wettbewerbs einer größeren Öffentlichkeit bekannt gemacht und zur Nachahmung empfohlen. Sechs namhafte Experten aus dem Bereich der medizinischen Forschung und Lehre, der medizinischen Sachverständigen, der Industrie und des Medizin-Journalismus bildeten die Jury und hatten mehr als 50 Projekte aus allen Teilbereichen der Gesundheitswirtschaft zu bewerten. Maßgebliche Kriterien waren der Innovationsgrad, die Veränderungsrelevanz, Patienten-Nutzen, Qualität, Transparenz und Effizienz, Durchsetzbarkeit und Reichweite des jeweiligen Projektes.

Ausgezeichnet und in Berlin präsentiert wurden die zehn Besten. Zum Projekt „Einsatz mit an Demenz erkrankten Menschen“ schrieb die Jury: „Die Idee, Polizisten im Umgang mit De-

menzkranken zu schulen, ist nicht nur originell, sondern berührt ein hoch relevantes und immer weiter verbreitetes Problem, das durch die demografische Entwicklung immer bedeutsamer wird. Zum einen ist den meisten Demenzpatienten ihre Erkrankung nicht auf den ersten Blick anzusehen, zum anderen sind Polizisten oft die ersten, die mit orientierungslos oder verwirrt aufgefundenen Menschen in Kontakt kommen. Dass es dabei immer wieder zu unangemessenem Umgang kommt, wurde erkannt. Das Konzept widmet sich intensiv dieser Frage und sorgt für Abhilfe.“

1,2 Millionen Menschen leiden in Deutschland an Demenz. In Rheinland-Pfalz sind zirka 75.000 Menschen an einer mittleren bis schweren Demenz erkrankt. Pro Jahr kommen etwa 11.000 Neuerkrankungen hinzu. Das rheinland-pfälzische Projekt bietet landesweit Schulungen für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, in denen über die Symptome der Krankheit und den Umgang mit Demenzpatienten informiert sowie die Kommunikation mit ihnen praxisnah geübt wird. Begleitend ist die Broschüre „Einsatz mit an Demenz erkrankten Menschen – Ein Ratgeber für die Polizei“ erschienen. 13.000 Exemplare wurden an die Dienststellen verteilt. Die Broschüre steht auch im Intrapol.

„Unsere Polizistinnen und Polizisten lernen während ihrer Ausbildung den Umgang mit hilflosen Personen. Aber an Demenz erkrankte Menschen verlangen den Beamtinnen und Beamten noch sehr viel mehr ab“, erklärte Innenminister Karl Peter Bruch zu dem bundesweit einmaligen Projekt. „Anspruch einer bürgernahen Polizei ist es, damit professionell umzugehen. Dafür bieten unsere Schulungen eine gute Grundlage. ■ (hos)

### Wertvolle Hinweise zum polizeilichen Umgang mit Demenz-Patienten

Polizisten sind den Umgang mit geistig verwirrten Menschen gewohnt. Rückmeldungen zeigen jedoch, dass viele Beamtinnen und Beamte den Umgang mit Demenzpatienten im beruflichen Alltag als problematisch wahrnehmen. Zahlreiche Fragen drängen sich auf: Erkennt mich der Erkrankte? Hat der Patient eine Vorstellung davon, worum es geht? Wie kann ich erfolgreich mit ihm kommunizieren? Oft wissen die Betroffenen gar nicht, wo sie sind. Oder sie befinden sich gedanklich in einem anderen Lebensabschnitt. Gesagtes vergessen sie schnell. Gelegentlich reagieren Demenzpatienten auch aggressiv.

Dennoch müssen die Beamtinnen und Beamten Demenzkranke ernst nehmen und dürfen sie im

Dialog nicht entmündigen. Die Fortbildung vermittelt einfache Gesprächsleitfäden und alltagstaugliche Verhaltensregeln. Basis ist eine 90-minütige Schulung, die in allen größeren Polizeidienststellen angeboten wird. Geleitet wird sie von Regina Petri, einer Fachkrankenschwester für Psychiatrie der Uni Mainz. Workshops und Vorträge zum Thema Demenz werden seit November 2008 angeboten. Rückmeldungen und Hinweise der Beamten aus der polizeilichen Praxis werden in die Workshops eingebaut.

Die begleitende, 20-seitige Broschüre (mit „Schnell-Lese-Kästen“ zum Ausschneiden) liefert gut verständlich die medizinischen Zusammenhänge und praxisnahe Kommunikationshilfen –



etwa den Hinweis, auf bestimmte Reizwörter zu verzichten. Zudem bietet die Broschüre Internetadressen und Kontakte zu Selbsthilfegruppen, die für Angehörige der Patienten hilfreich sind. ■

► Info: [www.demenz-rlp.de](http://www.demenz-rlp.de)

## ► RLP-Ausstellung: Großes Interesse am Info-Angebot der Polizei

Beratung reichte von der Wohngebäudesicherung über Drogenprävention bis zur Reaktionszeit am Steuer

Ein breites Themenspektrum aus dem Bereich der Kriminal- und Verkehrsunfallprävention bot der Auftritt der Polizei während der Rheinland-Pfalz-Ausstellung in Mainz. Auch in diesem Jahr informierten Beamtinnen und Beamte der Polizeidirektion und der KI Mainz die Besucher vor allem über Möglichkeiten der Einbruchssicherung, zeigten verbotene Gegenstände und Waffen, beantworteten eine Vielzahl von Fragen etwa zur richtigen Notrufmeldung oder zur Hundeführung und warben für die Fahrrad-Registrierung. Auch die Polizeiausbildung, die blaue Uniform und die Mainzer Fahrradstreifen der Polizei interessierten die Messebesucher.

Neu im Programm war das Thema Rauschgift. Aus der Asservatenkammer der Staatsanwaltschaft hatten die K3-Kollegen bekannte und weniger bekannte Rauschgifte und Konsumutensilien mitgebracht, die vor allem bei Eltern auf großes Interesse stießen. Viele Fragen galten der seit 1. Februar verbotenen Modedroge „Spice“. Mit den Rauschbrillen für 0,8 und 1,3 Promille konnten die Besucher selbst erleben, welche Wirkung der simulierte Alkoholeinfluss auf ihre Sinneswahrnehmung und Bewegungskoordination ausübte. Stark gefragt war die Möglichkeit, sich mit einer Polizeimütze auf dem Kopf fotografieren zu lassen. Die Bilder konnten als Ausdruck, in einem Button oder im Kinder-Detektivausweis mitge-



Auch Innenminister Karl Peter Bruch überzeugte sich am Stand der Polizei von der großen Bandbreite der Beratungsangebote. Den Minister informierten (von links) Swantje Roberto (PI 1), Annette Lang (PD Mainz, Einstellungsberatung), Marion Pertry (PI 2, Fahrradstreife) und Dominique Behr (PI 2).

nommen werden. Mehr als 1000 Buttons wurden während der Ausstellung gepresst.

Auf dem Außengelände nahmen die Besucher im Verkehrssimulator Platz, der mit Unterstützung der LPS von der PI Mainz 3 (Lerchenberg) betreut wurde. Auch das Info-Angebot über Kindersitze

und deren richtige Befestigung wurde dankbar angenommen.

Am Stand der Verbraucherzentrale informierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Mainzer Beratungszentrums Polizei die Besucher über Skimming-Gefahren an Geldautomaten. ■ (hn)

## ► Internet für alle: Neues Werkzeug verantwortungsvoll nutzen!

Freischaltung für alle Mitarbeiter erweitert die Arbeitsmöglichkeiten – Nur für dienstliche Zwecke

Neben den polizeilichen Wissensplattformen Intrapol und Extrapol steht nun auch das Internet jeder Polizeibeamtin und jedem Polizeibeamten in Rheinland-Pfalz unmittelbar am Arbeitsplatz für Informations- und Recherchezwecke zur Verfügung.

Bisher war der Internet-Zugang auf bestimmte Bereiche und Funktionsträger begrenzt. Dafür waren technische und wirtschaftliche Gründe maßgebend. Nachdem diese nicht mehr bestehen, konnte das Internet für alle Anwenderinnen und Anwender im Virtuellen Privaten Netz der Polizei (VPN-Pol) freigeschaltet werden.

Mit der Freischaltung stellt die Landesregierung sicher, dass im Sinne eines ganzheitlichen Wissensmanagements sowohl die bewährten polizeilichen Wissensplattformen als auch das Internet an jedem Arbeitsplatz für die tägliche Informationsbeschaffung und dienstliche Recherchen zur



Verfügung stehen. Die rheinland-pfälzische Polizei ist eine der wenigen Polizeien im Bundesgebiet, die über diese Funktionalität für alle Nutzerinnen und Nutzer verfügt.

Aus Anlass der Internet-Freischaltung für alle wurde die Dienstvereinbarung über die Nutzung der elektronischen Post und des Internets entsprechend angepasst.

An dieser Stelle wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Internetnutzung ausschließlich für dienstliche Zwecke zugelassen ist. Wie schon bisher, wird die Internetnutzung protokolliert. Dabei werden Stichproben durchgeführt. Es liegt an jedem Anwender selbst, die neue Funktionalität so zu nutzen, dass weder die Sicherheit der polizeilichen Systeme gefährdet wird, noch das Ansehen der rheinland-pfälzischen Polizei durch unzulässige Nutzungen Schaden nimmt. Die jederzeitige Verfügbarkeit des Internets an jedem beliebigen Arbeitsplatz entspricht einem lange gehegten und nachvollziehbaren Ansinnen. Sie geht einher mit einer besonderen Verantwortung der Nutzerinnen und Nutzer. ■

Roland Becker, ISM

Weitere Infos und Hinweise im Intrapol unter Technik/Ausstattung > IuK > Internet für alle



# An einen Tisch: **Bekämpfung der Jugendgewalt braucht Netzwerke**

**Mit einem Appell an alle Beteiligten, ihre Zusammenarbeit weiter zu vertiefen, eröffnete Innenminister Karl Peter Bruch die interministerielle Fachtagung „Netzwerke gegen Jugendgewalt“ in Mainz: Bei der Bekämpfung der Jugendgewalt sei Rheinland-Pfalz auf einem guten Weg. Es bleibe aber noch viel zu tun. Die Bildung lokaler Netzwerke sei von entscheidender Bedeutung.**

Die Entwicklung der Jugendkriminalität und Jugendgewalt im Land skizzierte Inspekteur Werner Blatt zu Beginn der Tagung. An ihr nahmen in der Aula der Bereitschaftspolizei neben dem Minister und zahlreichen Vertretern der Polizei Rheinland-Pfalz auch führende Repräsentanten des Justiz-, des Bildungs- und des Familienministeriums sowie der Staatsanwaltschaften teil.

#### **Inspekteur Werner Blatt: Anstieg Besorgnis erregend**

Die Gewaltbereitschaft, insbesondere durch jugendliche Täter, sei Besorgnis erregend angewachsen, sagte Blatt. Die Zahl der Körperverletzungsdelikte habe sich in 20 Jahren nahezu verdoppelt, bei der schweren Körperverletzung sei der Anstieg sogar noch stärker. Die Tatsache, dass die Zahlen im Jahr 2008 leicht zurück gegangen sind, sei zu begrüßen, könne angesichts des hohen Niveaus aber noch längst nicht zufrieden stellen. Besonders bedenklich sei der starke Zuwachs von

Gewalttaten Jugendlicher unter dem Einfluss von Alkohol. Das betreffe KV-Delikte ebenso wie Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte. Standen vor zehn Jahren noch 8 Prozent der jugendlichen Tatverdächtigen bei Körperverletzungen unter Alkoholeinfluss, waren es im vergangenen Jahr 21 Prozent.

Vor allem an Brennpunkten, bei Veranstaltungen und Volksfesten sei der Anstieg der Jugendgewalt gravierend, sagte Blatt. Das habe sich während der diesjährigen Fastnacht erneut gezeigt: Einsatzkräfte berichteten von einem bisher nicht gekannten Aggressionspotenzial. Einzelne Tätergruppen reisten offenbar nur zu einem einzigen Zweck an: um die Konfrontation mit Festbesuchern und der Polizei zu suchen.

Die Polizei habe sich frühzeitig auf diese Entwicklung eingestellt, betonte der Inspekteur. Sonderprogramme und Schwerpunktmaßnahmen, vor allem aber die enge Zusammenarbeit mit den Ordnungs- und Jugendämtern, zeigten Wirkung. Dieser Weg

müsse ausgebaut werden. Blatt plädierte für eine stärkere Verzahnung präventiver und repressiver Maßnahmen. Dafür bedürfe es engmaschiger lokaler Netzwerke. Jugendliche Tatverdächtige müssten die staatliche Reaktion auf ihr Fehlverhalten schnell und unmissverständlich spüren.

### Innenminister Karl Peter Bruch: Schwerpunkt der Sicherheitspolitik

Die Bekämpfung der Jugendgewalt sei ein Schwerpunkt der Sicherheitspolitik, betonte Innenminister Karl Peter Bruch. Damit einher gehe die Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs. Die Polizei könne das nicht alleine leisten. Daher sei er froh, dass nun auch das Bildungs-, das Justiz- und das Familienministerium mit im Boot sitzen. Der Rückgang der Körperverletzungen sowie der jugendlichen Tatverdächtigen in der PKS 2008 sei ein Lichtblick – aber noch nicht mehr.

Wirksamer als härtere Strafandrohungen seien die Prävention, die Integration und die Beschleunigung der Jugendstrafverfahren, sagte Bruch. Es gelte zu verhindern, „dass junge Menschen überhaupt zu Tätern werden“. Wo dies nicht gelinge, sei es wichtig, junge Gewalttäter schnell und konsequent zur Verantwortung zu ziehen. Das ganzheitliche Maßnahmenpaket der Polizei stehe deshalb auf drei Säulen: Vorbeugen, Verhindern und Verfolgen.

#### 1. Vorbeugen

Als Beispiele aus dem Bereich „Vorbeugen“ nannte Bruch die gemeinsame Gewalt- und Suchtprävention von Polizei und Schulen („Prävention im Team“), die bundesweite Kampagne „Don't drink too much“ und – an die Erwachsenen gerichtet – das rheinland-pfälzische Programm „Vorbild sein gegen Alkoholkonsum“. Aber auch die mehr als 100 kriminalpräventiven Räte im Land leisteten unverzichtbare Basisarbeit.



Minister Bruch: „Die Behörden und Organisationen müssen ihre Arbeit stärker vernetzen!“

#### 2. Verhindern

Der Verhinderung von Straftaten an Brennpunkten, bei Festen und Veranstaltungen diene das Rahmenkonzept zur „Bekämpfung der Gewalt im öffentlichen Raum“. Seine Schwerpunkte: verstärkte Polizeipräsenz zu tatrelevanten Zeiten und zielgerichtete Kontrollen potenzieller Täter. Hier sei die Zusammenarbeit von Polizei und Ordnungsbehörden besonders gefragt. Gemeinsam gelte es, Gefahren abwehrende Maßnahmen zu beschließen, Gefährderansprachen zu führen und die Möglichkeiten des POG auszuschöpfen. Von zentraler Bedeutung sei die Verhinderung des Alkoholmissbrauchs, sagte Bruch. Inzwischen erfolgten in Rheinland-Pfalz ordnungsrechtliche Interventionsmaßnahmen bei nahezu allen relevanten Veranstaltungen. Das Zusammenwirken von Polizei und Ordnungsbehörden und der Erlass von Allgemeinverfügungen zeigten Wirkung.

#### 3. Verfolgen

Wo Vorbeugen und Verhindern nicht zum Ziel führen, müsse die Verfolgung greifen, sagte der Minister. Die Sachbearbeiter Jugendkriminalität in den Dienststellen und die BfJ in den Direktionen leisteten gute Arbeit. Wichtig sei jetzt die Verfahrensbeschleunigung. Dafür seien die Häuser des Jugendrechts in Ludwigshafen und Mainz der richtige Weg. Die Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe und freien Trägern unter einem Dach habe sich bewährt. Deshalb seien weitere Häuser des Jugendrechts in der Planung. Zudem habe das ISM auf der Grundlage des Mainzer Pilotprojektes „AG MITTE“ spezielle Maßnahmen gegen jugendliche Mehrfach- und Intensivtäter landesweit in Kraft gesetzt.

#### Zusammenarbeit intensivieren

Jetzt gehe es darum, die bisherigen Maßnahmen und Konzepte zu überprüfen und die Zusammenarbeit zu verstärken, appellierte der Minister. Das gelte vor allem für die Kooperation von Polizei und Kommunen. Lokale Netzwerke seien von ausschlaggebender Bedeutung. Dabei übernehme die Polizei eine „Initiativfunktion“. In den Regionen des Landes seien gemeinsame Tagungen aller Kooperationspartner geplant, um Netzwerke zu bilden oder die vorhandenen auszubauen. Auf oberster Ebene regte der Minister die Gründung einer interministeriellen Koordinierungsgruppe an. Bruch: „Dem Phänomen Jugendgewalt können wir nur gemeinsam begegnen.“

#### Prof. Dr. Herbert Scheithauer: Wann kann Prävention gelingen?

„Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugend- ▶

## AUF EIN WORT

### Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,



das Phänomen Jugendgewalt beschäftigt uns nicht erst seit der furchtbaren Tat von Winnenden. Dieser Amoklauf war – nicht anders als jene in Erfurt und Emstetten – nur ein weiterer, allerdings besonders deutlicher Beleg dafür, dass wir uns intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen müssen.

Die Polizei befasst sich seit Jahren mit der Bekämpfung der Jugendgewalt. Ursachen werden erforscht, Konzepte erarbeitet und Maßnahmen eingeleitet, die den jeweiligen Bedarf möglichst präzise abdecken. Wir haben einiges erreicht. Aber es bleibt noch viel zu tun. Wir dürfen jetzt nicht nachlassen.

Indem wir uns mit den Jugendlichen in unserer Gesellschaft befassen, gestalten wir unsere Zukunft. Was wir jetzt versäumen, werden wir später kaum aufholen. Die Polizei kann diese Aufgabe nicht allein bewältigen. Hier sind alle gesellschaftlichen Kräfte gefordert. Diese Überzeugung teile ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Ministerrat. Wir müssen die Zusammenarbeit forcieren, Berührungspunkte abbauen und belastbare Netzwerke knüpfen. Dabei wird die Polizei in vielen Fällen eine Initiativfunktion übernehmen.

Gewalt gegen Andersdenkende, Gewalt als Folge von Alkoholmissbrauch, Gewalt bei Großveranstaltungen und Gewalt gegen Polizeibeamte – die Ausprägungen sind vielfältig. Keine davon dürfen wir hinnehmen. Wir brauchen eine kluge Verzahnung von Prävention und Repression. Dabei muss der Erziehungsgedanke im Vordergrund stehen. Das geht nur gemeinsam.

Viele von Ihnen engagieren sich seit langem gegen Jugendgewalt. Andere kommen jetzt hinzu. Die Polizei nimmt auf diesem Gebiet eine tragende Rolle ein. Weil sie die richtigen Leute dafür hat. Ich bin mir sicher, dass wir dieser Verantwortung auch künftig gerecht werden.

Mit freundlichen Grüßen

Karl Peter Bruch, Innenminister

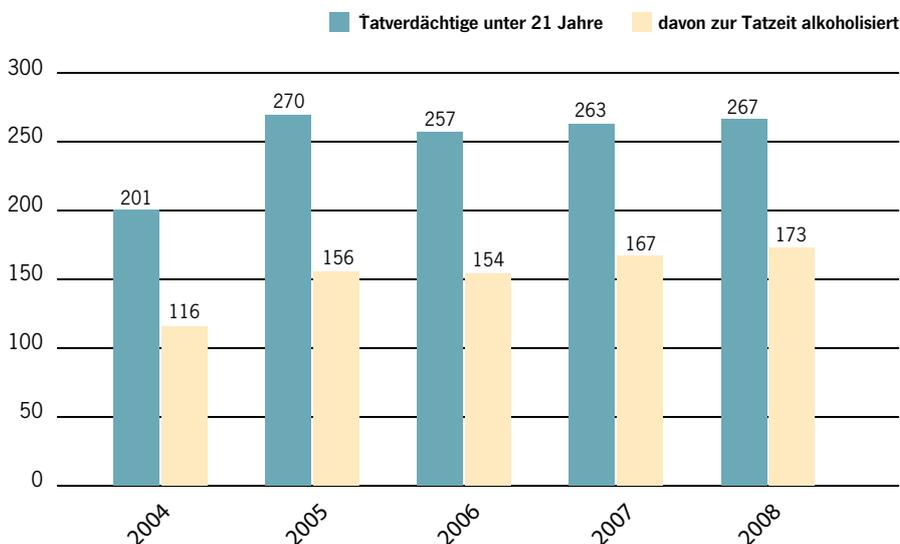
alter“ hieß das Thema, dem sich Prof. Dr. Herbert Scheithauer, Entwicklungspsychologe an der Freien Universität Berlin, widmete. Unverblümt beleuchtete Scheithauer die sozio-ökonomischen und ethnischen Hintergründe von Jugendgewalt: Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie Jugendliche aus sozial schwachen, zerrütteten oder bildungsfernen Familien sind laut Tatverdächtigen-Statistik stärker gewaltanfällig als ihre Altersgenossen ohne diese Merkmale. Und während bei der Mehrzahl der Jugendlichen die Gewaltausübung nur eine Entwicklungs-„Episode“ darstellt, erhöht eine frühkindlich einsetzende, fortwährende Gewalttätigkeit das Entstehungsrisiko eines Intensivtäters um ein Vielfaches. Am anfälligsten für eine „Gewaltkarriere“ sind Jugendliche, die selbst Opfer von (elterlicher) Gewalt sind oder waren. Besonders schwer zu therapieren sind Jugendliche, die Gewalt als scheinbar wirksame Problemlösung erlebt haben oder ihr gar mit Faszination begegnen.

Oft bestehe das Problem darin, dass Eltern und Lehrer jugendlichen Gewaltausbrüchen unvorbereitet gegenüber stehen, die eigenen Möglichkeiten und Ressourcen kaum kennen und entsprechend hilflos reagieren – im schlimmsten Fall wiederum mit Gewalt. Wichtigste, aber leider auch seltenste „Gelingensbedingung“ sei ein fundiertes Wissen um Ursachen, Zusammenhänge und Abhilfen. Eltern-Trainings seien dafür ebenso hilfreich wie die Lehrer-Fortbildung.

Gewaltprävention muss laut Scheithauer früh einsetzen, altersgerecht auftreten und über viele Monate oder gar Jahre hinweg fortentwickelt werden. Sie ist theoretisch gut begründet und variabel in der Didaktik, berücksichtigt gleichermaßen die Ressourcen und die Defizite ihrer Zielpersonen und

### Widerstandsdelikte gegen die Staatsgewalt

(umfasst Öffentliche Aufforderung zu Straftaten, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte sowie gegen Personen, die Vollstreckungsbeamten gleichstehen, Gefangenenbefreiung und Gefangenenmeuterei)



### Plötzlich wird es still im Saal

Ein freundlicher Morgen in der Aula der Bereitschaftspolizei: Sozialwissenschaftler, Polizeibeamte, Juristen und Pädagogen tauschen Erfahrungen in der Bekämpfung der Jugendgewalt aus. Ihre Thesen und Antithesen wirken kaum realer oder abstrakter als bei ähnlichen Tagungen. Lebhaft wird diskutiert. Dann wird es plötzlich still im Saal. Nur hier und da noch ein Flüstern.



Wenige Minuten nach der Amok-Meldung aus Winnenden setzte der Interview-Marathon ein.

Mitten hinein in die Debatte über „Netzwerke gegen Jugendgewalt“ platzt die Nachricht vom Amoklauf in Winnenden. Ab diesem Moment ist die Veranstaltung eine andere. Plötzlich liegt uns das Thema ganz nah, ist real. Bedrückend real. Beklemmung macht die Runde. Jetzt haben es die Referenten schwer. Doch alle bleiben beim Thema. Es ist zu wichtig. ■ (hos)

lässt ihr kulturelles Umfeld nicht außer Acht. „Step by step“ sind ihre Schauplätze das Elternhaus, der Kindergarten, die Schule, das Wohnquartier, die Jugendarbeit, Freundeskreise und Vereine. Am nachhaltigsten wirke Prävention, wenn sie sich zeitgleich auf mehreren Ebenen abspielt.

### Dr. Christian Lüders: „Gewalt als Lernchance“

„Gewalt im Jugendalter ist auch eine Lernchance.“  
Dr. Christian Lüders vom Deutschen Jugendinstitut

in München war sich der Provokation bewusst, die seine These bedeutete. Aber er blieb dabei: So wie Jugendliche erst lernen müssen, „ihren Körper zu bewohnen“, Sexualität für sich zu entdecken, soziale Beziehungen auf- und umzubauen, Leistungsdruck zu verkraften, politisches und ethisches Bewusstsein zu entwickeln und auf „Sinnsuche“ zu gehen, so müssten sie auch lernen, mit der Gewalt umzugehen. Und die begegne ihnen nicht nur auf dem Schulhof, sondern ganz alltäglich: im Fernsehen (dort auch in den Nachrichten), im Internet, im Straßenverkehr und bei vielen anderen trivialen Gelegenheiten. Dabei seien die Normen uneinheitlich, die Grenzen von Gut und Böse fließend: Es gebe „legitime“ Gewalt und „illegitime“, je nach Zweckrichtung und Urheber. Sich damit zurecht zu finden, gehöre zu den Entwicklungsaufgaben der „Aufwachsenden“.

Der jugendliche Umgang mit Gewalt bedeute Grenzen zu erkunden, indem sie zuweilen überschritten werden. Die Motive seien vielfältig: Wehrhaftigkeit, das „Ausraufen“ einer Statusposition, Machtstreben oder Hilflosigkeit, die Überwindung von Angst, das Ableiten einer Krise oder einfach nur der „Kick“. Bei fast allen Menschen führe der Umgang mit Gewalt früher oder später aber auch dazu, die Angemessenheit oder Unangemessenheit des eigenen Tuns zu reflektieren: Gewalt als Lernchance, die laut Lüders den „erzieherischen Blick auf die Gewalt“ überhaupt erst möglich macht.

Erziehung (durch Vorbildverhalten) und der Ausbau der sozialen Befähigung seien einer Bestrafung meist vorzuziehen – nicht zuletzt, weil sie

nachhaltiger wirken als Strafe. Das bedeute aber nicht, dass der „erzieherische Blick auf die Gewalt“ die polizeilichen und rechtsstaatlichen Reaktionen ersetzen könne. Im Gegenteil: Auch diese seien Teil des Lernprozesses und müssten sich deshalb vor allem am Erziehungsgedanken orientieren.

Im Umgang mit Gewalt auch eine Lernchance zu erkennen, bedeute nicht, Gewalt zu akzeptieren oder sie auch nur zu verharmlosen. Die Chance bestehe vielmehr darin, Gewalt zum Anlass zu nehmen, um mit den Jugendlichen Konfliktlösungs-Kompetenzen zu erarbeiten und die Regeln eines gewaltfreien Umgangs zu üben. Jugendliche müssten Gewalt erkunden wie Kinder die heiße Herdplatte.

In vielen Präventionsprogrammen erkennt Lüders Verbesserungsbedarf. Seine Forderungen:

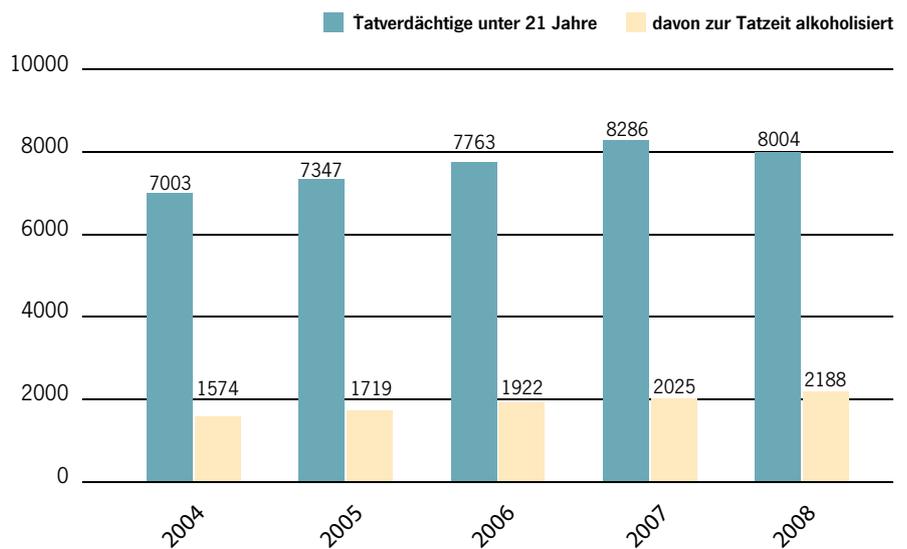
- ▶ speziell auf Jungen zugeschnittene Präventionsprogramme, statt undifferenzierter Angebote für beide Geschlechter
- ▶ Berücksichtigung des jeweiligen kulturellen oder auch Migrationshintergrundes der Zielgruppe
- ▶ Einrichtung spezieller Angebote für Kinder und Jugendliche mit Sprachschwierigkeiten
- ▶ Prävention in „Koproduktion“ mit den Jugendlichen, die nicht länger „Objekt“ in diesem Prozess sein sollten, sondern „Subjekt“ – laut Lüders „ein Perspektivwechsel“
- ▶ aufsuchende Elternarbeit, Einbeziehung der Eltern sowie des sozialen Umfelds, Bildung von „Erziehungspartnerschaften“
- ▶ individuell zugeschnittene und situativ angepasste Maßnahmen und Konzepte statt „Fertigware aus dem Methodenkoffer“
- ▶ Beachtung der Tatsache, dass die Täter oftmals auch selbst Opfer sind oder waren (Täter-Opfer-Statuswechsel), mithin Täterarbeit zugleich auch Opferarbeit sein kann – und Opferarbeit zugleich Täterprävention darstellt
- ▶ stärkere Beachtung und Würdigung der gewaltfrei agierenden Jugendlichen in ihrer Vorbildfunktion, die es zu unterstützen gilt

#### StA in Tanja Schultz-Schwaab: Anklage oder Diversion?

Das Jugendgerichtsgesetz (JGG) vereint Repression und Prävention, wobei letztere gemäß des neu formulierten § 2 JGG den Vorrang hat. Staatsanwaltschaft und Jugendrichter handeln „prognostisch“; dafür bietet ihnen das JGG beachtlichen Handlungsspielraum. Über „Reaktionsmöglichkeiten der Staatsanwaltschaft zum Phänomen der Jugendgewalt“ sprach die Mainzer Staatsanwältin Tanja Schultz-Schwaab.

Im Vordergrund stehe der Erziehungsgedanke. Denn es gebe weder den typischen Täter, noch die patentierte Maßnahme. Vielmehr sei im Jugend-

#### Körperverletzungen unter Alkoholeinfluss



gerichtsverfahren zu hinterfragen: Wer ist dieser Täter? Woher kommt er? Was hat ihn zu der Tat bewogen? Und was ist nun zu tun? Hierfür sei die Staatsanwaltschaft auf die fundierte Zuarbeit der Polizei angewiesen. Gefragt seien erfahrene Ermittler, die auch das Umfeld und die Hintergründe erkunden. Später übernimmt die Jugendgerichtshilfe diese Aufgabe: Sie informiert und berät die Staatsanwaltschaft.

Diese muss abwägen, ob sie Anklage erhebt oder sich für die „Diversion“ (Einstellung) gemäß § 45 JGG entscheidet. Die Einstellung kommt in Betracht bei „geringer Schuld“ (analog § 153 StPO). Eine „Diversion“ lässt das JGG aber selbst bei erheblichen Straftatbeständen noch zu – nämlich immer dann, wenn „erzieherische Maßnahmen“ erfolgversprechender erscheinen als eine Anklage. Dafür kommt ein Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) ebenso in Betracht wie ein soziales Kompetenztraining, ein Anti-Aggressionstraining oder pädagogische Freizeitprojekte wie etwa „Kunst statt Knast“. Ohne die freien Träger wären diese Maßnahmen nicht möglich.

Ferner kann die Staatsanwaltschaft den Jugendrichter in die „Diversion“ einbeziehen, damit dieser dem Gewalttäter eine Ermahnung, Weisung oder Auflage erteilt. Auch dann wird auf eine Anklage verzichtet. Gemeinsam suchen Jugendgerichtshilfe, Staatsanwaltschaft und Richter den Weg, der am ehesten verspricht, dass der Jugendliche nicht wieder straffällig wird. Oft werde die Diversion als „Null-Option“ missverstanden, sagte die Staatsanwältin. Das sei sie aber ganz und gar nicht.

Erscheint eine Diversion nicht geeignet, den Jugendlichen zu beeindrucken, wird Anklage erhoben. Auch für diesen Fall stellt das JGG den Erziehungsauftrag in den Mittelpunkt. Das richterliche Instrumentarium reicht von Weisungen und Aufla-

gen (z.B. Arbeitsstunden) über den Jugendarrest (bis zu 4 Wochen) bis hin zur zehnjährigen Jugendstrafe. „Das reicht völlig aus. Höhere Strafen würden keine höhere Abschreckung bewirken“, zeigte sich die Referentin überzeugt.

Wichtig sei, dass zeitnah gehandelt wird. Dafür sei das Haus des Jugendrechts, in dem Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe und freie Träger Tür an Tür arbeiten, genau das Richtige. Tanja Schultz-Schwaab: „Wir haben das Rad nicht neu erfunden, aber wir drehen es schneller.“ Die räumliche Nähe erlaube es, Vorgänge drei Mal schneller abzuschließen als zuvor. Die „Vernetzung“ sei aber keine „Vermischung“. Die Gewaltenteilung bleibe unangetastet.

#### Polizeipräsident Wolfgang Fromm: Bedarfsgerechte Netzwerke knüpfen

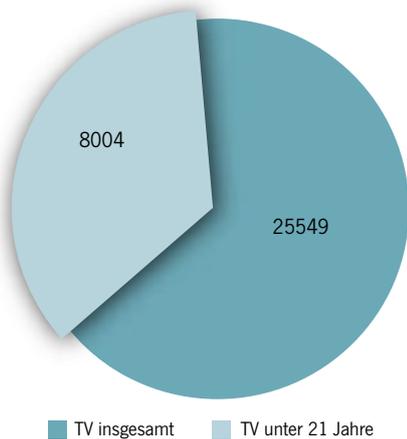
Über polizeiliches Vorgehen in akuten Problem-bereichen berichtete Ludwigshafens Polizeipräsident Wolfgang Fromm. Sein erstes Beispiel: der Bahnhof Grünstadt. Dort häuften sich Ende 2008 die Straftaten: Körperverletzungen, Sachbeschädigungen, Raubdelikte, Drogen, Widerstand. Die Täter waren ausschließlich männlich, überwiegend jünger als 20, in der Mehrzahl betrunken. Die Opfer: Schüler und andere Bahnreisende. Zur Problemlösung bildeten Stadtverwaltung (Ordnungsamt, Jugendamt), Kreisverwaltung, Deutsche Bahn, Bundespolizei und die PI Grünstadt ein Netzwerk. Veranlasst wurden häufige gemeinsame Streifen und Personenkontrollen. Geplant sind der Einsatz eines Streetworkers und eine Gefahrenabwehrverordnung.

Beispiel 2: Einen Tag nach dem brutalen Überfall von vier alkoholisierten Jugendlichen auf ein Rentner-Ehepaar in Germersheim vereinbarten Landrat, Bürgermeister und PD-Leiter eine Verdichtung ▶

der gemeinsamen Streifen von Ordnungsamt und Polizei sowie eine koordinierte Pressearbeit. Vier Tage später beschloss der „Runde Tisch“ die Einstellung eines Streetworkers mit Migrationshintergrund. Ein „Runder Tisch Jugendschutz“ existiert in Germersheim seit 2003.

Beispiel 3: Nach der Ansiedlung von zwei Großraumdiskotheken kam es auf dem Berliner Platz im Zentrum von Ludwigshafen vermehrt zu Kör-

#### Anteil der Täter unter 21 Jahren an Körperverletzungsdelikten im Jahr 2008



perversionen, Widerstandshandlungen und Ordnungsstörungen in den frühen Morgenstunden. Die Zahl der Straftaten in diesem Bereich stieg im Jahr 2007 um 22 Prozent, die Zahl der Körperverletzungen sogar um 65 Prozent. Das Netzwerk zur Problemlösung bilden dort: Stadtspitze, Ordnungs- und Jugendamt, Polizeidirektion, PI 1 sowie Gemeinsame Fahndung S&K, Bereitschaftspolizei, Bundespolizei, Haus des Jugendrechts, Ortsvorsteher, Gewerbetreibende und örtliche Medien.

Die Stadt verstärkte ihre Überwachung (Ordnungsamt, Jugendamt, Verkehrsüberwachung, Gewerbeaufsicht) und setzte Sozialarbeiter ein. Außerdem erließ sie als Pilotprojekt für drei Sommermonate eine Gefahrenabwehrverordnung, die den nächtlichen Alkoholkonsum auf dem Platz einschränkte und ein Glasverbot verhängte. Die Polizei kontrollierte von April bis September 735 Personen, veranlasste 156 Platzverweise und 94 Ingewahrsamnahmen, ahndete 335 Verstöße durch Radfahrer und schrieb 72 Owi-Anzeigen. Die Beschwerden der Anlieger nahmen merklich ab. Im Jahr 2008 sank die Zahl der Straftaten am Berliner Platz um 4,4 Prozent, die Zahl der Körperverletzungen um 11,6 Prozent.

#### Sybille Nonninger, Landesjugendamt: „Kinder dort abholen wo sie stehen“

Die Möglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe skizzierte Sybille Nonninger vom Landesjugendamt. Sie warnte davor, junge Menschen auf ihre Tat zu reduzieren: „Die Schläger von heute sind oftmals die allein gelassenen, geschlagenen und überforderten Kinder von gestern.“ Bester Nährboden für Jugendgewalt sei eine egozentrische, unsolidarische Gesellschaft und deren zunehmende Polarisierung in Arm und Reich, sagte Nonninger. Ihr Credo: „Wir müssen die Kinder dort abholen wo sie stehen.“

Im Kern gehe es darum, Gewalt zu verhindern. Wo dies nicht gelinge, dürften jugendliche Gewalttäter nicht ausgegrenzt werden, sondern müssten Gelegenheit erhalten, sich im Regelwerk der Gesellschaft neu zu positionieren und Verantwortung für sich zu übernehmen. Voraussetzung seien ausreichende Ressourcen in der Jugendhilfe, vor allem gut geschultes Personal. Sybille Nonninger schloss mit den Worten: „Eine wichtige Produktivkraft für die Bewältigung des Gewaltproblems ist die bereichsübergreifende Zusammenarbeit.“ Damit sprach sie ihren Zuhörern aus der Seele. ■

Horst Schaefer, ISM

## ► Vielschichtigem Phänomen mit starkem „Netzwerk“ begegnen

Behörden, Organisationen und freie Träger treten an, um Gewalt-Fallzahlen nachhaltig zu senken

Seit mehreren Jahren stieg die Zahl der Körperverletzungsdelikte auch in Rheinland-Pfalz deutlich an. Dies galt besonders für Taten, die von Jugendlichen und Heranwachsenden begangen wurden. Im Jahr 2008 gingen die Fallzahlen erstmals leicht zurück. Die Polizei Rheinland-Pfalz hat frühzeitig reagiert und eine Vielzahl von Maßnahmen auf den Weg gebracht. Diese wirken nicht unab-

hängig voneinander, sondern bauen aufeinander auf. Sie ergänzen sich, um als ganzheitliches Maßnahmenbündel die größtmögliche Wirkung gegen Jugendgewalt zu erzielen.

Einzelne Bausteine werden nachfolgend dargestellt. Im Wesentlichen sind dies: Konzepte zur Gewaltprävention, Brennpunkt bezogene und Täter orientierte Ansätze, die Fahndungs- und

Kontrolltage „Jugendschutz“, Maßnahmen gegen den Alkoholmissbrauch, die „Häuser des Jugendrechtes“, die Pilot-Datei „Gewalt im öffentlichen Raum und bei Veranstaltungen (GöRuV)“ sowie organisatorische Regelungen zur Jugendsachbearbeitung. Darüber hinaus wird der Aspekt „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte“ gesondert betrachtet. ■

Elmar May, ISM

#### Gesetze und Programme der Landesregierung

Das **Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit** hat die rechtlichen und instrumentalen Grundlagen zum Schutz des Kindeswohls deutlich verbessert. Das Gesetz regelt u.a. die Unterrichtung der Jugendämter durch die Gesundheitsämter bei medizinischen Hinweisen auf eine Kindesmisshandlung.

Im Vordergrund des im Jahr 2000 vom Landtag beschlossenen **„Rheinland-pfälzischen Interventionsprojektes gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG)“** steht der Schutz der Opfer. Zugleich werden die Täter konsequent in die Verantwortung genommen, was auch auf

Kinder als Augenzeugen innerfamiliärer Gewalt eine nicht zu unterschätzende Wirkung hat. Dafür wurde in Rheinland-Pfalz ein Netz von **Täterarbeitseinrichtungen (TAE)** aufgebaut. Durch Einzelgespräche und soziale Trainingskurse, insbesondere Kommunikations- und Anti-Gewalt-Trainings, sollen Wahrnehmungs- und Verhaltensänderungen bei den Tätern erreicht werden, um weiteren Übergriffen möglichst vorzubeugen.

Wie die ersten Ergebnisse des aktuellen Forschungsprojektes **„Jugendliche in Deutschland als Täter und Opfer von Gewalt“** erneut bestätigen, erhöhen schlechte Bildungschancen und eine mangelhafte schulische Integration die Gewaltrate. Das **Landesprogramm „Zukunfts-**

**chance Kinder – Bildung von Anfang an“** ermöglicht Kindern – auch jenen mit Migrationshintergrund – eine bessere Vorbereitung auf die Schule und bei Bedarf auch eine intensive Sprachförderung.

Für den Erfolg von Gewaltprävention ist es entscheidend, dass sie möglichst früh ansetzt. Schon in der Schule sollten Kinder und Jugendliche persönlichkeitsstabilisierende und konfliktlösende Verhaltensweisen kennenlernen und einüben. Dazu dienen vielfältige Programme an rheinland-pfälzischen Schulen wie etwa **„Ich und Du und Wir“**, das **„Programm zur Primärprävention (PROPP)“** oder **„Prävention im Team (PIT)“** (nämlich im Team von Polizeibeamten

und Lehrern). Hier geht es zunächst darum, die Persönlichkeit der Kinder und Jugendlichen zu stärken, ihre soziale Kompetenz zu fördern sowie verbindliche Normen und Werte zu vermitteln. Anschließend geht es um Konfliktbearbeitung und Deeskalationstraining. Dass Lehrerinnen und Lehrer dabei auch gemeinsam mit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vor der Schulklasse stehen, ist in Rheinland-Pfalz inzwischen kein seltenes Bild mehr. Die Polizei tritt im Rahmen der Gewaltprävention aber nicht nur in Schulklassen auf. Vortragsveranstaltungen vor Eltern und Pädagogen zählen ebenso zum Gesamtkonzept wie gemeinsame Veranstaltungen mit Vereinen, bei denen junge Menschen für eine sinnvolle Betätigung im Verein gewonnen werden.

Die seit dem Jahr 2000 erfolgreich praktizierte Kampagne „**Wer nichts tut, macht mit**“ appelliert an die Zivilcourage und will erreichen, dass Gewalt nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern sofort unterbunden und dann auch zur Anzeige gebracht wird. ■ Heinz Mertesacker, ISM



„Prävention im Team“ (PIT) heißt das rheinland-pfälzische Programm, bei dem Polizeibeamte und Pädagogen gemeinsam in die Klassen gehen, um mit den Jugendlichen über Gewalt, Extremismus und Drogen zu reden.

### Häuser des Jugendrechts

Die Masse der jugendlichen Straftäter begeht nur eine Straftat und verhält sich anschließend, nachdem ihr antisoziales Verhalten geahndet wurde, gesetzeskonform. Bei einzelnen Jugendlichen steht indes zu befürchten, dass sie in eine kriminelle Karriere abriften. Um dies zu verhindern, muss die staatliche Reaktion auf ein delinquentes Verhalten so zügig erfolgen, dass sie im Bewusstsein der Betroffenen noch in unmittelbarer Verbindung zur Tat steht. „Häuser des Jugendrechts“, wie sie in Ludwigshafen und Mainz bereits mit Erfolg arbeiten, sind hierfür das geeignete Instrument: Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendamt und freie Träger der Jugendhilfe sind unter einem Dach vereint und befassen sich gleichzeitig, einzelfallbezogen und individuell abgestimmt mit auffällig gewordenen Jugendlichen. Dem Erziehungsauftrag des Jugendstrafrechts entsprechende Maßnahmen erfolgen damit deutlich schneller. Die Wiederholungsrate sinkt. ■

### Bekämpfung von jugend- und jugendgruppenspezifischen Aggressionsdelikten

Das Konzept soll die Aktivitäten der Polizeibehörden vernetzen, die Ressourcen bündeln und die Einsatz- und Ermittlungsmaßnahmen optimieren. Schwerpunkt ist das frühzeitige Erkennen und konsequente Verfolgen „junger Mehrfach- und Intensivtäter (JMIT)“, mithin ein weitgehend täterorientierter Ansatz. Junge Mehrfach- und Intensivtäter (etwa 3 bis 5 Prozent der Tatverdächtigen) begehen zwischen 30 und 60 Prozent der bekannt

gewordenen Straftaten. Wertvolle Erkenntnisse lieferte das Pilotprojekt „AG MITTE“ beim PP Mainz. Durch die Optimierung der organisationsinternen Abläufe werden die Lagebilddaten mit den aktuellen Aufklärungs- und Ermittlungsergebnissen verknüpft, polizeiliche Einsatzmaßnahmen koordiniert und die Ermittlungen eng verzahnt. Um die Vorgänge zu bündeln, richtet sich die polizeiliche Zuständigkeit nicht nach dem Tatort, sondern allein nach dem Wohnort des minderjährigen Mehrfachtäters. ■

### Eindämmung des Alkoholmissbrauchs

Die Eindämmung des Alkoholmissbrauchs zur Gewaltprävention war Thema der 183. Sitzung der IMK im Juni 2007. Ausgehend von den PKS-Daten des Jahres 2006, wonach drei von zehn Gewaltdelikten unter Alkoholeinfluss begangen wurden (mittlerweile sind diese Zahlen weiter gestiegen), hatte eine bundesweite Arbeitsgruppe ein Maßnahmenkonzept erarbeitet. Dessen Schwerpunkte waren:

- ▶ die primärpräventive Sensibilisierung,
- ▶ Maßnahmen im Vorfeld polizeilicher Einsätze,
- ▶ zielgerichtete Einsatzmaßnahmen zur Eindämmung von Alkoholmissbrauch.

Zu Präventionsmaßnahmen kann auf die Kampagnen der rheinland-pfälzischen Leitstelle Kriminalprävention mit öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen hingewiesen werden, wie etwa jener im Oktober 2008 in Polch. Gemeinsame Kontroll- und Ahndungsmaßnahmen zur Verhinderung des Alkoholmissbrauchs sind – in Abstimmung mit den

originär zuständigen Behörden – fester Bestandteil der Einsatzkonzepte bei Wein- und Bierfesten, Karnevalsveranstaltungen, Open-Air-Festivals und Schulabschlussfeiern. Darüber hinaus sind gebündelte Maßnahmen an urbanen Brennpunkten wie etwa dem Berliner Platz in Ludwigshafen zu nennen. ■

### Kontrolltage „Jugendschutz“

Neben den Jugendschutzkontrollen im täglichen Dienst fanden vom 21. bis 23. August 2008 erstmals in Rheinland-Pfalz landesweite Kontrolltage „Jugendschutz“ statt. Hierbei haben die Polizeipräsidien und die Wasserschutzpolizei mit Unterstützung der Bereitschaftspolizei – gemeinsam mit den örtlich zuständigen Ordnungs- und Jugendbehörden – landesweit koordinierte Jugendschutzkontrollen vorgenommen. Ziel war es, jugend- ▶



Alkoholmissbrauch ist immer öfter die unheilvolle Basis jugendlicher Gewaltexzesse.

gefährdende Einflüsse frühzeitig zu erkennen, auf Jugendgefährdungen hinzuweisen sowie Verstöße zu verfolgen. Fast 600 Einsatzkräfte kontrollierten 382 Gewerbebetriebe – Gaststätten, Spielhallen, Internet-Cafés und Diskotheken – sowie Festveranstaltungen. Dabei wurden 34 erheblich alkoholisierte Kinder und Jugendliche angetroffen und ihren Erziehungsberechtigten überstellt. 140 Straftaten und Ordnungswidrigkeiten wurden zur Anzeige gebracht. Diese Ergebnisse belegen die Effektivität einer koordinierten Kontrollmaßnahme. In diesem Jahr läuft die Schwerpunktmaßnahme „Jugendschutz“ in der Zeit vom 21. bis 31. August. Kontrollzeiten und -schwerpunkte werden präsidial intern festgelegt. ■



**Netzwerk: Gemeinsame Jugendschutzkontrolle von Polizei und Ordnungsamt in Ludwigshafen.**

### Widerstandsdelikte / Gewalt gegen Polizeibeamte

Bundesweit mehren sich die Aggressionen und Gewalttaten gegen Polizeibeamtinnen und -beamte. Dies belegen die PKS-Daten zu den „Widerstandsdelikten“. Um ein bundesweites Lagebild zu erheben und Handlungsanleitungen zu entwickeln, hat der IMK-Unterausschuss Führung, Einsatz, Kriminalitätsbekämpfung (UA FEK) eine Projektgruppe eingerichtet. Ihr Untersuchungsauftrag lautet etwas sperrig: „Einsatzlagen des täglichen Dienstes im Zusammenhang mit im öffentlichen Raum plötzlich auftretender Gewalt durch spontan sich bildende Gruppen mit Übergriffen gegen Polizeibeamtinnen und -beamte“.

Erfasst wird in erster Linie die Problematik, dass Kolleginnen und Kollegen in vermeintlichen Alltagssituationen von mehreren Personen plötzlich massiv angegriffen werden. Hierzu hat die Projektgruppe eine Länderabfrage gestartet, zu der auch das ISM Beiträge geliefert hat. Für Rheinland-Pfalz ist PD Franz-Josef Brandt (L/FüSt PP Westpfalz) Mitglied der Projektgruppe. Der Abschlussbericht ist für Herbst 2009 angekündigt.

Um jedoch auch die spezifische Situation in Rheinland-Pfalz zu durchleuchten, hat das ISM eine

Projektgruppe der FHöV beauftragt, eine Deliktsbetrachtung „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte / Gewalt gegen Polizeibeamte“ zu erstellen. Ziel ist die umfassende Erhebung in quantitativer und qualitativer Hinsicht, das Aufzeigen von Entwicklungstendenzen sowie die Untersuchung von Faktoren, die Widerstandshandlungen begünstigen oder ihnen entgegenwirken. ■

### Bekämpfung der „Gewalt im öffentlichen Raum“

Polizeibeamtinnen und -beamten begegnet gerade bei öffentlichen Veranstaltungen, Einsätzen an Brennpunkten und Volksfesten eine zunehmende Gewaltbereitschaft. Dieser Problematik sind die Polizeipräsidien mit diversen Maßnahmen und Einsatzkonzepten begegnet. Um die Aktivitäten zu bündeln und ein Rahmenkonzept zur Bekämpfung der „Gewalt im öffentlichen Raum“ zu erarbeiten, wurde eine landesweite Arbeitsgruppe eingerichtet. Deren Konzept wurde im zweiten Halbjahr 2008 den Polizeibehörden und -einrichtungen übersandt. Es soll die gefahrenabwehrenden und strafverfolgenden Maßnahmen an bestimmten Einsatzorten und Brennpunkten verknüpfen und optimieren.

Ein Schwerpunkt des Rahmenkonzeptes ist die Kooperationen mit anderen Stellen – insbesondere den Kommunen, der Bundespolizei, der Justiz, den jeweiligen Veranstaltern, den Kriminalpräventiven Räten und den Schulen. Inhaltlich sind dabei folgende Elemente wesentlich:

- ▶ die Ausschöpfung der im Gefahrenabwehrrecht vorgesehenen Maßnahmen
- ▶ Präventionsmaßnahmen unter Mitwirkung der Kriminalpräventiven Räte und lokalen Bündnisse
- ▶ Jugendschutzkontrollen in enger Abstimmung mit den Ordnungs- und Jugendämtern
- ▶ die Berücksichtigung des Opferschutzes
- ▶ eine zeitnahe und konsequente Strafverfolgung



**Die Bekämpfung der Gewalt im öffentlichen Raum und bei Veranstaltungen erfordert neben präventiven Maßnahmen vor allem das entschlossene Auftreten und frühzeitige Eingreifen der Polizei.**

### Datei „Gewalt im öffentlichen Raum und bei Veranstaltungen (GöRuV)“

Seit einigen Jahren erleichtert die beim BKA geführte Datei „Gewalttäter Sport“ Maßnahmen gegen gewalttätige Personen, die wiederholt und überregional bei Sportveranstaltungen aufgefallen sind. Ähnlich dieser Datei führt das PP Trier im Rahmen eines einjährigen Pilotprojektes seit November 2008 die Datei „Gewalt im öffentlichen Raum und bei Veranstaltungen“, kurz: GöRuV. Der Landesbeauftragte für den Datenschutz hat dem Projekt zugestimmt.

Aufgenommen werden Personen, die bei Volksfesten, Brauchtumsveranstaltungen, sonstigen Festen und Feiern (z.B. Schulabschlussfeiern) als Störer in Erscheinung treten und bei denen die Gefahr besteht, dass sie auch künftig auffällig werden.

Die gerichtsverwertbare Anwendung polizeilicher Präventivmaßnahmen (z.B. ein Betretungsverbot) erlaubt es, Jugendlichen, die durch ihre Gewaltbereitschaft aufgefallen sind, schon im Vorfeld einer Veranstaltung entgegenzutreten. Zudem können reisende Störer, die Volksfeste vorrangig besuchen, um dort Gewalttaten zu verüben, frühzeitig erkannt und provozierte Ausschreitungen verhindert werden.

Neben der Erfassung der Störer und ihrer „Auftritte“ werden in einem „Volksfest-Kataster“ die wiederkehrenden Veranstaltungen der Region entsprechend der Kennzeichnung von Fußballspielen in die Risikogruppen Grün, Gelb und Rot kategorisiert. Diese mit den aufgenommenen Störern verknüpfte Anwendung erleichtert die Abstimmung polizeilicher Maßnahmen und erlaubt in der Nachbereitung die Überprüfung ihrer Wirksamkeit.

Erste positive Erfahrungen führen inzwischen zu einer zunehmenden Nutzung der Datei durch die Dienststellen des PP Trier. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse fließen in die Erstellung der Einsatzkonzepte ein. ■

## ► Problemverstärker: Alkoholmissbrauch durch Minderjährige

Suchtbekämpfung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – Gesetzliche Instrumente im Überblick

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Alkoholmissbrauch ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der staatliche und private Stellen sowie Erziehungsberechtigte zusammenwirken müssen. Die Wirksamkeit der gesetzlichen Instrumente hängt wesentlich von der Kontrolldichte und der vertrauensvollen Zusammenarbeit der zuständigen Behörden und Stellen ab. In der folgenden Übersicht werden die wichtigsten Instrumente dargestellt:

### Gaststättengesetz

Aus dem Gaststättenrecht ist in erster Linie das Verbot des Verabreichens alkoholischer Getränke an Betrunkene gemäß § 20 Nr. 2 Gaststättengesetz (GastG) zu nennen. Veranstaltungen, bei denen im Vorhinein absehbar ist, dass gegen diese Vorschrift verstoßen wird (zum Beispiel bei „Koma-Parties“ und dem so genannten „Flat-Rate-Saufen“), können durch die Ordnungsbehörde verboten werden. Verstöße dagegen können mit Bußgeldern geahndet werden (§ 20 Nr. 2 GastG i. V. m. § 28 Abs. 1 Nr. 9, Abs. 3 GastG).

Als ultima ratio steht im gaststättenrechtlichen Instrumentarium die Möglichkeit eines Widerrufs der gaststättenrechtlichen Erlaubnis nach § 15 Abs. 2 GastG in Verbindung mit § 4 Abs. 1 Nr. 1 GastG zur Verfügung. Ein Widerruf ist möglich, wenn die Zuverlässigkeit des Betreibers nicht mehr gegeben ist. Dies ist unter anderem der Fall, wenn die Verantwortlichen gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 1 GastG „dem Alkoholmissbrauch Vorschub leisten“ oder die Vorschriften des Jugendschutzes nicht einhalten.

### Jugendschutzgesetz

Speziell zum Schutz von Kindern und Jugendlichen ergeben sich aus dem Jugendschutzgesetz (JuSchG) weitere Instrumente. Die Abgabe von branntweinhaltigen Getränken an Minderjährige ist in Gaststätten, Verkaufsstellen oder auch sonst in der Öffentlichkeit gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 JuSchG unzulässig. Auch die Abgabe von alkoholhaltigen Süßgetränken an Personen unter 18 Jahren ist verboten (§ 9 Abs. 4 JuSchG). Andere alkoholische Getränke als Branntwein (z.B. Wein oder Bier) dürfen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 JuSchG nur an Jugendliche ab 16 Jahren abgegeben werden. In Ausnahmefällen dürfen diese Getränke auch schon an Jugendliche ab 14 Jahren abgegeben werden, wenn diese durch eine sorgeberechtigte Person (in der Regel ein Elternteil) begleitet werden (§ 9 Abs. 2 JuSchG). Wirte und Einzelhändler müssen sich den Personalausweis oder Führerschein ihrer Kunden zeigen lassen, sofern Zweifel an dem

gemäß JuSchG erforderlichen Alter dieser Kunden bestehen. Öffentliche Veranstaltungen, bei denen Alkohol in unbegrenzter Menge zu einem Festpreis abgegeben wird, können gemäß § 7 JuSchG durch die Ausführungsbehörden vor Ort als jugendgefährdende Veranstaltung eingeordnet werden – mit der Folge, dass der Veranstalter die Anwesenheit von Kindern und Jugendlichen nicht zulassen darf. Eine solche Anordnung kann auch Alters- und Zeitbegrenzungen oder andere Auflagen enthalten, wenn dadurch die Gefährdung ausgeschlossen oder zumindest wesentlich gemindert werden kann (§ 7 Satz 2 JuSchG). Darüber hinaus können Veranstaltungen wie „Koma-Parties“ oder „Flat-Rate-Saufen“ auch als „jugendgefährdende Orte“ im Sinne des § 8 JuSchG eingestuft werden. Auf dieser Grundlage können die Ausführungsbehörden die minderjährigen Alkoholkonsumentinnen und -konsumenten zum Verlassen der Veranstaltung anhalten und sie ihren Eltern zuführen.

### Ladenöffnungsgesetz

Das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz verkündete am 19. März 2009 richtungsweisende Urteile, die es ermöglichen, den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Alkoholmissbrauch in der täglichen Praxis effektiver umzusetzen. Gegenstand des Verfahrens waren Verfügungen der Stadt Frankenthal, die den Verkauf von Alkohol an Tankstellen außerhalb der allgemeinen Ladenöffnungszeiten einschränkten. Die Stadt Frankenthal hatte diese Beschränkungen erlassen, um Lärmbelästigungen, Alkoholmissbrauch, Scherben und Schmutz an Tankstellen einzudämmen. Das OVG bestätigte die Rechtmäßigkeit dieser auf der Grundlage des Ladenöffnungsgesetzes erlassenen Verkaufsbeschränkungen. Damit wurde ein wirksames Instrument geschaffen, um den Zugang von Jugendlichen zu alkoholhaltigen Getränken außerhalb der allgemeinen Ladenöffnungszeiten zu erschweren. Somit können die Kommunen verhindern, dass sich Jugendliche abends an Tankstellen Alkohol besorgen, um sich für die Diskothek „warmzutrinken“.

### Polizei- und Ordnungsbehördengesetz

Die Befugnisse des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (POG) kommen subsidiär in Betracht, um allgemein gegen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch übermäßigen Alkoholkonsum vorzugehen. Festzuhalten ist dabei, dass in Deutschland der Alkoholkonsum von Erwachsenen grundsätzlich erlaubt ist und zunächst weder eine Störung der öffentlichen Sicherheit und



Gemeinsam gegen Alkoholmissbrauch und Jugendgewalt: Polizei und Ordnungsamt zeigen Flagge.

Ordnung, noch eine Ordnungswidrigkeit oder gar Straftat darstellt.

Hingegen ist ein Einschreiten gegen eine stark alkoholisierte Person in der Öffentlichkeit sehr wohl zulässig, wenn von ihr eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgeht. Die Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit umfassen auch den Schutz der Rechtsgüter wie Leben und Gesundheit des Einzelnen. Demgemäß können Betrunkene zu ihrem eigenen Schutz in Gewahrsam genommen werden, sofern eine Gefahr für deren Leib oder Leben besteht. Diese Maßnahme kann auch gegenüber Minderjährigen angewandt werden. In diesem Fall sind die Sorgeberechtigten unverzüglich zu informieren.

Insbesondere zum Schutz von Kindern und Jugendlichen gibt es ferner die Möglichkeit der Gefährdungsansprache gemäß § 9 POG, in der jene auf die Konsequenzen des übermäßigen Alkoholgenusses hingewiesen werden. Werden bei Kindern oder Jugendlichen hochprozentige Spirituosen aufgefunden, können die allgemeinen Ordnungsbehörden oder die Polizei diese Getränke gemäß § 22 POG sicherstellen und auf der Stelle vernichten.

### Gefahrenabwehrverordnungen

Ferner kommen kommunale Gefahrenabwehrverordnungen in Betracht, die das Verweilen im Zustand deutlicher Trunkenheit auf öffentlichen Straßen und in öffentlichen Anlagen verbieten, sofern hierdurch die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gestört wird. Ein Verstoß dagegen stellt eine Ordnungswidrigkeit dar. Entsprechende Regelungen sind bereits in einer Vielzahl von Gefahrenabwehrverordnungen der rheinland-pfälzischen Kommunen enthalten. ■

Monika Zartmann, ISM

# „Wir können Jugendgewalt nur gesamtgesellschaftlich begegnen“

**Regionale Netzwerke sollen Jugendgewalt und Alkoholmissbrauch zurückdrängen. Die Polizei stellt sich landesweit an die Spitze dieser Bewegung. Über die Hintergründe sprach der Polizeikurier mit Inspekteur Werner Blatt.**

**Polizeikurier:** Herr Blatt, für 2008 weist die PKS einen – wenn auch nur leichten – Rückgang der Körperverletzungsdelikte aus. Auch die Zahl der jugendlichen Tatverdächtigen ging zurück. Warum beschäftigen wir uns gerade jetzt mit dem Thema Jugendgewalt?

**Blatt:** Der Rückgang ist erfreulich, aber er löst noch längst nicht das Problem. Zum einen müssen wir sehen, dass die Zahl der Körperverletzungen in den letzten zehn Jahren zugenommen hat. Dabei spielen die jugendlichen Tatverdächtigen – leider – eine große Rolle. Zum anderen können wir noch nicht wissen, ob der Rückgang tatsächlich eine nachhaltige Trendwende markiert.

**Polizeikurier:** Hat die Polizei das Problem zu spät erkannt?

**Blatt:** Nein. Wir haben ja schon einiges vorzuweisen. Es gibt etliche Präventionsansätze und Programme, die sehr gut laufen. Das reicht von „Wer nichts tut, macht mit“ über die Gewaltprävention in den Schulen bis zur massiven Polizeipräsenz bei Großveranstaltungen. Schon im Kindergarten setzen wir an: Gewaltprävention hat längst auch bei den Polizeipuppenbühnen ihren festen Platz. Die Leitstelle Kriminalprävention entwickelt Angebote, die bei jungen Leuten prima ankommen. Auch andere Organisationen arbeiten auf diesem Gebiet: Kirchen, Schulen, Jugendverbände, Vereine, Kommunen, Parteien, Gewerkschaften und andere mehr. Was fehlt, ist eine sinnvolle Vernetzung. Statt nebeneinander müssen wir miteinander agieren. Netzwerke knüpfen bedeutet: Jeder übernimmt den Part, den er am besten kann. Jugendgewalt ist ein Phänomen, dem wir nur gesamtgesellschaftlich begegnen können. Deshalb

brauchen wir Netzwerke. Und in denen spielt die Polizei eine zentrale Rolle, weil bei ihr Prävention und Repression zusammenkommen.

**Polizeikurier:** Das ist jetzt aber ziemlich theoretisch.

**Blatt:** Nehmen wir mal das schreckliche Ereignis von Winnenden. Amoklagen zeigen sehr deutlich, dass den meisten Gewaltphänomenen nur ganzheitlich zu begegnen ist. Nach Erfurt und Ernstetten haben die Polizeien der Länder mit Schulen, Lehrer- und Elternverbänden, Einrichtungen der Jugendpflege, Psychologen, Kriminologen und Medien zusammengearbeitet, um Wege der Gefahrenabwehr zu erschließen. In Rheinland-Pfalz hat die Polizei mit jeder Schule im Land Kontakt aufgenommen und Notfall-Konzepte erarbeitet. Ähnliche Netzwerke knüpfen wir jetzt gegen das Phänomen Jugendgewalt. Die ersten Regionalkonferenzen sind in der Planung.

**Polizeikurier:** Klingt, als müssten alle begeistert mitmachen. Tun sie das?

**Blatt:** Die Einsicht in die Notwendigkeit ist ungeteilt. Aber Netzwerke knüpfen heißt Strukturen verändern, möglicherweise auch Zuständigkeiten. Hinzu kommen Aspekte wie Gewaltenteilung und Datenschutz. Wo Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendpflege an einem Tisch sitzen und sich austauschen, da stellen sich diese Fragen. Das muss wachsen. Dann wird sich das Vertrauen festigen. Aber wir sind auf dem richtigen Weg: In Ludwigshafen und Mainz arbeiten die Häuser des Jugendrechts mit sehr gutem Erfolg.

**Polizeikurier:** Welche Rolle spielt die Polizei in diesem Prozess?

**Blatt:** Eine wichtige: Ähnlich wie die Schulen sind wir eine Art gesellschaftlicher Seismograf. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Familien, der demografische Wandel, die Migration und teilweise verfehlte Integration, die Ich- und Spaß-Gesellschaft, der zunehmende Alkoholmissbrauch – die Polizei erlebt die Folgen immer zuerst und ungedämpft. Weil wir gerufen werden, wenn etwas aus dem Ruder läuft.

**Polizeikurier:** Ist das nicht ein ziemlich dicker Brocken?

**Blatt:** Das heißt ja nicht, dass die Polizei die ganze Arbeit alleine macht. Die Ordnungsbehörden zum Beispiel setzen das Alkoholverbot für Minderjährige durch, die Jugendämter betreuen auffällige Jugendliche, Schulen, Vereine, Kirchen und Jugendhäuser engagieren sich in der Gewalt- und Suchtprävention usw. Wenn sich jeder optimal einbringt, sind „nur noch“ die Schnittstellen zu pflegen.

**Polizeikurier:** Und was können wir am besten?

**Blatt:** Einige Präventionsprogramme habe ich ja schon erwähnt, und dabei längst nicht alle. Auf der Ebene der Repression sind wir gemeinsam mit der Justiz „Monopolist“. Daraus erwächst eine Verpflichtung, der wir auf vielfache Weise gerecht werden: Wir kümmern uns personalintensiv um jugendliche Mehrfach- und Intensivtäter, bekämpfen Gewalt im öffentlichen Raum durch Präsenzprogramme, entwickeln Kontrolltage oder – wie in diesem Jahr – „Kontrollwochen“ in Sachen Jugendschutz und initiieren Häuser des Jugendrechts in den Oberzentren. Dabei gilt das Prinzip „Lernen vom Besten“. Was Kaiserslautern erfolgreich praktiziert, müssen wir in Koblenz nicht neu erfinden.

**Polizeikurier:** Heißt das, am Ende machen alle dasselbe?

**Blatt:** Nein. Was für die Westpfalz passt, muss für den Westerwald nicht unbedingt das Beste sein – und umgekehrt. Wir brauchen Netzwerke gegen Jugendgewalt im ganzen Land, aber kein Einheits-Netz. Die Verantwortlichen in den Präsidien und Direktionen wissen sehr genau, was in ihrer Region nötig ist. Was wir brauchen, sind lokale Netzwerke, die die örtlichen Verhältnisse und Ressourcen optimal „einbinden“. Die Kriminalpräventiven Räte sind dafür ein gutes Beispiel.

**Polizeikurier:** Werden die Netzwerke gegen Jugendgewalt also Selbstläufer?

**Blatt:** Sagen wir mal, ich bin zuversichtlich. Die Zusammenarbeit mit den Schulen und Ordnungsämtern ist schon sehr gut. Mit dem Bildungsministerium stehen wir in gutem Kontakt,

„Das muss wachsen. Dann wird sich auch das Vertrauen festigen.“



Werner Blatt, Inspekteur der Polizei, im Gespräch mit PK-Redaktionsleiter Horst Schaefer.

mit dem Gemeinde- und Städtebund ebenfalls. Die Jugendämter sind noch etwas zurückhaltender. Das liegt in der Natur der Sache: Die Betreuung Jugendlicher und ihrer Familien setzt deren Vertrauen voraus; die Nähe zur Polizei löst da schon mal Verunsicherung aus. Da sind Geduld und Einfühlungsvermögen gefragt. Vor Jahren war die Polizei an den Schulen nicht immer gern gesehen. Heute sind wir dort sehr willkommen. Das zeigt: Mein Optimismus ist berechtigt.

**Polizeikurier:** Reichen Geld und Personal?

**Blatt:** Wenn wir etwas tun müssen, darf uns das nicht abschrecken. Prävention kostet Geld und Personal, keine Frage. Aber wenn wir hier sparen, zahlen wir in der Repression doppelt drauf. Ich bin mir sicher, dass die Polizei die nötigen Mittel aufbringen kann. Die Politik steht hinter uns. Was andere ins Netzwerk einbringen, müssen wir abwarten.

**Polizeikurier:** Was braucht ein regionales Netzwerk sonst noch?

**Blatt:** Die genaue Kenntnis der örtlichen Strukturen und Problemstellungen. Die sind in Ludwigshafen anders als in Koblenz oder Trier. Da muss Ursachenforschung vor Ort betrieben werden. Darüber hinaus müssen wir uns natürlich um jene Fehlentwicklungen kümmern, die uns überall Sorgen machen: Alkoholmissbrauch, Autoritätsverlust, Mobbing in der Schule, Ge-

walt in der Familie, veränderter Medienkonsum, Integrationsdefizite, Jugendarbeitslosigkeit. Gewalt kommt nicht von ungefähr. Wir müssen die Wurzeln angehen. Sonst werden wir wenig erreichen.

**Polizeikurier:** Sie haben den Alkoholmissbrauch erwähnt. Welche Rolle spielt er für das Phänomen Jugendgewalt?

**Blatt:** Eine Besorgnis erregende. Der Anteil der alkoholisierten Tatverdächtigen steigt von Jahr zu Jahr, leider auch unter den Kindern und Jugendlichen. Hier muss etwas geschehen. In den Netzwerken müssen wir noch mehr Aufklärung betreiben, die Eltern erreichen und jenen auf die Finger hauen, die Alkohol an Jugendliche abgeben. Jugendgewalt und Alkoholmissbrauch sind im Grunde dasselbe Thema. Das bedeutet, Gewaltprävention ist immer auch Suchtprävention.

**Polizeikurier:** Dazu fällt mir ein: Immer mehr Kolleginnen und Kollegen berichten von Übergriffen gegen die Polizei.

**Blatt:** In der Tat nehmen die Widerstandshandlungen zu. Oft ist dabei Alkohol im Spiel, auch bei Minderjährigen. Das macht mir Sorgen. Wir müssen schließlich nicht nur die Gesellschaft schützen, sondern auch unsere Beamtinnen und Beamten.

**Polizeikurier:** Was können wir also tun?

**Blatt:** Wir bilden die jungen Kolleginnen und Kollegen sehr gut aus – schon bisher und erst recht im Bachelor-Studium. Jede Beamtin, jeder Beamte muss sich angemessen und ef-

ektiv durchsetzen können. Wir fördern Sport und Training, entwickeln unsere Einsatztechniken weiter, bauen neue Schieß- und Einsatztrainingszentren, verstärken die Fortbildung und beschaffen moderne Einsatzmittel. Und wir intensivieren das Training der Kommunikations- und Deeskalations-

Techniken. Wo allerdings konsequentes Einschreiten notwendig ist, da wird auch gehandelt. Der beste Schutz ist, Widerstandshandlungen erst gar nicht aufkommen zu lassen.

**Polizeikurier:** Solange unser Gegenüber für Argumente noch zugänglich ist...

**Blatt:** Ich weiß sehr wohl, dass das nicht immer der Fall ist. Den Faktor Alkohol haben wir ja schon angesprochen. Darüber hinaus wird die Polizei oftmals angegriffen, weil man in ihr das Symbol für Staat und Gesellschaft sieht. Dann fliegen Steine gegen das „System“ und treffen Bürger in Uniform. Hier schließt sich der Kreis: Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und deshalb auch nur gesamtgesellschaftlich zu lösen. Dafür brauchen wir Netzwerke. ■

Die Fragen stellte Horst Schaefer.

„Wer Alkohol an Kinder abgibt, bekommt auf die Finger gehauen.“

# An polizeilicher Praxis orientiert: Führungskräftetraining gestartet

Seit Dezember 2008 gibt es an der Landespolizeischule mit dem Führungskräftetraining (FKT) ein ganzheitliches Fortbildungsangebot speziell für Führungskräfte.

Schon Anfang 2006 befasste sich die Projektgruppe „Führungstrainings, Führungs- und Projektberatung in der rheinland-pfälzischen Polizei“ unter Leitung von LPD Jürgen Mosen (PP Koblenz) mit dem Thema. Auf Grundlage der Arbeitsergebnisse erstellte die LPS eine in der rheinland-pfälzischen Polizei neuartige Form der Fortbildung: In drei Modulen trainieren Führungskräfte aus Schutz- und Kriminalpolizei sowie der Polizeiverwaltung an insgesamt zehn Tagen in heterogenen Gruppen, d.h. hierarchie- und spartenübergreifend vom Dienstgruppenleiter bis zu den Leitern der Behörden und Einrichtungen. Unter Anleitung zweier Trainer werden insbesondere die umfangreichen und langjährigen Praxiserfahrungen der Teilnehmer in „kollegialen Fallbesprechungen“ reflektiert, analysiert und zu konkreten Handreichungen für die Zukunft ausgearbeitet.

Ein Novum ist dabei auch die Zusammensetzung des Trainerteams, bestehend aus einem Psychologen und einem Polizeibeamten des höheren Dienstes: Hierdurch wird sozialwissenschaftliche Kompetenz mit polizeilichem Erfahrungswissen verbunden. Der Diplom-Psychologe Dr. Frank



Der erste Lehrgang hat das dreistufige Führungskräftetraining auf dem Hahn erfolgreich absolviert. Die Teilnehmer kamen aus allen Landesteilen, unterschiedlichen Hierarchie-Ebenen und allen Sparten der Polizei. Geleitet wird das Training von PR Manuel Wehrmann und Diplom-Psychologe Dr. Frank Hallenberger.

Hallenberger und PR Manuel Wehrmann bilden das erste Trainergespann. Frank Hallenberger ist Dozent im Studiengang Soziale Verhaltenswissenschaften an der FHöV. Manuel Wehrmann war nach Abschluss seiner Ausbildung zum höheren Polizeidienst drei Jahre Leiter der PI Mainz 1, bevor er am 1. Oktober zur LPS versetzt wurde. Vorbereitet wurden beide in einer auf die Bedürfnisse des FKT abgestimmten „Train the Trainer“-Schulung. Dabei erweiterten Hallenberger und Wehrmann ihr Wissen über effektive Trainingsgestaltung, moderne Methoden der Wissensvermittlung und zielorientiertes Moderieren.

#### Inhalte und Durchführung des Trainings:

Modul 1 steht unter der Überschrift „Führung und Zusammenarbeit erfolgreich gestalten“. Neben der Bearbeitung von Teilnehmerthemen und der Simulation von Führungsgesprächen werden fachtheoretische Inhalte angeboten, so zum Beispiel verschiedene Kommunikationsmo-

delle und Führungsstile. Frontalunterricht findet dabei praktisch nicht statt. Durch die Einbindung von Führungskräften aller Polizeibehörden und -einrichtungen als Praxistrainer entsteht in den Folgemodulen eine enge Verzahnung mit den Erfahrungen aus der polizeilichen Praxis.

In Modul 2 – „Führen in Alltagssituationen“ – werden unter Berücksichtigung der Teilnehmerinteressen aktuelle Führungsherausforderungen zu Themen wie Führen mit Zielen, Personalentwicklung, Dienst- und Fachaufsicht, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Interkulturelle Kompetenz, Kooperatives Führen, Betriebliches Gesundheitsmanagement, Qualitätsförderung und -sicherung, Projektmanagement etc. gemeinsam erarbeitet. „Führen in besonderen Einsatzlagen“ heißt das Thema für Modul 3. Neben dem realitätsnahen Training des Führens insbesondere bei polizeilichen Sofortlagen werden Problemstellungen wie Einsatzvorbereitung, Planungstechniken, Einsatzkommunikation, Schnittstellenproblematiken, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Einsatznachbereitung, hier zum Beispiel die Aufarbeitung besonders belastender Einsatzergebnisse, beleuchtet.

Zielgruppe des FKT sind zirka 1300 Führungskräfte einschließlich der Polizeiverwaltung. Ein zweites Trainerteam soll künftig parallele Trainings durchführen. Dann können 15 Modulreihen pro Jahr angeboten werden. Zwei Gruppen haben das Training bereits erfolgreich absolviert. ■

Manuel Wehrmann, LPS

#### Im FKT werden Kernkompetenzen von Führungskräften geschult

Führung geschieht in weiten Teilen in Besprechungen, in Workshops und in Gesprächen unter vier Augen. In diesem Handlungsraum gilt es Ergebnisse zu erzielen, Konflikte zu ergründen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beteiligen, zu motivieren, zu fördern und zu fordern.

Manche Gespräche bleiben erfolglos, andere bewegen etwas. Durch eine gute Vorbereitung

und den gezielten Einsatz von Methoden der Gesprächsführung fallen schwierige Gespräche wie etwa das Korrektur- und Kritikgespräch leichter und ihre Wirksamkeit lässt sich erhöhen. Konflikte gehören zum Alltag. Nur wer sie analysieren kann und die einzelnen Eskalationsstufen kennt, wird Lösungen finden, mit denen alle Parteien leben können.

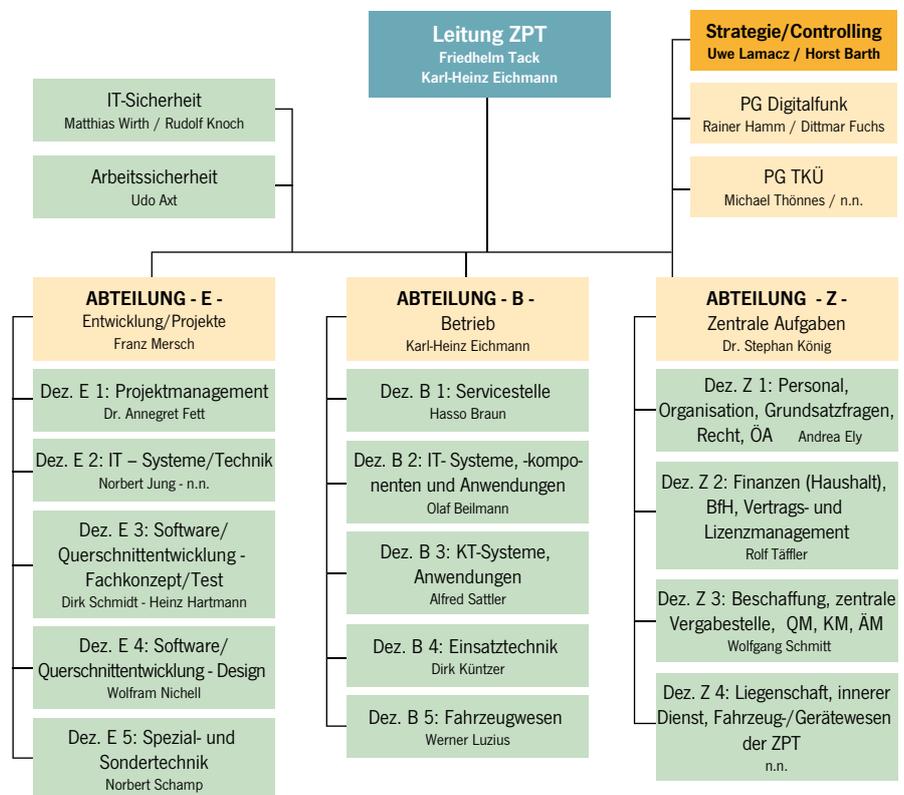
# ZPT: Dank Neuorganisation fit für künftige Herausforderungen

Nach intensiver Vorarbeit ist die Neuorganisation der Zentralstelle für Polizeitechnik am 1. Mai in Kraft getreten. Aus sechs Abteilungen wurden drei. Die PG Poladis geht in die Allgemeine Aufbauorganisation der ZPT über.

Ab sofort besteht die ZPT aus den drei Abteilungen E (Entwicklung/Projekte), B (Betrieb) und Z (Zentrale Aufgaben) sowie dem Bereich S/C (Strategie/Controlling). Während die Projektgruppe Poladis neu in die Allgemeine Aufbauorganisation der ZPT übergegangen ist, hat sich für die Projektgruppen Digitalfunk und TKÜ nichts geändert. Beide sind zum Teil mit ZPT-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern besetzt. Die Fachaufsicht liegt jeweils beim ISM, die Dienstaufsicht bei der ZPT. Die Unterscheidung in Kommunikationstechnik, IT-Systemtechnik, IT-Software, Fahrzeugwesen sowie Sonder- und Einsatztechnik, die sich vormals in den Abteilungen 2 bis 6 spiegelte, findet sich nun in den jeweils fünf Dezernaten der Abteilungen E und B wieder. Die Abteilung Z übernimmt die Aufgaben der früheren Abteilung 1 (Polizeiverwaltung).

Den Auftrag zur Organisationsüberprüfung erhielt die ZPT im Oktober 2007, erinnert sich deren Leiter, PD Friedhelm Tack. Es folgte eine Vielzahl von Gesprächen und Planungsrunden mit dem ISM, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ZPT, den Projektgruppenleitern, dem Personalrat und der Gleichstellungsbeauftragten. Arbeitsgruppen wurden eingerichtet, Konzepte erörtert und modifiziert. Im Sommer 2008 stimmten der Minister und der HPR dem Gesamtkonzept zu. Am 22. September gab Innenminister Karl Peter Bruch in einer Dienstversammlung der ZPT den „Startschuss“. Damit konnte die Umstrukturierung beginnen.

Die Straffung der Aufbauorganisation bringe der ZPT deutliche Vorteile, sagt Friedhelm Tack: eine klare Aufgabenzuweisung und Synergieeffekte durch die Zusammenlegung verwandter Aufgaben, die Beschleunigung der internen Abläufe durch kürzere Wege, eine Reduzierung der Füh-



rungsfunktionen bei gleichzeitiger Erweiterung der persönlichen Entscheidungsspielräume sowie ein optimierter Personaleinsatz. Dadurch konnten mit dem vorhandenen Personal weitere Aufgaben übernommen werden. Zurzeit verfügt die ZPT über 161 Stellen, hinzu kommen Fachberater und Fremdkräfte.

Natürlich war die Neuorganisation mit Umbesetzungen verbunden. Diese seien ausnahmslos sozialverträglich realisiert worden, sagt ZPT-Chef Tack. So konnten die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter Verwendungswünsche äußern, die möglichst auch realisiert wurden. Die Dezernatsleiterstellen wurden intern ausgeschrieben.

Nach der Neuorganisation kommen in den nächsten Monaten weitere Aufgaben auf die ZPT zu:

- In Kürze soll die „Zentrale Beschaffungsstelle“ für den gesamten polizeispezifischen Bedarf der Polizeibehörden und -einrichtungen des Landes ihren Betrieb bei der ZPT aufnehmen.
- Derzeit plant die ZPT die Einrichtung einer zentralen Servicestelle für Anfragen und Störungsmeldungen aus dem Bereich Informations- und Kommunikationstechnik (einschließlich Digitalfunk). Dieser „Rund-um-die-Uhr-Dienst“ an sie-

ben Wochentagen wird als „first level support“ dem international zertifizierten ITIL-Standard entsprechen.

- Schließlich wird bei der ZPT im ersten Quartal 2010 mit Beginn des Probetriebs im Netzabschnitt Trier die „Autorisierte Stelle Digitalfunk BOS“ für alle BOS des Landes eingerichtet.

Mit der Umsetzung des Personalkonzepts und dem Inkrafttreten der Reform am 1. Mai sei ein aufwändiger Prozess weitgehend abgeschlossen worden, zeigt sich Friedhelm Tack erleichtert: „Jetzt haben wir endlich Klarheit und Sicherheit.“ Im Januar kommenden Jahres wird die Neuorganisation ihrer ersten Evaluation unterzogen. Tack: „Aber schon auf dem Weg dorthin werden wir die Abläufe bei Bedarf optimieren.“

Für alle Beteiligten sei die Neuorganisation ein Kräfte zehrender Prozess gewesen, sagt der ZPT-Chef, „zumal der Umzug nach Mainz-Weisenau ja noch hinzu kam“. Umso mehr sei er den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dankbar, „dass sie diesen Weg so engagiert mitgegangen sind und wir ihn gemeinsam zum Ziel geführt haben.“ ■

Horst Schaefer, ISM  
*Info im Intranet: Organisation > Dienststellen > ZPT*

# Interkulturelle Kompetenz: **Wissen und Verständnis statt Anpassung**

„Die interkulturelle Kompetenz der Polizei in multikulturellen Regionen und Gesellschaften“ war Thema eines Erfahrungsaustausches hochrangiger Polizeivertreter aus Frankreich, Belgien, Luxemburg und Rheinland-Pfalz. Das Symposium im Kloster Machern in Bernkastel-Wehlen markierte die beginnende Umsetzung des gleichnamigen Konzeptes in der Polizei Rheinland-Pfalz.

Johannes Kunz, Leiter des Aus- und Fortbildungsreferats in der Polizeiabteilung des ISM, verwies auf die Bedeutung und gesellschaftliche Akzeptanz der kulturellen Vielfalt in einem zusammenwachsenden „Europa der Regionen“. Ernfried Groh betonte als Vertreter der LPS und des Fachbereichs Polizei der FHöV die traditionell guten Beziehungen zu den Polizeien der Nachbarländer von Rheinland-Pfalz und skizzierte die Rolle seiner Einrichtung im laufenden Prozess.

Ein engagiertes Plädoyer für die Notwendigkeit und den Nutzen interkultureller Kompetenz nicht nur in der Polizeiarbeit hielt der Trierer Polizeipräsident Dr. Manfred Bitter. Trier, die älteste Stadt in Rheinland-Pfalz, belege das auf vielfache Weise. Ausgehend vom gemeinsamen Willen, mit den benachbarten Gesellschaften gut auszukommen, habe sich auch die polizeiliche Zusammenarbeit in der Grenzregion erfreulich entwickelt. Gemeinsame Maßnahmen seien polizeilicher Alltag und würden auch von der Bevölkerung beiderseits der Grenzen längst als „normal“ empfunden.

Philippe Hilligsmann von der Föderalen Polizei im Gerichtsbezirk Eupen betonte in seinem Vortrag



Von links: Philippe Hilligsmann, Minister Karl Peter Bruch, Wolfgang Zöller, Patrick Kessler.

über die reformierten Strukturen der belgischen Polizei und deren Wertesystem die Vorbildfunktion der Vorgesetzten. Neben der „Alltagstauglichkeit“ der interkulturellen Kompetenz wünschte er sich eine „wagemutige Führung“, die neue Themenstellungen mit Bedacht aufnehme und selbstbewusst vertrete.

Auf die Frage, ob die Polizei Rheinland-Pfalz fit sei für die multikulturelle Gesellschaft, gaben Patrick Kessler, Commandant de la Compagnie de Gendarmerie départementale de Wissembourg, und Wolfgang Zöller, Leiter der Polizeiinspektion im südpfälzischen Germersheim, eine Antwort aus französisch-deutscher Perspektive. Beide thematisierten die zuweilen recht verschiedenen und dabei kulturell bedingten Zugangsweisen etwa zum Zeitverständnis, zur Protestkultur oder zu jugendlichen Riten. Dabei beeindruckten die befreundeten Dienststellenleiter das Plenum durch ihr hohes Maß an fachlicher und persönlicher Übereinstimmung – nach eigenen Aussagen die Basis der vertrauensvollen Zusammenarbeit ihrer beiden Dienststellen.

Auch für die persönliche Verwendung spielt die Internationalität der Polizei eine zunehmende Rolle. Das wissen alle Kollegen, die im Auslandseinsatz waren oder sich darauf vorbereiten. Jürgen Scholz, Leiter des Referates Internationale polizeiliche Zusammenarbeit im ISM, und Michael Hummel, Verhaltenstrainer an der LPS, gehören zu den Beamten mit großer Auslandserfahrung. Jürgen Scholz war „Head of Mission“ der Eupol in Afghanistan und hatte zuvor Polizeimissionen in Mazedonien geleitet. Das Kosovo und Kaukasien gehören zu den Regionen, die Michael Hummel als Beobachter erlebt hat. Beide Vorträge be-

schäftigten sich mit den unverzichtbaren Grundlagen erfolgreicher Auslandseinsätze. Wesentlich seien die Neugier auf fremde Kulturen, Offenheit, Toleranz und Geduld, die Vermittlung von Werten, Anstand und Vorbildfunktion. Eindrucksvoll beschrieb Michael Hummel die Herausforderungen einer Auslandsmission. Am Beispiel einer multinational besetzten Dienststelle illustrierte er, was die Teilnehmer in einer Mission erwartet. Dazu gehöre, dass die eigenen, oftmals sehr gefestigten Standpunkte in Frage gestellt und gegebenenfalls relativiert werden müssten.

Innenminister Karl Peter Bruch brachte es auf den Punkt: Bei der Förderung der interkulturellen Kompetenz in der rheinland-pfälzischen Polizei gehe es vor allem darum, „dass die Begegnung der Menschen gelingt“. Dazu werde das für 2009 angekündigte Maßnahmenpaket aus Fortbildungen und Trainings ebenso beitragen wie der wachsende Anteil von Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund in der Organisation. Der begonnene Prozess zur Förderung der interkulturellen Kompetenz sei unverzichtbar für die Polizei und erhalte deshalb die volle politische Unterstützung.

An die Führungskräfte richtete Polizeipfarrer Dr. Herbert Fischer-Drumm (LPS) die Bitte, dem Thema Interkulturelle Kompetenz in der Polizei „einen guten Ruf zu verschaffen“. Hier seien Vorbilder gefragt. Fischer-Drumm, der das Symposium moderiert hatte, zeigte sich überzeugt, dass die Veranstaltung ein guter Auftakt für die bevorstehenden Fortbildungen war. ■

Dr. Herbert Fischer-Drumm, LPS  
Christof Weitersshagen, ISM

# Blaue Uniform: Mitte Juni beginnt die Auslieferung an fünf Stellen

**Es geht los: Mitte Juni beginnt in den fünf Bekleidungsstellen der Bereitschaftspolizei die Ausgabe der neuen Standarduniform in Blau.**

Ausgegeben werden Kurz- und Langarm-Hemden beziehungsweise -Blusen, Binder, Diensthose Sommer, Diensthose Winter, Strickjacke, Windbreaker, Anorak, Regenjacke, weiße Dienstmütze, Mützenband, Dienstgradabzeichen sowie Socken. Die „Taktische Hülle“ (über dem Hemd zu tragende Schutzweste), in die die vorhandenen ballistischen Elemente eingesetzt werden, erhalten die Uniformträger vom SB 23. Der neue Funktionsgürtel wird gemeinsam mit der neuen Dienstwaffe und dem neuen Holster ab September ausgegeben. Funktionsgürtel und Holster sind zurzeit in der Erprobung.



Sie ist da! Ab Mitte Juni wird die blaue Uniform ausgegeben. Unser Bild: Der Anorak.



In zahllosen Besprechungen beriet die AG Uniform über jedes einzelne Bekleidungsstück, wertete den Trageversuch aus und prüfte die angebotenen Qualitäten. Kurz vor Beginn der Auslieferung trafen sich die Experten noch einmal im ISM, um sicherzustellen, dass alle logistischen Voraussetzungen erfüllt sind.

Ausgestattet werden alle Angehörigen des Wechselschichtdienstes sowie jene Beamtinnen und Beamten, die ähnliche Aufgaben wahrnehmen und nicht ausschließlich Innendienst verrichten. Das sind nach derzeitiger Planung rund 6300 Beamtinnen und Beamte. Anhand des vom ISM definierten Funktionenkatalogs erstellen die von den Präsidien, der Bereitschaftspolizei, der LPS und der ZPT benannten „Koordinatoren für die Einführung der Standarduniform“ die Namenslisten ihrer Uniform-Empfänger.

Ausgegeben wird die Uniform in den fünf Bekleidungsstellen der Bereitschaftspolizei in Mainz, Enkenbach-Alsenborn, Schifferstadt, Koblenz und Wittlich-Wengerohr. Für diese Aufgabe werden die Bekleidungsstellen personell verstärkt. Die Behörden und Einrichtungen wurden um die Benennung von Personen gebeten, die bereit und motiviert sind, Aufgaben bei der Anprobe und Ausgabe der Uniform zu übernehmen oder in der Logistik mitzuarbeiten.

Während der Einführung der Standarduniform bleiben die Bekleidungsstellen für andere Aufgaben geschlossen. Sofern alle Lieferungen wie angekündigt eintreffen, beginnt die Ausgabe in der 25. Kalenderwoche (ab 15. Juni) und dauert voraussichtlich bis zur 38. Kalenderwoche (14. September). In der 30. Kalenderwoche erhalten die Anfang Mai eingestellten Polizeikommissar-Anwärterinnen und -Anwärter ihre Uniform. In der 31. bis 33. Kalenderwoche findet aus logistischen Gründen keine Einkleidung statt.

Bei planmäßigem Verlauf erreichen die fünf Lieferstellen eine Kapazität von zusammen 750 Einkleidungen pro Woche. Diesen ehrgeizigen Plan haben die mit der Bekleidungsirtschaft befassten Mitarbeiter der Bereitschaftspolizei entwickelt, damit die Standarduniform zügig „auf die Straße“ kommt. Zum einen soll die Umgewöhnung in der Öffentlichkeit in möglichst kurzer Frist erledigt sein. Zum anderen sollen die funktionalen Vorteile der neuen Uniform allen Beamtinnen und Beamten möglichst rasch zur Verfügung stehen. Die Bekleidungsstellen sind Montag bis Freitag jeweils von 8 bis 16 Uhr geöffnet. Die Koordinatoren der Behörden und Einrichtungen erstellen und melden Terminpläne, aus denen namentlich hervorgeht, wer zu welcher Zeit die Bekleidungsstelle aufsucht. Um die Auslieferung zügig abzuwickeln und dabei möglichst allen Belangen gerecht zu werden, kann die Einkleidung sowohl während als auch außerhalb der persönlichen Dienstzeit erfolgen. Wer aus zwingenden Gründen den festgesetzten Termin nicht wahrnehmen kann, meldet dies so früh wie möglich dem Auftraggeber seiner Dienststelle, damit ein anderer das frei werdende Zeitfenster einnehmen kann. Auch Termintausch ist zu melden.

Sollten einzelne Teile vorübergehend nicht beziehungsweise nicht in der benötigten Konfektionsgröße vorhanden sein oder größere Schneiderarbeiten anfallen, werden die betreffenden Teile – analog zum Verfahren im Web-Shop – auf dem Versandweg zugestellt. ■ Nicole Ebert, ISM

# POLIZEI-ONLINE: Das elektronische Bildungsmanagement-System läuft

„POLIZEI-ONLINE“ heißt das Bildungsmanagement-System, das mit Beginn des zweiten Halbjahrs 2009 die Planung und Buchung von Fortbildungsveranstaltungen für alle Nutzer in der Polizei Rheinland-Pfalz einfacher und transparenter macht. Aber „POLIZEI-ONLINE“ kann noch viel mehr.



Vor Führungskräften der Polizei Rheinland-Pfalz präsentierte Projektleiter Carsten Heydt das Leistungsspektrum und die Systematik des neuen Bildungsmanagement-Systems POLIZEI-ONLINE. Künftig können alle Nutzer des Polizeinetzes sämtliche aktuellen Fortbildungsangebote online einsehen und buchen.

Im vergangenen Jahr hat sich die Polizei Rheinland-Pfalz dem Kooperationsprojekt POLIZEI-ONLINE angeschlossen und wurde damit Partner von Baden-Württemberg und Hessen (der Polizeikurier berichtete). Seit der CeBIT 2009 beteiligen sich mit Berlin, dem Saarland und Nordrhein-Westfalen drei weitere Bundesländer. Die Kooperation macht es möglich, zu günstigen Konditionen ein Bildungsmanagement-System einzuführen, das seit mehr als zehn Jahren erfolgreich auf dem Markt ist.

Im Mai 2008 hatte das ISM der LPS die Projektverantwortung übertragen. Die Folgemonate waren geprägt von der technischen Systemimplementierung sowie der Erhebung der speziellen polizeilichen Anforderungen in enger Zusammenarbeit mit den Behörden und Einrichtungen. Zusammen mit einem externen Partner wurden die notwendigen Anpassungen programmiert. Nach Abschluss der Testläufe und Schulungen steht der Start des Bildungsmanagement-Systems nun unmittelbar bevor. Vorausgegangen sind Informationsveranstaltungen für die polizeilichen Führungskräfte und die Personalvertretungen.

## Seminarangebote jetzt online buchen

Beginnend mit dem zweiten Halbjahr 2009 werden alle Fortbildungsangebote der LPS elek-

tronisch ausgeschrieben. Jeder Bedienstete mit Intrapol-Zugang kann das Seminarangebot aufrufen und – nach Abstimmung mit seinem Vorgesetzten – seinen Teilnahmewunsch an einem Seminar online absenden.

Die Online-Bewerbung wird in der zuständigen Direktion bearbeitet. Wird der Antrag positiv beschieden, gehen die Teilnehmerdaten per Mausklick an die LPS. Jeder Bearbeitungsschritt ist für die beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im persönlichen Zugangsbereich des Bildungsmanagement-Systems nachvollziehbar. Zusätzlich wird über jede Veränderung via Outlook informiert. Nach Aussage von KD Carsten Heydt, Projektleiter POLIZEI-ONLINE an der LPS, wird auf diese Weise die Transparenz der polizeilichen Fortbildung sowohl für jeden Einzelnen als auch für die Verantwortlichen in den Polizeidienststellen deutlich erhöht.

Von großem Interesse für die Polizeibehörden und -einrichtungen ist die Möglichkeit, eigene, also interne Fortbildungen auszuschreiben. Damit können auch diese Qualifizierungsmaßnahmen künftig in die elektronische „Bildungshistorie“ der Beschäftigten aufgenommen werden, um das dokumentierte Befähigungsprofil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu vervollständigen.

## Fehlendes Seminarangebot?

**Bedarf anmelden, Vorrangbuchung nutzen**  
Auf großes Interesse der Beschäftigten dürfte die

Möglichkeit der „Bedarfsmeldung“ stoßen: Sollte seitens der LPS für ein gewünschtes Bildungsziel kein Seminarangebot ausgeschrieben sein, kann – wiederum über den dargestellten Genehmigungsweg – der individuelle Bedarf an einem solchen Seminarangebot kundgetan werden. Der Landespolizeischule bietet dieses Verfahren die Möglichkeit, schnell über den aktuellen Bedarf der polizeilichen Praxis informiert zu sein und bedarfsorientiert reagieren zu können. Ist dann ein Seminartermin festgelegt und über POLIZEI-ONLINE ausgeschrieben, werden jene Bediensteten, die den Bedarf angemeldet haben, informiert und erhalten im Rahmen der „Vorrangbuchung“ ein zeitlich befristetes Vorrangrecht für ihre Bewerbung.

Diese und weitere Funktionen von POLIZEI-ONLINE werden nach Überzeugung von Carsten Heydt sowohl bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als auch bei den Polizeidienststellen auf Zustimmung stoßen und schon bald zum polizeilichen Alltag gehören – auch wenn das veränderte Verfahren anfangs natürlich eine gewisse Umgewöhnung erfordert. Fest steht, dass Prozessschritte wegfallen, die Bearbeitung beschleunigt und die Vergabe transparenter wird.

## E-Learning effektiv betreiben

Eine weitere Nutzungsmöglichkeit wird sich der aktuellen Systemeinführung unmittelbar anschließen: Mit großer Erwartung blickt Carsten Heydt

den ersten Online-Kursen entgegen, die künftig ergänzend zu den Präsenzangeboten der LPS über POLIZEI-ONLINE angeboten werden. „Zurzeit passen wir im Auftrag der Projektgruppe Digitalfunk zwei elektronische Lernmodule an, die die Qualifizierung der Endanwender bei der Einführung des Digitalfunks begleiten werden.“

Darüber hinaus laufen Vorbereitungen für weitere elektronische Fortbildungsangebote. Hierzu gehören Themen wie „JuK-Ersteinschreiter“, „Drogen im Straßenverkehr“, „Spurensicherung“ und „Amok-Lagen“. Die Umsetzung dieser Kurse wird sich am „Blended Learning“ orientieren, d.h. eine Kombination aus Online-Lernen und Präsenzkursen der LPS darstellen. Heydt: „Damit etablieren wir eine moderne Lernplattform, die ein komfortables Lernen erlaubt und vielfältige Möglichkeiten der kollaborativen Zusammenarbeit bietet.“

**Auch Schießtraining online planen**

Die kontinuierliche, arbeits- und kostenteilige Weiterentwicklung durch die Kooperationspartner garantiert, dass POLIZEI-ONLINE auch künftigen polizeilichen Anforderungen gerecht wird. Folgerichtig beschäftigt sich die Projektleitung kurz vor dem Start des Systems schon mit der nächsten Entwicklungsstufe: Eine länderübergreifende Arbeitsgruppe hat ein Konzept erarbeitet, um künftig auch die komplexen Anforderungen der Planung, Durchführung und Auswertung des Schieß- und Einsatztrainings zu berücksichtigen. Was bedeutet das konkret?

Mit der Inbetriebnahme der Schieß- und Einsatztrainingszentren in Wittlich-Wengerohr und Enkenbach-Alsenborn werden jährlich mehrere Tausend Trainingstermine angeboten. Das Buchungssystem von POLIZEI-ONLINE wird so erweitert, dass die Trainingsteilnahme online gebucht werden kann. Darüber hinaus wird über eine Schnittstelle sichergestellt, dass die dokumentierten Schießleistungen in POLIZEI-ONLINE individuell verfügbar sind. Auf diese Weise kann sich jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter jederzeit informieren, ob und in welchem Umfang die jährlich geforderten Leistungen der „PDV 211 neu“ schon erbracht sind. Selbstverständlich stehen diese Informationen auch den Verantwortlichen in den jeweiligen Dienststellen zur Wahrnehmung der Fachaufsicht zur Verfügung. Bezüglich dieser Systemerweiterung ist der Ehrgeiz der Kooperationspartner groß: Bis zum Jahresende soll auch dieses Modul in Betrieb gehen.

**Campus-Netz und Virtuelle Dienststelle**

Parallel dazu stehen am Fachbereich Polizei der FHöV jene Arbeiten kurz vor dem Abschluss, die die Verwendung des Bildungsmanagement-

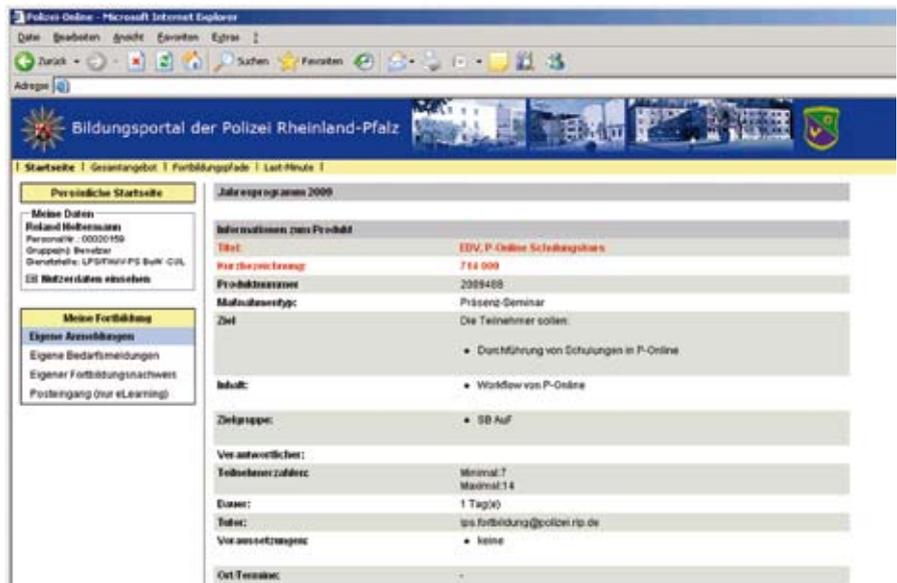
Systems im Bachelor-Studiengang ermöglichen. Dabei wurden auch jene technischen Voraussetzungen geschaffen, die es den Studierenden erlauben, das System jederzeit von ihrer Wohnung auf dem Campus aus zu nutzen: das Campus-Netz Hahn.

In engagierter Zusammenarbeit von Studierenden, Lehrkräften und Vertretern der Polizeipraxis entstand darüber hinaus eine auf das Bachelor-Studium zugeschnittene „Virtuelle Dienststelle“. Sie wird die Studierenden während ihres gesamten Studiums begleiten und immer wieder zum praktischen Anwenden des Erlernten herausfordern. Auf diese Weise wird nicht nur das didak-

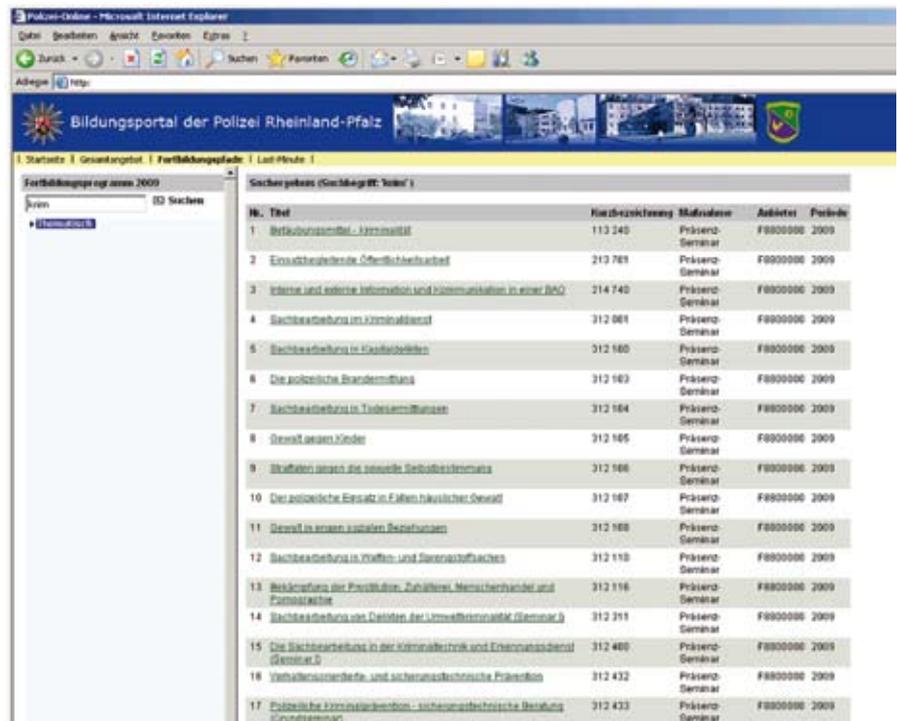
tische Konzept des Bachelor-Studiengangs sinnvoll ergänzt. Der Polizeinachwuchs wird zugleich wie selbstverständlich an E-Learning und Blended Learning herangeführt.

**Bedienungsanleitung im Intrapol**

Im Fokus steht nun zunächst der Start des elektronischen Bildungsmanagement-Systems und seine Nutzung in der polizeilichen Fortbildung. Darüber wird ab sofort im Intrapol informiert: Eine Handlungsanleitung erläutert die Nutzung und die Abläufe im Bildungsmanagement-System und steht dort dauerhaft als Nachschlagewerk zur Verfügung. ■ Carsten Heydt, LPS



Auf Knopfdruck erhält der Nutzer alle notwendigen Angaben zum jeweiligen Seminarangebot, einschließlich der Zugangsvoraussetzungen und freien Plätze (oben). Übersichtlich: das Gesamtangebot (unten).



# Girls' Day 2009: „Ich glaube, ich möchte Polizistin werden“

Am Girls' Day 2009 besuchten Mädchen in allen Landesteilen die Polizeidienststellen und informierten sich über die Ausbildung und den Alltag bei der Polizei. Einige Dienststellen haben sich besonders engagiert.



Künftige Kolleginnen? Rebekka und Edda fühlten sich in der PI Waldfischbach-Burgalben sichtlich wohl.



Mutiges Mädchen: In Mainz ließ sich diese junge Dame mit „Beißarm“ vom Diensthund attackieren.

Was muss man mitbringen, um Polizistin werden zu können? Worin besteht die Ausbildung? Welche Aufgaben muss frau erfüllen, wenn sie die Ausbildung geschafft hat? Gibt es gleiche Aufstiegschancen für Frauen? Fragen über Fragen stellten die Schülerinnen beim Girls' Day. Geduldig gaben ihnen die Kolleginnen und Kollegen Auskunft. Ein Besuch in der Wache, ein Blick in die Gewahrsamszellen und die Begegnung mit dem Erkennungsdienst gehören in den meisten Dienststellen zum Girls' Day. Ein Probesitzen im Streifenwagen und die Begutachtung der Führungs- und Einsatzmittel kommen hinzu. Wo dann auch noch die Diensthundeführer auftreten, ist die Begeisterung in aller Regel komplett. Im **PP Mainz** gab es auch diesmal ein großes Programm für den potenziellen Polizei-Nachwuchs.

31 Mädchen sahen sich zunächst im Präsidium um und entschieden sich dann entweder für einen Workshop zur Gewaltprävention oder für die Einstellungsberatung. Die Spurensicherung kennen zu lernen, bedeutet in Mainz, eigenhändig Fingerprints an Autotüren abzupinseln und auf Folie zu asservieren. Im Schießkeller ließen sich die Mädchen die Einsatzmittel zeigen, und auch die Kollegen der Diensthundestaffel nahmen sich Zeit für die Besucherinnen.

Mit einem Rundgang durchs Haus und der Präsentation der Einsatzfahrzeuge begann der Girls' Day für die 30 Mädchen im **PP Koblenz**. Dort hatte die Nachfrage auch in diesem Jahr die Möglichkeiten bei weitem überschritten. Jene, die sich rechtzeitig einen Platz gesichert hatten, lernten etwas über die daktyloskopische Spuren-

suche, aber auch über die Erkennung von Falschgeld. Kolleginnen und Kollegen des K 2 berichteten über ihre Arbeit, und die Diensthundeführer sorgten mit ihren Hunden für Begeisterung. Claudia Müller und Monika Baab, die Einstellungsberaterinnen beim PP Koblenz, hatten den Nerv der Besucherinnen genau getroffen.

Ganz anders sah das Programm bei der **ZPT in Mainz** aus, wo sich 15 Mädchen umsahen. Schließlich ging es hier um ganz andere Berufe: die Elektronikerin für Geräte und Systeme, die Fachinformatikerin für Anwendungsentwicklung oder für Systemintegration und die Kfz-Mechatronikerin. Da konnten die Mädchen Platinen mit rot leuchtenden LED's löten, per HTML ein Puzzle zusammensetzen, einen PC selbst zusammenbauen und in Betrieb nehmen oder in der Kfz-Werkstatt



Machten aus dem Girls' Day eine Girls' Week: Die Praktikantinnen Alisa Schlippe und Silvia Stein.



Daniel Knochenhauer hilft ZPT-Besucherin Elisa Wilhelm beim Löten einer leuchtenden Blume.



Daniel Hattenhauer, Azubi bei der ZPT, gibt den Mädchen Hilfestellung beim Puzzeln mittels HTML.



Zum Abschluss des Girls' Day in Idar-Oberstein gab's ein Gruppenbild mit (von links) POK Karl-Heinz Willger, PHK Jürgen Gehres, POK Bernhard Köster (in der Mitte mit Enkel) und POK Peter Wagner.

erleben, wie die Funktechnik ins Fahrzeug eingebaut wird. Natürlich interessierten sich die Mädchen auch für Schutzwesten, Handfesseln, Pfefferspray und Schlagstock. Auch in diesem Jahr haben sich viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ZPT für den Girls' Day engagiert, unter ihnen System-Elektroniker Daniel Knochenhauer, die Azubis Christian Wilhelm und Daniel Hattenhauer, Fred Bak aus der Kfz-Werkstatt, Dirk Küntzer und Bernd Stark aus dem Dezernat FEM sowie Ausbildungsleiterin Andrea Ely.

In **Bad Kreuznach** schauten 20 junge Damen der Polizei über die Schulter, sahen die Leitstelle, Gewahrsamsräume, Fahrzeuge und Einsatzmittel. Nach einer packenden Vorführung der Diensthundestaffel wurden am nachgestellten Tatort die Aufgaben der Kriminalpolizei und die Möglichkeiten der Spurensicherung illustriert. Informationen über die Arbeit der Jugendverkehrsschule und über die Einstellungs Voraussetzungen rundeten den Besuchstag ab. Auch in Bad Kreuznach überstieg die Nachfrage deutlich die Zahl der angebotenen Plätze, weiß Hans-Peter Fehlinger.

Alisa Schlippe und Silvia Stein, beide 16 und aus Landstuhl, absolvierten ein einwöchiges Praktikum bei der Polizei. Am Girls' Day sahen sich die Realschülerinnen im Präsidium und in Enkenbach um. Drei Gymnasiastinnen im Alter von 10 bis 14 Jahren hatte die **PI Zweibrücken** zu Gast. PHK Reimund Wahl und seine Kollegen ermöglichten ihnen Einblicke in den polizeilichen Alltag. Mit einem Erlebnisbericht an die Adresse des Polizeikurier bedankten sich Rebekka Eitel und Edda Wiedenhöft für den Girls' Day in der **PI Waldfishbach-Burgalben**, wo sie von Volker Baumann und Kollegen betreut wurden.

13 Mädchen im Alter von 11 bis 17 Jahren informierten sich bei der Polizei in **Idar-Oberstein** über Einstellungs Voraussetzungen und berufliche Perspektiven. Besonders fasziniert waren sie von den Vorführungen der Hundeführer

Peter Wagner und Karl-Heinz Willger mit ihren Sprengstoffsuchhunden Ago und Faro. Joachim Schank vom Erkennungsdienst informierte über „stumme Zeugen“ und bezog die Besucherinnen in das Geschehen ein. Gern wären die Mädchen am nächsten Tag wiedergekommen, verrieten sie PHK Jürgen Gehres. Denn die Polizeiarbeit sei doch viel spannender als die Schule.

24 Mädchen sahen sich bei der **PI Bitburg** um. PHK Wolfgang Zenner und PK'in Nadine Schmitt informierten sie über Einstellungs Voraussetzungen und Verwendungsmöglichkeiten. KHK Arno Neisen demonstrierte Möglichkeiten der Spu-



Hat Spaß gemacht: Spurensicherung mit Rußpinsel und Klebefolie in der Fahrebene des PP Mainz.

rensicherung, POK Berthold Billen beeindruckte die Besucherinnen mit den Möglichkeiten seines Diensthundes bei der Rauschgiftsuche, und PHK Klaus Schnarrbach gab Einblick in die Kriminal- und Unfallstatistik der PI Bitburg. Mit Hinweis auf die präsidialweite Aktion „BOB – Nüchtern ist cool“ appellierte Schnarrbach an die Mädchen, niemals zu angetrunkenen oder „bekifften“ Fahrern ins Auto zu steigen. „Ich möchte Polizistin werden – auf jeden Fall!“ Dieser Satz einer Teilnehmerin signalisierte den Bitburger Kollegen, dass auch sie mit ihrem Programm zum Girls' Day genau richtig lagen. ■ (hos)

#### Aus dem Erlebnisbericht zweier Schülerinnen vom Girls' Day bei der PI Waldfishbach-Burgalben:

Der Tag hat sich gelohnt. Herr Breiner, Herr Baumann und all die anderen haben sich Zeit für uns und unsere Fragen genommen. Es war schön, am Girls' Day bei der Polizei reinzuschauen. Jetzt wissen wir besser Bescheid.

Wir können uns vorstellen, später mal ein Praktikum bei der Polizei zu machen und beruflich vielleicht in diese Richtung zu gehen. Danke für den erfolgreichen Tag! ■

Rebekka Eitel & Edda Wiedenhöft



Rebekka Eitel und Edda Wiedenhöft waren so begeistert vom Programm und der guten Betreuung durch die Kollegen der PI Waldfishbach-Burgalben, dass sie einen Dankesbrief schrieben.

# Nato-Gipfel: Größter Einsatz des Jahres lief für RP-Kräfte friedlich

Der voraussichtlich größte Polizeieinsatz des Jahres führte am ersten Aprilwochenende mehr als 700 Beamtinnen und Beamte der rheinland-pfälzischen Polizei zum NATO-Gipfel ins Badische. Die überwiegende Mehrzahl der Kräfte stellte die Bereitschaftspolizei.



**Kehl:** Der Demonstrationszug hat die Europabrücke fast erreicht. Doch wegen der Ausschreitungen und Brände in Straßburg ist die Brücke gesperrt. Unmut kommt auf, aber es bleibt friedlich.

Das 60-jährige Bestehen des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses mit der Zusammenkunft von 28 Staats- und Regierungschefs, der Aufnahme Kroatiens und Albaniens in die NATO sowie der Rückkehr Frankreichs in die militärische Vollmitgliedschaft, bedeutete für die Polizeien des Bundes und der Länder mit annähernd 15.000 Einsatzkräften einen ähnlichen Kraftakt wie das Treffen der „G 8“ in Heiligendamm. Anders jedoch als vor zwei Jahren konnten die deutschen Polizeieinheiten diesmal für ihren Verantwortungsbereich einen ruhigen Verlauf melden. Das galt auch für

die rheinland-pfälzischen Kräfte. Das Wichtigste: Niemand wurde verletzt.

Am Einsatz in Baden-Baden und Kehl beteiligte sich die rheinland-pfälzische Bereitschaftspolizei mit der 11., 12., 13. und 22. BPH, einer starken BFE, der WaWe-Staffel, der TEE, der PHuSt, dem SEK und dem Ärztlichen Dienst. 30 Beamtinnen und Beamte des Einzeldienstes sowie 17 Kradfahrer unterstützten die Kräfte im Einsatzabschnitt Verkehr. Am Freitag, 3. April, kamen in Baden-Baden noch ein Zug der 22. BPH und Kräfte der Werttransporteinheit aus Mainz hinzu.

Während die 11., 12. und 22. Hundertschaft am Donnerstag und Freitag in Baden-Baden mit Aufgaben des Raumschutzes betraut waren, dabei auch selektive Personenkontrollen durchführten, Durchlassstellen zur Sicherheitszone 5 und zum Hubschrauberlandeplatz der Staats- und Regierungschefs besetzten sowie Tagungsteilnehmer zu ihren Hotels in der Schutzzone 4 begleiteten, war die 13. Hundertschaft aus Schifferstadt von Beginn an in der Ortenau, also im Raum Kehl eingesetzt und dort mit dem Raum- und Streckenschutz beauftragt. Am Samstag verlegten alle Einheiten



Die Auffahrt zur Europabrücke in Kehl: Eigentlich sollte der Aufzug der Nato-Gegner (aus Sicht der Fotografin) nach rechts zur Brücke abbiegen. Doch wegen der Sperrung wird er nun in die entgegengesetzte Richtung umgeleitet. Rheinland-pfälzische Kräfte nehmen Aufstellung.

von Baden-Baden nach Kehl und übernahmen dort zunächst Vorkontrollen, Raum- und Objektschutzaufgaben. Später waren sie an der Sperrung und Sicherung der Rheinbrücken beteiligt. Obschon es auf deutscher Seite keine Gewalttätigkeiten gab, führten die heftigen Ausschreitungen in Straßburg dazu, dass auch die rheinland-pfälzischen Einheiten deutlich länger als geplant in Bereitschaft bleiben mussten und erst am Sonntag die Heimreise antreten konnten.

Für die BFE hatte der Einsatz bereits am Mittwoch begonnen. In Baden-Baden versahen die Kräfte die Nachtdienste. Zwischenzeitlich in Pforzheim in Bereitschaft, wurden sie angesichts der Lageentwicklung am Samstagmittag wieder in den Raum Kehl beordert und erst am Sonntag aus dem Einsatz entlassen.

Während die Wasserwerfer-Staffel am Donnerstag und Freitag zunächst am Flughafen Baden-Karlsruhe und für die „Protokollstrecken“ (B 500 und B 36) bereitgestellt wurde, unterstand sie am Samstag dem Unterabschnitt „Demo Kehl“ und kam bei der Sicherung der Fußgängerbrücke „Passerelle“ zum Einsatz. Ein Wasserwerfer-Einsatz wurde aber nicht notwendig. Gelobt wurde die umsichtige Betreuung durch die Polizei Baden-Württemberg: Erstmals hatte jede anreisende Hundertschaft einen ortskundigen baden-württembergischen Kollegen zur Seite gestellt bekommen. Diese „Scouts“ begleiteten ihre Einheit von der Ankunft bis zur Abreise, auch während der Ruhezeiten. Dank sagte Stuttgarts Innenminister Heribert Rech den rheinland-pfälzischen Einsatzkräften. In einem Brief an Innenminister Karl Peter Bruch würdigt Rech den Einsatz der Kräfte als professionell, besonnen und in jeder Hinsicht überzeugend. ■

## ► Beim Raumschutz den amerikanischen Präsidenten ganz aus der Nähe erlebt

Aus dem Erfahrungsbericht der 12. BPH: Schutz für den Landeplatz



**Auch ein Blick auf US-Präsident Obama und seine Frau war den rheinland-pfälzischen Einsatzkräften vergönnt, die die Zufahrten zum Hubschrauberlandeplatz in Baden-Baden sicherten.**

Unsere Hundertschaft ging mit drei taktischen Zügen plus Führungsgruppe in den Einsatz. Auch der Rotationszug musste mit. Der Einsatz begann am Mittwoch mit einer Einsatzbesprechung in der Aula. Nach der Beladung der Fahrzeuge starteten wir in Richtung Baden. Gegen 17.30 Uhr erreichten wir unsere Unterkunft in Hohberg. Ein Kamerateam des SWR filmte unsere Ankunft, und einige Kollegen gaben kurze Interviews.

Der Donnerstag in Baden-Baden begann auf dem Schulhof eines Gymnasiums – wiederum begleitet vom Fernsehen. Anschließend fuhren wir zum Waldseeplatz, wo wir mit Hundertschaften aus Rheinland-Pfalz und anderen Bundesländern in Bereitschaft gingen. Gegen 15 Uhr verlegte der Einsatzzug an Kontrollpunkte im EA 5 rings

um das Kurhaus. Dort hatten wir mit Blick auf den am Folgetag bevorstehenden Besuch des amerikanischen Präsidenten den Raumschutz sicherzustellen. Um 20.30 Uhr löste uns die Bundespolizei ab, gegen 21.30 Uhr waren wir zum Abendessen zurück in der Unterkunft.

Am Freitag lautete unser Auftrag: Raumschutz in einem Wohngebiet in unmittelbarer Nähe zu Brenners Parkhotel, in dem am Nachmittag Bundeskanzlerin Merkel und US-Präsident Obama erwartet wurden.

Die Verlegung dorthin erwies sich als schwierig: Mehrere Sicherheitszonen und die Anwesenheit tausender Kolleginnen und Kollegen machten die Fortbewegung im engen Stadtkern von Baden-Baden zu einer echten Herausforderung. ►



Am Nachmittag sicherten wir die Kontrollpunkte zum Hubschrauberlandeplatz „Klosterwiese“ und sorgten für eine reibungslose Anfahrt der Regierungsdelegationen am Kongresszentrum. Mit einer beachtlichen Eskorte traf gegen 15.30 Uhr – eine Stunde später als erwartet – auch US-Präsident Obama dort ein. Nachdem Bundeskanzlerin Merkel ihn mit militärischen Ehren auf dem Marktplatz empfangen hatte, war er zu einem Spaziergang durch Baden-Baden gestartet. Für die Polizei bedeutete das, eine „mobile Hochsicherheitszone“ um ihn herum zu errichten. Aber auch diese Aufgabe wurde gemeistert. Gegen 22 Uhr waren wir zurück in der Unterkunft.

Samstag, 4. April: Nach nur wenigen Stunden Schlaf klingelte um 03.50 Uhr der Wecker. Nach reichlich Kaffee ging es um 05.15 Uhr auf die Fahrt nach Kehl, wo für diesen Tag ein „vorgezogener Ostermarsch“ angemeldet war. Um 6 Uhr trafen wir dort ein und waren beeindruckt von der starken Polizeipräsenz, die zu dieser frühen Stunde schon vor Ort war. Unser erster Auftrag: selektive Vorkontrollen entlang der Demonstrationsstrecke. Ab 9.30 Uhr trugen wir die Körperschutzausstattung.

Gegen 12 Uhr ging es zur Straßburger Straße (B 28), die zur Europabrücke führt. Dort bildeten wir eine Polizeikette, um den Demonstrationszug wie ursprünglich geplant zur Europabrücke zu geleiten. Hundertschaften aus mehreren Bundesländern, Bundespolizei, BFE'en, Wasserwerfer-Staffeln und Sonderwagen boten ein beeindruckendes Bild.

Gegen 13.30 Uhr erreichte uns die Nachricht von schweren Ausschreitungen in Straßburg, worauf die Brücke durch Kräfte der Bundespolizei gesperrt wurde. Auch wir bauten um: Um 14 Uhr lief der Demonstrationszug mit zirka 2500 Teilnehmern auf uns zu und stoppte. Auf die Bekanntgabe der veränderten Aufzugsstrecke reagierten die Versammlungsteilnehmer mit Unverständnis: Sie



Anreise: Gleich nach der Ankunft im Quartier folgt die erste Besprechung der Gruppen- und Zugführer.

wollten über die Brücke. Der Aufzug bewegte sich keinen Zentimeter weiter, blieb aber friedlich. Zwischenzeitlich erreichten uns Meldungen von brennenden Gebäuden auf der französischen Seite. Jenseits der Europabrücke standen dunkle Rauchsäulen am Himmel. Französische Autonome wollten auf die deutsche Seite vordringen, wurden aber auf der Brücke gestoppt. Etwas später flüchteten französische Feuerwehreinheiten mit 25 Einsatzfahrzeugen vor den gewalttätigen Angriffen der Autonomen auf die deutsche Seite.

Die Teilnehmer des Kehler „Ostermarsches“ entschieden sich schließlich, ihre Abschlusskundgebung unmittelbar an der Auffahrt zur Brücke abzuhalten. Die Versammlung auf deutscher Seite blieb friedlich. Danach ging es zurück in die Unterkunft. Bis Sonntagmorgen blieben wir dort in Bereitschaft.

Für uns alle war es ein beeindruckender Großeinsatz. Vor allem die enorme Polizeipräsenz, die Anwesenheit des amerikanischen Präsidenten und die erschreckenden Nachrichten aus dem nur wenige Hundert Meter entfernten Straßburg werden uns in Erinnerung bleiben. ■

Simon Engelfried,  
Kathrin Bausch, 12. BPH, 2. Zug



HuFu Udo Linden im Gespräch mit dem Inspekteur der Bereitschaftspolizeien, Jürgen Schubert.



Ein Zug der rheinland-pfälzischen Bereitschaftspolizei auf dem Weg zur Einsatzstelle.



Auch der Medizinische Dienst der Bereitschaftspolizei war beim Nato-Gipfel im Einsatz. Jede Hundertschaft wurde von ihrem Sanitätsdienst begleitet. Viel zu tun bekamen die Kolleginnen aber nicht.



Kehl: Kurz vor der Europabrücke wird der Demonstrationszug von starken Polizeikräften gestoppt.

## ► Symbolhafte Passerelle wurde plötzlich zur militärischen Festung

Aus dem Erfahrungsbericht der WaWe-Staffel: Flughafen, Protokollstrecken und Brücken geschützt

Die WaWe-Staffel Rheinland-Pfalz bestand aus zwei Wasserwerfern der 2. BPA sowie einem Wasserwerfer und einem SW der 1. BPA. Unterstellt war sie im Einsatzabschnitt „Demonstrative Aktionen“ zunächst dem Unterabschnitt „Interventionskräfte“ und am Samstag dem UA „Demo Kehl“.

Am Donnerstag und Freitag lautete unsere Aufgabe, die Zufahrtsstraßen zum Baden-Airport, die Protokollstrecken nach Baden-Baden sowie die Ausweichrouten bei möglichen Blockaden schnellstmöglich zu räumen. Die kurze Interventionszeit (x+10) wurde durch dislozierte WaWe-Staffeln und TEE entlang der Strecken gewährleistet. Unsere Einsatzzeiten betragen jeweils zwölf Stunden. An- und Rückfahrt sowie Abendessen im Hotel hinzu gerechnet, waren die Ruhezeiten recht kurz. Erfreulicherweise kam es zu keinen Störungen, so dass der Einsatz unserer Wasserwerfer nicht erforderlich wurde.

In Kehl waren wir am Samstag zunächst einer hessischen BPA unterstellt. Vom Veranstalter der Demonstration war geplant, den Aufzug über die Europabrücke nach Straßburg zu führen und dort mit dem französischen Aufzug zu vereinen. Nach Beginn der Ausschreitungen in Straßburg wurde unsere Staffel einer Abteilungs-führung aus Hamburg unterstellt und erhielt den Auftrag, gemeinsam mit weiteren WaWe-Staffeln den Druck von der Europabrücke und der Fußgängerbrücke „Passerelle“ zu nehmen. Vor allem sollte den Kräften auf der Europabrücke der Rücken freigehalten werden.

Nachdem auf französischer Seite mehrere Hundert Autonome die Absperrungen durchbrochen und Brände gelegt hatten, wurde unsere Staffel zum Schutz der „Passerelle“ abgestellt. Es galt, ein Zusammentreffen von Autonomen und De-



Ein rheinland-pfälzischer Polizeibeamter erkundet die Lage mittels Fernglas: Am Straßburger Ufer gehen die ehemalige Grenzstation und ein Hotel in Flammen auf. Es riecht nach Rauch und Tränengas.

monstranten dies- und jenseits des Rheins zu verhindern. Dafür wurden mehrere deutsche Hundertschaften über die Passerelle auf die französische Seite geschickt, S-Drahtrollen verlegt und unsere sowie bayerische Wasserwerfer am Ausgang zur Fußgängerbrücke platziert.

Als auf französischer Seite dunkle Rauchwolken aufstiegen und der Geruch von Tränengas über den Rhein zog, wurden die Hundertschaften an der Passerelle mit Schutzwesten, ABC-Schutz-

masken und Tränengaswurfkörpern ausgestattet. Die Fußgängerbrücke, am Vormittag noch im Glanz des NATO-Gipfels, glich nun einer militärischen Festung. Ebenso wie die Europabrücke blieb die Passerelle bis zum Abend voll gesperrt; zu Störungen auf deutscher Seite kam es nicht. Gegen 22 Uhr wurden wir aus dem Einsatz entlassen und traten nach einer weiteren Nacht in Bereitschaft am Sonntag die Heimreise an. ■

Dieter Colling, 21. BPH, WaWe-Gruppe



Bundespolizei und Wasserwerfer aus mehreren Bundesländern haben auf der Europabrücke Stellung bezogen. Rheinland-pfälzische Einsatzkräfte, darunter auch die WaWe-Staffel, halten ihnen den Rücken frei.



Baden-Baden: In der Nacht vor der Anreise der Regierungschefs werden die Gittersperren aufgebaut.

Nachdem die Lage in Straßburg eskalierte, besetzten starke Polizeieinheiten die Europabrücke. Rheinland-pfälzische Kräfte sicherten die Brückenzufahrt.



## ► Bei 70 eingesetzten Hubschraubern wurde es im Luftraum eng

Aus dem Erfahrungsbericht der Hubschrauberstaffel: Aufklärung, FLIR-Einsatz und Konvoi-Begleitung

Bepackt mit Einsatzmaterial in einem VW-Bus, fuhr eine erste Besatzung der PHuSt Winnigen schon am 30. März zum Nato-Gipfel. Die zweite Besatzung überführte den „Sperber“ mit Wärmebildkamera, Suchscheinwerfer und Nachtsichtausstattung zum Flughafen Baden-Karlsruhe. Nach einem sechsstündigen Fliegerbriefing für alle Besatzungen der eingesetzten Polizeihubschrauber ging es am Dienstag in den Flugeinsatz. Unsere Besatzungen teilten sich den Flugdienst in Tagschicht und Nachtschicht. Die Nachtbesatzung flog unter BIV-Bedingungen mit Restlichtverstärkerbrille. Unsere Aufträge hießen

Aufklärung, FLIR-Einsatz und Konvoi-Begleitung. Bei 70 eingesetzten Hubschraubern wurde der Luftraum zwischen Schwarzwald und Rhein ziemlich eng. Gefährliche Begegnungen wurden durch die Radarführung vom Flughafen Straßburg aus vermieden. Um nicht „Target of Interest“ zu werden, gaben wir vor jedem Start den Code unserer Maschine in das Flugführungssystem ein. Ohne ihn hätte uns der Radarlotse nicht identifizieren können und unsere Maschine zum „unberechtigten Luftfahrzeug“ im Flugbeschränkungsgebiet erklärt. Tatsächlich drangen während des Nato-Gipfels drei einmotorige Flugzeuge aus Unwissen-

heit der Piloten in den für sie gesperrten Luftraum ein. Sie wurden auf den Interventionsflugplätzen Speyer und Pirmasens zur Landung gezwungen. Auch zwei Heißluftballone mussten vom Polizeihubschrauber abgedrängt werden.

Insgesamt lief der Einsatz zufriedenstellend und gut koordiniert. Einzig die Abstimmung der Bildübertragungssysteme der Hubschrauberstaffeln der Länder und des Bundes bedarf noch der Verbesserung. Für die Bildübertragung in die Befehlsstellen sollte ein einheitlicher technischer Standard gefunden werden. ■

Ralf Kirchen, PHuSt Winnigen

Stelldichein der Polizeihubschrauber auf dem Baden-Airport. Im Vordergrund der „Sperber“ aus Winnigen mit der FLIR-Kamera.



# „Anlassen 2009“: 10.000 Biker von Polizeivorführungen begeistert

Zum elften Mal eröffnete die Motorradsaison im nördlichen Rheinland-Pfalz mit dem „Anlassen“ auf dem Nürburgring. 10.000 Biker aus dem In- und Ausland bedeuteten einen neuen Besucherrekord. Die Polizei war dabei und leistete Präventionsarbeit.



Zum Saisonstart auf dem Nürburgring waren die Sicherheitshinweise der Kollegen stark gefragt.

Gemeinsam mit dem Forum Verkehrssicherheit, der Nürburgring GmbH, den örtlichen Kirchengemeinden und dem Tourismusverband Hoch-eifel-Nürburgring veranstaltet die Polizeidirektion Mayen dieses Großereignis auf dem „Ring“, bei dem sich alles um die Verkehrssicherheit dreht. Der ökumenische Motorradgottesdienst, die Vorführungen der Polizei und der Korso über die Nordschleife sind die Höhepunkte dieses Biker-Treffens.

Bisher kamen zwischen 3000 und 5000 Motorradfahrer zum „Anlassen“, im vergangenen Jahr – bei Nebel und Schnee – gar nur 400. Da stellte sich die Frage: Wie viele werden es in diesem Jahr sein? Erschwerend kam hinzu, dass wegen des Nato-Gipfels die Kradstaffel nicht zur Verfügung stand. Stattdessen boten die Kollegen vom Fahrsicherheitszentrum in Wüschheim eine Vorführung an. Es war ein trüber und kühler Vormittag am

Fuß der Nürburg, und die ersten Motorradfahrer wirkten zwischen den Info-Ständen und Fahrzeugen im weiten Fahrerlager noch etwas einsam: Hoffen und bangen bei den Veranstaltern! Gegen Mittag änderte sich das Bild radikal: Auf der Zufahrt zum Fahrerlager stauten sich die Motorräder soweit das Auge reichte. Um 13 Uhr wurden die letzten Parkplätze geöffnet. Zirka 10.000 Besucher repräsentierten einen bunten Querschnitt der „Motorrad-Gesellschaft“: ältere Herren mit ihren Harleys, Jugendliche mit polierten Rennmaschinen, harte Jungs mit tätowierten Oberarmen, Väter mit ihren Sprösslingen im Beiwagen, Mädchenklubs und Damenriegen – sie alle waren zum Saisonstart auf den Ring gekommen.

Am Verkehrssimulator standen die Besucher Schlange, um zu erleben, wie es um ihr Reaktionsvermögen in einer Gefahrensituation bestellt ist. Provokant lag eine unfallbeschädigte Kawasaki

ki vor der Infowand der Polizei. Gleich daneben zeigte das DRK, wie man einem verunfallten Motorradfahrer den Helm abnimmt. Im Bus der Puppenbühne liefen die neuen Spots der Kampagne „Runter vom Gas“, und die Kollegen vom „Zweiradteam Nürburgring“ (PI Adenau) konnten sich vor Fragen kaum retten: die richtige Bereifung, technischen Veränderungen, mitzuführende Papiere usw. Auf lebhaftes Interesse stieß die Vorführung der Fahrsicherheitstrainer aus Wüschheim, geleitet und moderiert von Gerd Lenhard. Er verstand es meisterhaft, die Aufmerksamkeit der Motorradfahrer zu fesseln, die in aller Regel ja auch Autofahrer sind.

„Schalt um auf Sicherheit“ hieß das Motto des ökumenischen Gottesdienstes, an dem ab 14 Uhr eine beeindruckende Menschenmenge teilnahm. Beim anschließenden Korso über die Nordschleife kamen dann auch die Zuschauer auf ihre Kosten, die sich entlang der traditionsreichen Strecke postiert hatten, unter ihnen viele Kolleginnen und Kollegen und unsere Mitveranstalter. Sie alle waren überwältigt von der Masse der Motorradfahrer, der guten Stimmung und der Gewissheit, eine rundherum gelungene Veranstaltung Wirklichkeit zu haben.

Neben dem Teilnehmerrekord wurde an diesem Tag ein weiterer Rekord gebrochen: Die Kollekte beim Motorradgottesdienst erbrachte 1652 Euro. Die Polizeidirektion Mayen hat das Geld dem Kinderhospiz „Löwenherz“ in Koblenz übergeben. Alle Beteiligten sind sich einig: „Anlassen 2010 – Wir freuen uns schon drauf!“ ■

Lars Brummer, PD Mayen



Volles Programm: Polizei-Krad, Unfall-Maschine und das rollende Klassenzimmer als Präventions-Kino.

# Baustart: Erster Technik-Container für den Digitalfunk ist platziert

**Auf dem Mont Royal bei Traben-Trarbach steht der erste Technik-Container für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben in Rheinland-Pfalz. Damit hat die Realisierungsphase für den Aufbau des Digitalfunks im Land begonnen.**



Per Digitalfunk gibt Staatssekretär Roger Lewentz das „Go“ an den Kranführer. Rechts: Dittmar Fuchs.

Mit einem digitalen Funkgerät sendete Staatssekretär Roger Lewentz das Kommando an den Kranführer. Damit gab er nicht nur das Signal für das Absetzen eines äußerlich eher unscheinbaren Beton-Containers, sondern zugleich den Startschuss für den Bau der ersten Basisstation für den bundesweit einheitlichen BOS-Digitalfunk in Rheinland-Pfalz. Selbst der dafür ausgewählte 1. April ließ keinerlei Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Vorhabens zu: Auf dem Mont Royal hoch über Traben-Trarbach fand an diesem Tag ein für die Polizei und alle weiteren rheinland-pfälzischen BOS symbolträchtiges und wichtiges Ereignis statt.

Nach zweijähriger Planungs- und Vorbereitungsphase stehen nun die meisten Standorte und deren technische Ausgestaltung für wesentliche Teile des Netzes in Rheinland-Pfalz fest, und die Baumaßnahmen an den Basisstationen haben begonnen.

„Mit der Aufstellung des ersten Containers für die

Systemtechnik, dem jetzt sehr schnell weitere folgen werden, unternehmen wir in Rheinland-Pfalz einen wichtigen Schritt zur Verwirklichung eines der zurzeit größten technischen Modernisierungsvorhaben in Deutschland“, unterstrich Staatssekretär Lewentz die Bedeutung dieses Momentes. Für die Polizei ist die Einführung des Digitalfunks das bundesweit bisher größte technische Projekt überhaupt.

In dem Container, den ein Unternehmen aus Baden-Württemberg nach den Anforderungen der Projektgruppe Digitalfunk Rheinland-Pfalz entwickelt hat, wird die gesamte Systemtechnik für diesen Antennenstandort, einschließlich der Klima- und Alarmtechnik, installiert. Der mehr als 20 Tonnen schwere Behälter verfügt über massive Stahlbetonwände und entspricht einer hohen, nach DIN und Euronorm zertifizierten Sicherheitsklasse.

Das BOS-Digitalfunknetz wird das weltweit größte Funknetz seiner Art sein. Ausgelegt wird es für die

Kommunikation von 500.000 Nutzerinnen und Nutzern gleichzeitig. In Rheinland-Pfalz gibt es zirka 90.000 BOS-Kräfte, die den Digitalfunk mit rund 30.000 Endgeräten nutzen können. Bundesweit werden mehr als 4000 Basisstationen benötigt, davon zirka 280 in Rheinland-Pfalz. Dabei wird so weit als möglich auf vorhandene Standorte, überwiegend von kommerziellen Betreibern, zurückgegriffen. In Rheinland-Pfalz müssen weniger als 20 Prozent der Antennenstandorte für den Digitalfunk komplett neu aufgebaut werden.

Um die erste Aufbauphase kurz zu halten und möglichst bald mit dem funktechnischen Probetrieb beginnen zu können, hat man sich in Rheinland-Pfalz entschlossen, den Netzabschnitt 18, der den nördlichen Landesteil umfasst, in die Cluster 18/1 und 18/2 zu teilen. Der Start des erweiterten Probetriebs setzt nämlich die nahezu vollständige Funkversorgung und Ausstattung mit Endgeräten in dem jeweiligen Bereich voraus. Durch die Tei-



Großer Bahnhof: Unter den Gästen neben Staatssekretär Roger Lewentz auch MdL Dieter Burgard, Landrätin Beate Läsch-Weber, die Bürgermeister aus Traben-Trarbach und Kröv, führende Vertreter der Feuerwehr, des DRK und der Polizei sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der PG Digitalfunk und deren Projektpartner.

lung des Netzabschnitts 18 kann der erweiterte Probetrieb im Großraum Trier voraussichtlich im zweiten Quartal 2010 beginnen. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse werden in die weitere Planung einfließen und den Gesamtprozess positiv begleiten.

„Damit der Netzaufbau in Rheinland-Pfalz zügig und problemlos verlaufen kann, hat die Landesregierung alle erforderlichen Maßnahmen eingeleitet und ausreichende Finanzmittel bereitgestellt“, betonte Staatssekretär Lewentz. Allein im Doppelhaushalt 2009/2010 sind für den Digitalfunk rund 45,6 Millionen Euro vorgesehen.

Von der Funknetzplanung über die Standortsuche und die bauliche „Ertüchtigung“ der Standorte bis zum Aufbau und der Inbetriebnahme der Anlagen werden die Aufgaben in Rheinland-Pfalz von der Projektgruppe Digitalfunk koordiniert. Gemeinsam mit den beteiligten Institutionen und Firmen, darunter der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) und der Landesbetrieb Daten und Information (LDI), werden hier die technischen, taktischen und sicherheitsrelevanten Faktoren bei jeder einzelnen Basisstation beachtet und baulich umgesetzt.

Dafür wurde jeder potenzielle Standort vor Ort in Augenschein genommen und hinsichtlich seiner grundsätzlichen Eignung geprüft. Das haben LuK-Trupps der Bereitschaftspolizei übernommen. Liegen die Voraussetzungen vor, folgt mindestens eine weitere Begehung, an der Vertreter aller beteiligten Firmen und Institutionen teilnehmen. Gemeinsam werden dabei rund 240 Punkte einer Checkliste abgearbeitet. Die angetroffene Situation und die noch erforderlichen Maßnahmen werden genau protokolliert. In der Folge sind mehr oder weniger umfangreiche Baumaßnahmen fällig: vom Bau eines Fundaments für den Technik-Container über die Verlegung von Strom- und Datenleitungen bis zum Ausbau der Zufahrtswege. Dabei wird jeweils die wirtschaftlichste Lösung angestrebt.

Auch bundesweit geht der Netzaufbau voran: Erste Abschnitte des Digitalfunknetzes sind in Berlin, Bremen und Hamburg in Betrieb. Teilnetzabschnitte gibt es im niedersächsischen Kreis Lüchow-Dannenberg, in Stuttgart, München und Leipzig. Im Alltag und bei Großeinsätzen (Castor-Transport, Fußballländerspiele, große Volksfeste) wird der Digitalfunk in diesen Regionen parallel zum Analogfunk eingesetzt. Das Netzverwaltungszentrum (NMC) in Berlin, mit dem der Betrieb des Netzes rund um die Uhr überwacht und gesteuert wird, hat seine Arbeit aufgenommen. Ein zweites NMC, das diese Funktionen im Notfall übernehmen kann, wird in Kürze ebenfalls fertig.

Gegenüber der ursprünglichen Planung der BD-BOS hat sich die Zahl der bundesweit benötigten Basisstationen auf deutlich mehr als 4000 erhöht – mit entsprechenden Folgen für den finanziellen

### Besondere Eigenschaften und Vorzüge des Digitalfunks

- ▶ Deutlich höhere Sprachqualität und stark verminderte Störanfälligkeit gegenüber dem Analogfunk. Fremdgeräusche (Motorengeräusch, Martinshorn) werden ausgefiltert.
- ▶ Schneller Rufaufbau auch über weite Strecken hinweg, bei Bedarf bundesweit. Selbst bei schneller Fahrt und Wechsel der Funkzelle wird das Gespräch nicht unterbrochen.
- ▶ Annähernd flächendeckende Funkversorgung für Handsprechfunkgeräte.
- ▶ Erfreuliche Folge der deutlich erhöhten Anzahl der Basisstationen ist eine In-House-Versorgung auf mehr als 85 Prozent der Landesfläche von Rheinland-Pfalz. Einsatztaktisch relevante Objekte ohne ausreichende Funkversorgung erhalten im Bedarfsfall eine Nachbesserung, z.B. durch eine Hausantennenanlage.
- ▶ Die Möglichkeit der dynamischen Gruppenbildung im gemeinsamen BOS-Funknetz (Punkt-zu-Mehrpunkt-Kommunikation oder „Gruppenkommunikation“) erlaubt den Funkverkehr aller an einem Einsatz beteiligten BOS-Einheiten (z.B. Polizei, Feuerwehr, THW und Rettungsdienst oder Landespolizei, Bundespolizei und Zoll) untereinander, ohne dabei durch den Funkverkehr anderer Einsätze beeinträchtigt zu werden. Der Digitalfunk erlaubt diese Gruppenkommunikation auch über Ländergrenzen hinweg, selbst bundesweit.
- ▶ Neben der Sprach-Übertragung ist – je nach technischer Ausbaustufe – auch Datenübertragung möglich, z.B. die Übertragung von Fahrzeug-, Halter- und Fahndungsdaten, selbst von Fotos und Fingerabdrücken, sowie Orts- und Statusmeldungen.
- ▶ Neben dem Gruppenfunk- und Datenbetrieb ist auch die Einzelkommunikation und bei entsprechender Berechtigung sogar das Telefonieren ins öffentliche Telefonnetz möglich.
- ▶ Über eine Notruf-Taste am Endgerät kann der Nutzer ein individuell erkennbares Notsignal aussenden, das höchste („verdrängende“) Priorität hat.
- ▶ Die Endgeräte können mit einem GPS-Modul ausgestattet werden, mit dem der jeweilige Standort des Gerätes in kurzer Zeit ermittelt und übertragen werden kann.
- ▶ Höchstmögliche Abhörsicherheit durch Ende-zu-Ende-Verschlüsselung: Dieser in Deutschland entwickelte und durch die Bundespolizei im Jahr 2008 erfolgreich getestete Standard geht noch deutlich über die europaweit genormte Sicherheitsfunktion der „Luftschnittstellen-Verschlüsselung“ hinaus und gilt als international führend. Voraussetzung ist die Interoperabilität aller beteiligten Funkgeräte.
- ▶ TETRA-Netze existieren bereits in Belgien, den Niederlanden, Großbritannien, Ungarn und Finnland. Sieben europäische Staaten bauen ihren Digitalfunk derzeit auf (Schweden, Norwegen, Estland, Dänemark, Portugal, Österreich und Deutschland), weitere zwölf Staaten befinden sich in der Planung. ■ (hos)

und zeitlichen Aufwand. Außerdem haben sich viele Planungsprozesse und Genehmigungsverfahren als erheblich aufwendiger erwiesen als erwartet. Dies wird dazu führen, dass bis Ende 2010



**Punktgenau platzierte der Kranführer den 20 Tonnen schweren Technik-Container auf sein Fundament.**

zwar wesentliche Teile des bundesweiten Netzes in Betrieb gehen können, aber eben nicht das gesamte Netz. Auch nach der bundesweiten Inbetriebnahme wird es also Nachbesserungen geben müssen.

Der Aufbau des ersten Containers an einer künftigen Basisstation ist ein wichtiger Schritt in die digitale Zukunft der BOS in Rheinland-Pfalz. In den kommenden Monaten werden zirka 80 weitere Standorte im Großraum Trier „ertüchtigt“, damit im Herbst der Einbau der Systemtechnik beginnen kann. Zeitgleich laufen die weiteren Planungen für den Cluster 18/2 (Großraum Koblenz) und den Netzabschnitt 19 (südlicher Landesteil).

Noch in diesem Jahr wird auch die Lieferung der digitalen Funkgeräte ausgeschrieben, damit sie für den Probetrieb rechtzeitig zur Verfügung stehen. Allein für die Polizei in Rheinland-Pfalz müssen etwa 4000 Handfunkgeräte (HRT), mehr als 2000 Fahrzeugfunkgeräte (MRT) und zirka 1000 stationäre Funkgeräte (FRT) beschafft werden. ■

Engelbert Werner, Projektgruppe Digitalfunk  
Anton Merz, ISM

# Verkehrssicherheitspreis: „Tapsi“ trifft den Geschmack der Kinder

Den Verkehrssicherheitspreis für 2008 vergab das Forum Verkehrssicherheit Rheinland-Pfalz zu gleichen Teilen an die Grundschule Zellertal im Donnersbergkreis und an die Verkehrssicherheitsberater der PI Pirmasens, Peter Kuwatsch und Arno Noll, für deren Präventionsprogramm im Kindergarten. Die Preisverleihung bewies eindrucksvoll, dass die Arbeit Früchte trägt.



Sie sind ein ebenso unterhaltsames wie erfolgreiches Duo: Der Verkehrs-Clown „Tapsi“ (POK Arno Noll) und PHK Peter Kuwatsch von der PI Pirmasens. Zur Preisverleihung boten sie eine Kostprobe.

Um hervorragende Ideen und Projekte zur Unfallverhütung zu fördern und landesweit zur Nachahmung zu empfehlen, vergibt das Forum Verkehrssicherheit Rheinland-Pfalz seit 2005 alljährlich den mit 4000 Euro dotierten Verkehrssicherheitspreis. Acht Vorschläge hatte die Jury zu bewerten. Preisträger für das Jahr 2008 sind die Zellertalschule mit ihrer Konzeption einer Verkehrssicherheitswoche sowie die Verkehrssicherheitsberater der PI Pirmasens, PHK Peter Kuwatsch und POK Arno Noll, mit ihrem altersgerecht gestuften Dreijahres-Programm für die Verkehrserziehung im Kindergarten.

Die Ehrung in Anwesenheit führender Vertreter der Mitgliedsorganisationen, Behörden und Ministerien im Forum Verkehrssicherheit übernahm in diesem Jahr der Abteilungsleiter Verkehr im Mainzer Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Dr. Lothar Kaufmann. Ort der Handlung: die Grundschule in Zellertal-Harxheim, Verbandsgemeinde Göllheim. Für die Verkehrssicherheitsberater der PI Pirmasens bedeutete diese Auszeichnung nach dem Verkehrssicherheitspreis für 2006 bereits die zweite Ehrung dieser Art. Es war eine Preisverleihung voller Dynamik, Witz

und Kreativität, geprägt von der quicklebendigen Präsentation der ausgezeichneten Projekte. Dabei standen die Kinder im Mittelpunkt und waren mit-tendrin statt nur dabei. In der Turnhalle der Zellertalschule beweisen beide Preisträger anschaulich, dass sie zu Recht gemeinsam auf Platz eins gelandet sind. Das Kindergartenprogramm aus Pirmasens machte den Anfang:

Auf der Bühne agiert zunächst Polizist Peter Kuwatsch: Von den Kindern im ersten Schuljahr will er wissen, wo sie sich draußen mit dem Roller bewegen dürfen und was sie zu ihrer Sicherheit dabei an- und aufziehen sollen. Die Antworten kommen wie aus der Pistole geschossen. Zur Entspannung gibt es ein Kinderlied, bei dem alle mitklatschen. Plötzlich erscheint Clown „Tapsi“ (Kollege Arno Noll) mit seinem Roller auf die Bühne. Und – nicht zu fassen – der macht wirklich alles falsch und weiß gar nichts! Von den beiden „Verkehrserziehern“ geschickt animiert, verhelfen die Kinder dem „armen Unwissenden“ auf den rechten Weg, um ihn vor Schaden zu bewahren. Die Kinder sind mit Begeisterung bei der Sache, und auch die Erwachsenen haben viel zu lachen.

Nachdem der bekehrte „Tapsi“ auf seinem Roller verschwunden ist, legt Polizist Kuwatsch zwei Tauer parallel auf die Bühne: Was mag das sein? „Eine Straße!“, schallt es im Chor. Natürlich! Was sonst? Schließlich ist Peter Kuwatsch „Verkehrspolizist“.

Nun geht es darum, wie man sicher über diese Straße geht. Für die Kinder kein Problem: Sie wissen auch das ganz genau. Es folgt das Lied vom Zebrastreifen, abermals zum Mitklatschen.

Und wieder erscheint dieser Clown auf der Bühne! Er breitet einen Teppich aus – quer zur Fahrbahn: Zwischen den Tauen liegt jetzt ein Zebrastreifen. Doch was macht „Tapsi“? Setzt sich mitten auf die Straße und schläft! Da kommt ein Auto, bremst heftig und hüpft von der Fahrbahn. Abermals erklären die Kinder dem „dummen August“, wie es richtig geht, nehmen ihn sogar an die Hand, erklären ihm das Links- und Rechts-Schauen und führen ihn sicher über den Zebrastreifen.

Hier wird kein starres Konzept durchgezogen. Mit ihren Antworten und Reaktionen gestalten die Kinder das Programm mit, machen es lebendig. Das kommt bei Kindern und Erwachsenen gleichermaßen gut an. Denn auf diese Weise bleibt viel mehr „hängen“. Kindgerecht ist auch die abschließende „Power-Point-Präsentation“ – mit viel Power, aber ganz ohne Strom: „Tapsi“ zieht ein Tau hinter sich her, an dem vier Kinder folgen. Sie zeigen dem Publikum selbst gemachte Kollagen und Bilder, auf denen das Drei-Jahres-Programm der Pirmasenser Verkehrssicherheitsberater für ihre Kindergärten zu sehen ist: zuerst die Puppenbühne mit dem Raben „Rudi“, dann Clown „Tapsi“ in voller Aktion und schließlich der Stuhlkreis wiederum mit dem

### Das Forum Verkehrssicherheit

... ist ein Netzwerk, dessen Mitglieder sich für mehr Fairness und Toleranz im Straßenverkehr einsetzen, altersgerechte Verkehrserziehung betreiben und Projekte fördern, die zur Senkung der Unfallzahlen beitragen. Partner im Forum Verkehrssicherheit Rheinland-Pfalz sind:

- ▶ Deutscher Verkehrssicherheitsrat (DVR)
- ▶ Landesverkehrswacht (LVW)
- ▶ Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr (BADs)
- ▶ Bundesverband der Sachverständigen für das Kraftfahrzeugwesen (BVSK)
- ▶ Fahrlehrerverbände Rheinland und Pfalz
- ▶ Technische Universität Kaiserslautern
- ▶ Unfallkasse Rheinland-Pfalz
- ▶ Landesbetrieb Mobilität (LBM)
- ▶ ADAC Mittelrhein, ADAC Pfalz
- ▶ TÜV Rheinland, TÜV Pfalz
- ▶ Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur
- ▶ Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
- ▶ Ministerium des Innern und für Sport



Freuen sich über den Verkehrssicherheitspreis: PHK Peter Kuwatsch (links) und POK Arno Noll, die Verkehrssicherheitsberater der PI Pirmasens. Nach 2006 war es bereits der zweite Preis für ihre Dienststelle.

Raben „Rudi“, der auf der Straße angefahren wurde. Peter Kuwatsch und Arno Noll haben in jedem Jahrgang den richtigen „Draht“ zu ihrer Zielgruppe gefunden und sich den Verkehrssicherheitspreis redlich verdient.

Die Kinder des vierten Schuljahrs der Zellertalschule waren anschließend die Hauptakteure bei der Präsentation der zweiten ausgezeichneten Aktion: der örtlichen Verkehrssicherheitswoche. Hier standen das richtige Überqueren der Straße, die „Busschule“ und das sichere Radfahren im Vor-

dergrund. Fetziges Musik, quirlige Tänze und eine Fahrradhelm-Modenschau mit vielen kreativen Ideen hatten sich die Kinder und ihre Lehrer ausgedacht. Auch sie wurden dafür mit viel Applaus belohnt. ■ Rudi Fuchs, PI Pirmasens

Auch für das Jahr 2009 wird der Verkehrssicherheitspreis ausgelobt. Informationen zum Verkehrssicherheitsforum Rheinland-Pfalz auf der Seite [www.verkehrssicherheit-rlp.de](http://www.verkehrssicherheit-rlp.de); Ausschreibungsunterlagen dort unter Service / Medien.

### ku\_rio\_s es

## Neues von Willi Wachtmeister: Diezer Polizei-Roboter in der Erprobung!

Aufmerksame Leser des Polizeikurier (Ausgabe 01.09) kennen ihn schon: „Willi Wachtmeister“ ist der neue „Kollege“ in der PI Diez. Die fast lebensgroße Playmobil-Figur versieht ihren Dienst als Begrüßungs-Beamter für Kindergruppen, denen er Gummibärchen „aushändigt“.

Nun erschien „Willi Wachtmeister“ im Pressebericht der Dienststelle. Dort hieß es, der künstliche „Kollege“ sei der Inspektion als „Dienst-Roboter“ zur Erprobung zugeteilt worden. Der „elektronische Beamte“ verfüge über ein Programm zur Erledigung polizeilicher Standardaufgaben ebenso wie über einen Sprachcomputer. „Willi“ nehme Anrufe entgegen und leite sie weiter. Auch einfache Büroarbeiten könne er übernehmen. Damit entlaste der „Polizeiroboter“ die Kollegen. Die gewonnene Zeit werde in Bürgerkontakte und Präventionsprojekte investiert.

Sorgen bräuchten sich die Bürgerinnen und Bürger nicht zu machen, hieß es in dem Pressebericht: Während der Erprobung sei ständig ein erfahrener Beamter in „Willis“ Nähe, um bei Störungen sofort einzuschreiten. Sollte der Test positiv verlaufen, werde jede größere



Dienststelle einen Polizeiroboter erhalten, um die Schichten zu entlasten. Allerdings lägen die Anschaffungskosten im siebenstelligen Bereich. Unterstrichen wurde die Mitteilung durch Lichtbilder, die „Willi Wachtmeister“ bei der „Arbeit“ zeigen.

Die Medienvertreter im Rhein-Lahn-Kreis staunten nicht schlecht. Ein Blick aufs Meldedatum half ihnen weiter: 1. April! PHK Rüttger Schrörs hatte das besondere Datum genutzt, um sich auf humorvolle Weise von seinen täglichen Ansprechpartnern in den Zeitungs- und Hörfunk-Redaktionen der Region zu verabschieden: „Willi Wachtmeister“ war seine letzte Pressemeldung vor dem Eintritt in den Ruhestand. Klar, dass „Willi“ die Aufgaben des Kollegen nicht wirklich übernehmen kann. Die Kinder wird er aber auch künftig mit Gummibärchen begrüßen. ■ (hos)

# DPM Crosslauf im Harz: RLP-Team holt Bronze auf der Mittelstrecke

Bei der 14. Deutschen Polizeiemeisterschaft im Crosslauf gewann das rheinland-pfälzische Herrenteam auf der Mittelstrecke Bronze. Schnellster Läufer war Andreas Sarter von der PI Pirmasens.

Die schwierigen Bedingungen dieser Cross-Meisterschaft kamen unseren Läuferinnen und Läufern durchaus entgegen, die Konkurrenz war indes zu stark. Über Nacht hatte sich der Rundkurs bei Güntersberge im Harz (Sachsen-Anhalt) in eine Schneelandschaft verwandelt und bot dem RLP-Team ähnliche Voraussetzungen wie zuvor bei der Landesmeisterschaft auf dem Hahn.

Schon beim Warmlaufen am Anreisetag änderten sich die Konditionen von Stunde zu Stunde: Kaum hatten sich die Teams mit der Strecke vertraut gemacht, verschwand der Schnee und hinterließ eine Schlammbahn voller Pfützen. „Cross pur“ war angesagt. Unter den 204 Namen auf der Starterliste entdeckten die erfahrenen Läufer ihre Konkurrenten: Man kennt sich in der Szene. Schließlich war das RLP-Team um Klaus Klein, Andreas Sarter und Simon Engelfried der Titelverteidiger auf der Mitteldistanz.

11:35 Uhr am Wettkampftag: Kurz vor dem Start zur Mittelstrecke (3600 Meter) muss Klaus Klein (KI Kaiserslautern) seinen Start verletzungsbedingt



Das Bronze-Team (von links): Andreas Sarter (PI Pirmasens), Simon Engelfried (BePo) und Sascha Jakat (FHöV) holten sich die Medaille auf der Mittelstrecke (3600 Meter) und verpassten Silber ganz knapp.



Schnelle Damen (von links): Katja Bambach (PI Landstuhl), Jeannine Pankok (PI Remagen), Carina Bungard (FHöV) und Stephanie Bastuck (BePo). Sie gingen auf der Langstrecke an den Start: 5400 Meter.



Mit einem starken Team reiste die Polizei Rheinland-Pfalz zu den 14. Deutschen Polizeiemeisterschaften im Crosslauf nach Güntersberge im Nationalpark Harz.

absagen. Für Sascha Jakat (FHöV) ist das die große Herausforderung. Beim Start kommt er gut weg, reißt sich wie Andreas Sarter (PI Pirmasens) und Simon Engelfried (BePo) im vorderen Drittel ein und läuft ein bravouröses Rennen. Schnellster wird Andreas Sarter in 11:09 Minuten, gefolgt von Sascha Jakat in 11:17 und Simon Engelfried in 11:44 Minuten. Nach Addition der Platzierungen bedeutet das am Ende Platz 3: Bronze! Überglücklich sind die Mittelstreckler und das gesamte RLP-Team, wenngleich die Silbermedaille um einen einzigen Punkt verpasst wurde. An Gold war diesmal nicht zu denken: Thüringens Spitzensportler belegten die Plätze 1 bis 3 im Gesamtklassament – eine beachtliche Leistung.

Auf der Kurzstrecke (2650 Meter) gab Silvia Reifferscheidt (FHöV) ihr DPM-Debüt und finishte nach 12:02 Minuten auf Platz 33. Sabine Schmitt (LKA) belegte nach 11:34 Minuten Rang 22. Den Startschuss gab übrigens der zweimalige Marathon-Olympiasieger Waldemar Cierpinski.

Mit Katja Bambach, Carina Bungard, Jeannine Pankok und Stephanie Bastuck gingen vier rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen an den Start der Langstrecke über 5400 Meter. Katja Bambach (PI Landstuhl) finishte nach 22:10 Minuten als Elfte der 48 Starterinnen. Die mit 21 Jahren jüngste Teilnehmerin der DPM, Carina Bungard, Polizeikommissaranwärterin an der FHöV, kam bei ihrem nationalen Debüt nach 23:00 Minuten auf den 24. Platz. Jeannine Pankok (PI Remagen / 23:30) und Stephanie Bastuck (BePo / 23:56) belegten die Plätze 33 und 36.

Um 13.15 Uhr fiel der Startschuss für die 54 Starter auf der Langstrecke. Schnellster Rheinland-Pfälzer wurde Andreas Roi (PAST Montabaur), der bei seiner ersten DPM in 38:36 Minuten auf Rang 27 lief. Die weiteren Plätze belegten Stefan Schmitt (PI Wittlich / 38:45) und Rainer Schneider (PI Trier / 40:57). Markus Bielen (BePo) musste sein Rennen wegen einer Verletzung in der zweiten Runde abbrechen. In der Mannschaftswertung belegte unser Team den zehnten Platz. ■

Edgar Breit, Fachwart Crosslauf und Marathon



**Kämpften auf der Langstrecke: Andreas Roi (PAST Montabaur) vor Stefan Schmitt (PI Wittlich).**



**Start zur Langstrecke: Fast in der Mitte (mit der 86) Carina Bungard, rechts (mit der 85) Stephanie Bastuck, hinter ihr Jeannine Pankok. Ebenfalls im Rennen, jedoch nicht im Bild: Katja Bambach.**

### Trainiert, qualifiziert und mitgemacht!

Impressionen vom DPM-Debüt der Kollegin Silvia Reifferscheidt, FHöV

Aufgeregt? Na klar, schließlich ist es mein erster nationaler Wettkampf! Aber es soll nicht der letzte sein. Soviel kann ich jetzt schon sagen.

Am 25. April sind wir bei Schnee losgefahren. Nach gut sechs Stunden erreichen wir Güntersberge im Harz. Das Winterbild rund um das Kinder- und Erholungszentrum „KIEZ“, in dem wir alle untergebracht sind, macht uns Mut. Schließlich fand die Landesmeisterschaft auf dem Hunsrück unter genau denselben Bedingungen statt. Kurz das Organisatorische, und schon geht es auf die Strecke unweit der Unterkunft: Vertraut machen mit den Bedingungen, mit den Höhen und Tiefen im Gelände. Da wir nicht die Ersten sind, ist der Weg schon recht schlammig. Doch was soll's, die Bedingungen sind für alle gleich. Mit dem Studieren der Meldeliste und gegenseitigem Mut-Zusprechen neigt sich der Tag früh seinem Ende. Schließlich wollen wir morgen fit und ausgeschlafen sein.

Am Morgen meldet sich dann so langsam die Aufregung. Die ersten Sonnenstrahlen versprechen eine Wetterbesserung, halten ihr Versprechen aber nicht. Wolken kommen auf, und auch vom Regen bleiben wir nicht verschont. Vor dem Start geht es nochmal auf die Strecke: Mit welchen Schuhen und welcher Dornenlänge läuft es sich heute am besten? Dann noch schnell zum Fototermin und zur Eröffnung. Warmlaufen, Dehnung und die letzten Sprints am Berg: Die Anspannung wächst mit jedem Schritt.

Kurz vor elf am Start zur Kurzstrecke der Frauen: Wie meine Mitstreiterinnen warte auch ich gespannt auf den Startschuss. In der Kälte tippeln wir nervös auf der Stelle. Punkt 11 Uhr: Niemand anderes als der zweifache Olympiasieger im Marathon, Waldemar Cierpinski, schickt uns auf die Strecke. Dass ich hier nicht um den Titel renne, wird mir bei meinem DPM-Debüt



**Gab im Harz ihr DPM-Debüt und schrieb danach ihre Gedanken nieder: Silvia Reifferscheidt (FHöV)**

schnell klar. Dabeisein ist alles. Das ist es, was heute zählt. Voller Kampfgeist sprinten wir den ersten Berg hinauf.

Auf der Strecke wird hart gekämpft. Manch eine gibt schon zu Anfang alles und geht auf die Überholspur. Andere laufen taktisch klüger, rollen das Feld langsam von hinten auf. Auch ich kann noch so manche Konkurrentin kurz vor der Ziellinie abfangen. Im Ziel angekommen, finde ich – wie schon auf der Strecke – die optimale Unterstützung beim Rest der Mannschaft. Im Großen und Ganzen sind wir alle mit unserer Leistung zufrieden, auch wenn gesundheitliche Probleme dem ein oder anderen zu schaffen machen.

Im „Club der Nationen“ treffen wir uns zur Siegerehrung – und stürmen anschließend das Büffet. Danach geht es nahtlos zum gemütlichen Teil über. Nach etwas Schlaf und einem guten Frühstück geht es zurück nach Rheinland-Pfalz – mit einem guten Gefühl: Auf Wiedersehen in zwei Jahren! ■

# DPM Handball: „Endrundenniveau“ bewiesen und doch ausgeschieden

**Es war ein packendes Spiel gegen den Gastgeber und Favoriten. Und es ging nur knapp verloren. Die Handball-Auswahl der Polizei Rheinland-Pfalz hat in der Vorrunde zur Deutschen Polizeimeisterschaft „Endrundenniveau“ bewiesen, musste Niedersachsen aber den Vortritt lassen.**

Gleich nach der Begrüßung durch Hannovers Polizeipräsidenten Alfred Soetbeer wurde das erste Vorrundenspiel zwischen Niedersachsen und Rheinland-Pfalz angepfiffen. Die Gastgeber, die bisher regelmäßig an den Endrunden der DPM teilnahmen, hatten also eine „Serie“ zu verteidigen. Wir Rheinland-Pfälzer waren ihnen gänzlich

unbekannt. Unsere Wege hatten sich zuletzt 1995 gekreuzt. Im Vorfeld wusste der Gegner von uns nur, dass wir mit Marco Sliwa einen aktuellen Nationalspieler der Polizeiauswahl in unseren Reihen haben.

Schnell gingen wir in Führung. Dank der konsequenten Abwehrarbeit des Mittelblocks (Marco Sliwa, Marco Sauer) unserer 6-zu-0-Abwehr im Zusammenspiel mit intensiv eingeübten Konzepten und den treffsicheren Rückraumschützen Marco Sliwa und Rene Engler, konnten wir uns mit 6:10 absetzen. Unser Torwart Michael Elfner zeichnete sich bis dahin mit zwei gehaltenen Siebenmeter aus. Niedersachsen wurde genötigt, eine Auszeit zu nehmen und die Mannschaft neu einzustellen. Bis zum Stand von 9:13 konnten wir den Vorsprung halten, dann wurden zwei Siebenmeter gegen uns ausgesprochen. Letztendlich verkürzte Niedersachsen bis zur Halbzeit auf 12:14.

In der zweiten Halbzeit kam Niedersachsen besser ins Spiel, konnte schnell auf 15:15 ausgleichen und sich sogar mit 19:17 absetzen. Zehn schwächere Minuten unserer Mannschaft reichten aus, dass Niedersachsen auf 24:20 erhöhen konnte. Selbst ein 6-zu-4-Überzahlspiel und der ausgewechselte Torwart brachten nicht die Wende. 100-prozentige Chancen wurden verworfen. Marco Sliwa musste das Zepter an sich reißen: Mit sehenswerten Einzelaktionen hielt er uns im

Spiel und verkürzte bis auf 25:24. Die Umstellung unserer Deckung auf eine 4-zu-2-Abwehr brachte das erwünschte Durcheinander ins niedersächsische Angriffsspiel, führte angesichts vermeidbarer Abwehrfehler unsererseits letztlich aber auch nicht zum Erfolg.

Deutlich wurde, dass die Vorbereitung auf diese DPM zwar effektiv genutzt wurde, aber nicht ausgereicht hat, um sich wirklich optimal abzustimmen und einzuspielen. Bis Spielende kamen wir nicht näher als zwei Tore an Niedersachsen heran und verloren die Begegnung mit 31:29. Die Enttäuschung war riesengroß! Das beste Spiel einer rheinland-pfälzischen Herrenauswahl in den letzten 15 Jahren war nicht von Erfolg gekrönt. Torschützen: Marco Sliwa (8), Andreas Amend (6), Christian Baßler (5/2) und Rene Engler (5), Marco Sauer (3), David Steckler (2).

Nach gut zweieinhalb Stunden mussten wir gegen Berlin antreten, einen Gegner, gegen den wir vor drei Jahren in Eutin mit drei Toren unterlagen. Und es war wieder die gleiche Konstellation wie damals: Berlin stieg frisch in das Turnier ein, Rheinland-Pfalz steckte schon ein schweres Spiel in den Gliedern. Doch um es kurz zu machen: Berlin war mit dieser Mannschaft auch im frischen Zustand nicht konkurrenzfähig. Zur Halbzeit stand es 17:12, der Endstand lautete 39:26



Die Rheinland-Pfalz-Auswahl Handball (hintere Reihe von links): Fachwart Michael Schröder, Sani Wolfgang Klein, Alexander Koch, Michael Nett, Peter Sauerborn, Marco Sauer, Rene Engler, Christoph Wenzel, Marco Sliwa, Andy Huber, Co-Trainer Veit Waldgenbach, Trainer Norbert Stelmach. Vorne von links: Stefan Reiser, Matthias Hofmann, David Steckler, Daniel Mischon, Michael Elfner, Christian Baßler, Andreas Amend, Florian Treiber.

für Rheinland-Pfalz. Eine gelungene Revanche für das Spiel vor drei Jahren und eine Genugtuung nach der unglücklich verlorenen Begegnung gegen Niedersachsen! Unser Spielsystem funktionierte. Christian Baßler bewies eine bestechende Form und war ein sicherer Vollstrecker am Siebenmeter-Punkt. Alle eingesetzten Spieler kamen zum Torerfolg. Torschützen: Christian Baßler (10/5), Marco Sliwa (6), Christoph Wenzel (5), Matthias Hofmann (4), Rene Engler (3), Andreas Amend, Andy Huber, Stefan Reiser und Marco Sauer (je 2), Peter Sauerborn, David Steckler und Florian Treiber.

Das dritte Spiel war nur noch Makulatur: Es war höchst unwahrscheinlich, dass Berlin den Favoriten Niedersachsen bezwingen und uns damit

in die Endrunde verhelfen würde. Halbzeitstand 20:11, Endstand 41:26 für die Gastgeber. Niedersachsen steht damit (erneut) als Endrundenteilnehmer fest.

#### Vorrunde Gruppe 3 im Überblick:

Begegnung	Tore	Punkte
Niedersachsen – Rheinland-Pfalz	31 : 29	2 : 0
Rheinland-Pfalz – Berlin	39 : 26	2 : 0
Berlin – Niedersachsen	26 : 41	2 : 0

#### Platzierung

	Tore	Punkte
1. Niedersachsen	72 : 55	4 : 0
2. Rheinland-Pfalz	68 : 57	2 : 2
3. Berlin	52 : 80	0 : 4

Resumee: Das neue Trainergespann Norbert Stelmach und Veit Waldgenbach hatte unser Team hervorragend eingestellt und motiviert. Die Mannschaft trat geschlossen und selbstbewusst auf, der Teamgeist stimmte. Wir sind auf Augenhöhe mit dem Endrundenteilnehmer Niedersachsen. Dafür gab es Lob von Bundesfachwart Roland Kröger und vom Trainer der Niedersachsen. Unser Spiel hatte „Endrundenniveau“. Das tröstet nur wenig, zeigt aber, dass wir mit dieser jungen Auswahl auf dem richtigen Weg sind. Ein besonderer Dank der Mannschaft gilt unserem „Sani“ Wolfgang Klein, der die Spieler vor, während und nach den Spielen unermüdlich massierte, Tape-Verbände anlegte und alle „Wehwehchen“ behandelte. ■

Michael Schröder, Fachwart Handball

## ► PLM Hallenfußball: PP Trier siegte abermals vor den Pfälzer Teams

Morbach im Hunsrück war Austragungsort der Polizeilandesmeisterschaften im Hallenfußball der Männer

In der Vorrundengruppe A setzte sich das PP Rheinland-Pfalz souverän mit 6 Punkten an die Spitze. Zweiter wurde das PP Westpfalz vor der Bereitschaftspolizei. In der Gruppe B konnte sich das PP Trier mit 6 Punkten ebenfalls deutlich behaupten, gefolgt von den Mannschaften des PP Koblenz und der Wasserschutzpolizei. Somit spielten im Halbfinale die Mannschaften der Präsidien Rheinland-Pfalz gegen Koblenz und Trier gegen die Westpfalz.

Die Begegnung der Rheinpfälzer gegen die Mittelrheiner verlief völlig ausgeglichen und endete nach der regulären Spielzeit mit 4:4 Toren. Im anschließenden Neun-Meter-Schießen setzte sich das PP Rheinland-Pfalz etwas glücklich mit 8:7 Toren durch und stand damit als erster Finalist fest. Hingegen war die zweite Halbfinal-Begegnung eine recht einseitige Angelegenheit: Der Favorit, das PP Trier, dominierte von Beginn an und schlug die Westpfälzer deutlich mit 10:1 Toren. Somit standen das PP Rheinland-Pfalz und die Trierer im Finale.

Im Spiel um Platz 5 setzte sich die BePo mit 4:0 gegen die WSP durch. Das Spiel um Platz 3 gewann das PP Westpfalz gegen das PP Koblenz. Dabei erging es den Koblenzern ganz ähnlich wie zuvor im Spiel gegen die Rheinland-Pfalz-Auswahl: Die reguläre Spielzeit endete mit 4:4, wonach das Neun-Meter-Schießen für die unglücklichen „Nordlichter“ mit 10:9 verloren ging.

Spannend und weitgehend ausgeglichen verlief das Endspiel zwischen dem PP Trier und dem PP Rheinland-Pfalz: Mit Ende der Spielzeit stand es leistungsgerecht 2:2. Abermals musste also das Neun-Meter-Schießen entscheiden, diesmal sogar über den Turniersieg. Mit 7:5 setzte sich das Trierer Team durch und verteidigte damit seinen Titel als Landesmeister Ü 45 im Hallenfußball.



Die Siegermannschaft des PP Trier; hinten, von links: Peter Petry, Peter Simon, Jürgen Zimmer, Peter Ewertz, Heinrich Irmisch und Organisator Berthold Nicklaus; vorne von links: Michael Hermann, Bernd Bohlen, Hermann-Josef Klein, Helmut Wahlen und Kai-Uwe Lindenthal.

Bei der Siegerehrung dankte Triers Polizeipräsident Dr. Manfred Bitter allen Akteuren sowie den Schiedsrichtern für ihr engagiertes und faires Mitwirken an dieser Landesmeisterschaft. Sein Dank

galt auch den Organisatoren für den reibungslosen Verlauf und den Kollegen der PI Morbach für die gute Bewirtung während des Turniers. ■

Jörg Groß, Fachwart Fußball

#### PLM Hallenfußball im Ergebnispiegel:

##### Vorrunde, Gruppe A

PP Westpfalz – PP Rheinland-Pfalz	0:1	
BePo RLP – PP Westpfalz	4:6	
PP Rheinland-Pfalz – BePo RLP	5:2	
1. PP Rheinland-Pfalz	6 Punkte	6:2 Tore
2. PP Westpfalz	3 Punkte	6:5 Tore
3. BePo RLP	0 Punkte	6:11 Tore

##### Vorrunde, Gruppe B

PP Trier – WSP RLP	5:0	
PP Koblenz – PP Trier	0:7	
WSP RLP – PP Koblenz	3:7	
1. PP Trier	6 Punkte	12:0 Tore
2. PP Koblenz	3 Punkte	7:10 Tore
3. WSP RLP	0 Punkte	3:12 Tore

##### Halbfinale

PP Rheinland-Pfalz – PP Koblenz	8:7 (4:4)
PP Trier – PP Westpfalz	10:1

##### Finale

PP Rheinland-Pfalz – PP Trier	5:7 (2:2)
-------------------------------	-----------

##### Platzierungen:

1. PP Trier
2. PP Rheinland-Pfalz
3. PP Westpfalz
4. PP Koblenz
5. Bereitschaftspolizei
6. Wasserschutzpolizei

# EPM Schwimmen und Retten 2009: Zwei Rheinland-Pfälzer sind dabei

Bei den Europäischen Polizeimeisterschaften im Schwimmen und Retten im spanischen Avila gehören im Juli dieses Jahres zwei Polizeisportler aus Rheinland-Pfalz zur Deutschen Mannschaft.

Erfurt war am 7. März Schauplatz der deutschen Qualifikation zu den Europäischen Polizeimeisterschaften (EPM) im Schwimmen und Retten. Mit Thomas Wald, Christian Manz und Frank Schmidt hatte das Deutsche Polizeisportkuratorium (DPSK) drei Beamte unseres Landes zur Qualifikation für die Wettkämpfe in Avila eingeladen. Die Erfurter Südschwimmhalle, ein international renommiertes 50-Meter-Hallenbad, bot den Schwimmerinnen und Schwimmern der Polizei aus Bund und Ländern optimale Voraussetzungen.

Die Wettkampffolge in Erfurt hielt sich genau an



PKA Christian Manz, Mitglied der Spitzensport-Fördergruppe, am Start zum Kleiderschwimmen. Die Qualifikation zur EPM holte er sich aber mit dem 2. Platz über 200 Meter Lagen.

jene der Polizei-Europameisterschaften und begann mit dem Rettungsmehrkampf en bloc. Frank Schmidt, Student des 31. Studiengangs der FHöV, konnte nach einem unbefriedigenden Auftakt im Kleiderschwimmen bei der kombinierten Übung (25 Meter Tauchen und 25 Meter Brustschwimmen) sowie beim Retten der Tauchpuppe voll überzeugen. Schmidt gewann den Rettungsmehrkampf deutlich vor Andreas Maurer aus Hessen und sicherte sich damit, hochofrenut, sein Ticket für die Europameisterschaft in Spanien.

Christian Manz, Mitglied der Spitzensport-Fördergruppe der Polizei Rheinland-Pfalz, konnte aufgrund eines grippalen Infekts seine Leistungen bei der DPM 2008 nicht wiederholen und musste sich im Rettungsmehrkampf enttäuscht mit dem fünften Platz zufrieden geben. Doch damit war für ihn längst nicht alles verloren, denn Manz hatte ja noch zwei Strecken, auf denen er sich qualifizieren konnte. Über 200 Meter Lagen erreichte er in guten 2:13,15 Minuten den zweiten Platz. Und das bedeutete auch für ihn die Qualifikation zur EPM in Avila.

Frank Schmidt rundete seinen hervorragenden Auftritt im Rettungsmehrkampf mit den zweiten Plätzen über 50 und 100 Meter Brust ab. Auch über diese Strecken wird der 24-jährige Student aus Rheinland-Pfalz in Spanien die deutschen

Farben vertreten.

Thomas Wald von der PI Remagen, bereits 2001 in Montpellier und 2005 in Berlin Mitglied der deutschen Mannschaft bei den europäischen Polizeititelkämpfen, erzielte glänzende persönliche Leistungen über 50 Meter Freistil, 100 Meter Rücken und 200 Meter Lagen, musste sich jedoch der starken Konkurrenz der anderen Bundesländer mit ihren Spitzensportlern geschlagen geben. Von Enttäuschung war aber auch bei ihm keine Spur, hatte er doch alles gegeben, um möglichst noch ein drittes Mal bei einer EPM dabei zu sein. So werden also Frank Schmidt und Christian Manz, die beiden Studenten der FHöV aus Rheinland-Pfalz, vom 27. bis 31. Juli gemeinsam mit 22 Kolleginnen und Kollegen des Bundes und der Länder im spanischen Avila um die Siegertitel der europäischen Polizei schwimmen.

Der Fachwart Schwimmen und Retten des DPSK präsentierte die komplette deutsche Mannschaft bei der Abschlussveranstaltung in der Sporthalle der Bereitschaftspolizeiabteilung in Erfurt. Deutschland geht in Spanien mit einer leistungsstarken Auswahl an den Start und strebt die Verteidigung der Nationenwertung an. Frank Schmidt und Christian Manz werden das Ihre dazu beitragen. ■

Jochen Borchert,

Fachwart Schwimmen & Retten



PKA Frank Schmidt, Student des 31. Studiengangs an der FHöV, gewann den Rettungsmehrkampf und qualifizierte sich außerdem über 50 und 100 Meter Brust.

## ► Personalveränderungen



Mit Wirkung vom 1. April 2009 wurde Polizeiamtstrat **Jürgen Follmann** nach Ablauf der sechsmo-  
natigen Erprobungszeit die Leitung des Sachge-  
bietes PV 3 – Personal /

Soziales bei der Abteilung Polizeiverwaltung des Polizeipräsidiums Trier endgültig über-  
tragen.

## ► Wir gedenken

**PK Michael Kohlenbeck (44)**  
PP Koblenz, PI Remagen

**KHK Manfred Pellenz (58)**  
PP Trier, KI Trier

**KHK Ulrich Schneider (60)**  
PP Koblenz, KI Neuwied

**PD Hans Sefrin (63)**  
LPS FHöV-FB Polizei

**KHM a. D. Karl-Heinz Adams (76)**  
PP Koblenz, KK Simmern (Altorganisation)

**KD a. D. Franz Barth (73)**  
PP Koblenz, L/PE

**Frau Elisabeth Brod (81)**  
PP Koblenz, SPI Boppard (Altorganisation)

**PHK a. D. Heinrich Cremer (87)**  
PP Koblenz, PA Andernach (Altorganisation)

**KHM a. D. Anton Dahmen (78)**  
PP Trier, KI Bitburg (Altorganisation)

**KHM a. D. Rudi Dörner (81)**  
PP Koblenz, KK Montabaur (Altorganisation)

**KOK a. D. Werner Wilhelm Fuchs (90)**  
PP Mainz, Kriminaldienst (Altorganisation)

**SchPD a. D. Franz-Josef Hamm (82)**  
WSPA, L/WSPA

**PHM a. D. Leonhard Fritz Henninger (93)**  
PP Trier, PI 3 (Altorganisation)

**PHM a. D. Hans Herz (78)**  
PP Trier, SL/Technischer Dienst (Altorga-  
nisation)

**PHM a. D. Franz König (86)**  
PP Trier, PAST Schweich (Altorganisation)

**KHK a. D. August Ochs (77)**  
PP Westpfalz, Personalrat PP KL (Altorga-  
nisation)

**Frau Elisabeth Reichenberger (85)**  
PP Mainz, PD Worms (Altorganisation)

**POK Helmut Schwarz (76)**  
PP Koblenz, SPI Koblenz 1 (Altorganisation)

**Herr Fritz Tormann (83)**  
PP Trier, Bez.-Kfz-Werkstatt (Altorganisation)

## ► Im Ruhestand

### Ende Februar

**Frau Anneliese Hansen**  
PP Trier, PI Idar-Oberstein

### Ende März

**POK Horst Bernhardt**  
PP Koblenz, PI Hachenburg

**POK Helmut Günther**  
PP Westpfalz, PI 1 Kaiserslautern

**PHK Gerhard Hehn**  
PP Koblenz, PI Hachenburg

**POK Otto Hell**  
PP Trier, PI Wittlich

**PHK Gerhard Kämtner**  
PP Koblenz, PI Diez

**PHK Peter Schützmann**  
PP Westpfalz, PAST Kaiserslautern

**PR Hans-Adolf Seel**  
PP Rheinpfalz, Abt. PE, FZ/LZ

### Ende April

**PHK Rolf Breuer**  
PP Westpfalz, PI Landstuhl

**PHK Hans Gerd Düngelmanns**  
PP Rheinpfalz, PAST Wattenheim

**POK Jürgen Halfmann**  
PP Westpfalz, PD Kaiserslautern

**PHK Werner Heller**  
PP Rheinpfalz, PI Neustadt

**PHK Ferenc Iglar**  
PP Koblenz, Abt. PE

**PHK Erhard Kiehl**  
WSPA, WSP-Station St. Goar

**POK Wilhelm Kroth**  
PP Koblenz, Abt. PE

**PHK Rüttger Schrörs**  
PP Koblenz, PI Diez

## ► 40. Dienstjubiläum

### feierten im April

**Herr Friedhelm Hermann**  
PP Koblenz, PV 1

**Frau Karin Hunscha**  
PP Koblenz, PI Andernach

**POK Rainer Wulfange**  
PP Koblenz, PI Hachenburg

### feierten im März

**PD Claus-Erich Colausic**  
PP Mainz, PD Mainz

**POK Ferdinand Reuter**  
BPD, 2. BPA

## ► Hermann J. Rauth seit 50 Jahren im Dienst

Ein seltenes Jubiläum feierte Regierungsdirektor Hermann Josef Rauth: Seit 50 Jahren ist er im öffentlichen Dienst des Landes beschäftigt, davon 36 Jahre im Personalreferat der Polizeiabteilung des ISM. Heute ist er dort Referent für den Personalhaushalt der Polizei und zuständig für die Personalausstattung von Polizeidienststellen. Darüber hinaus ist er mit der Beantwortung parlamentarischer Anfragen beschäftigt. Die Dankurkunde und ein Präsent erhielt Hermann J. Rauth aus der Hand von Innenminister Karl Peter Bruch.

Nach der Volksschule begann der gebürtige Binger im Alter von 14 Jahren eine Verwaltungslehre im Rathaus seiner Heimatstadt, besuchte dort auch die Berufsschule und anschließend die Verwaltungsschule des Landes in Mainz. Bei der Stadt Bingen war Rauth im Sozialamt und später in der Kämmerei tätig. 1965 legte er die Prüfung zum mittleren Verwaltungsdienst ab (Stadtassistent), 1970 folgte die Prüfung zum gehobenen Dienst (Stadtinspektor), 1971 die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit.

Am 1. April 1973 wurde Hermann J. Rauth zum Polizeipräsidium Mainz versetzt und ans Innenministerium abgeordnet, wo er zum Regierungsoberinspektor ernannt wurde und sich im Personalreferat der Polizei mit Stellenplänen und



dienstrechtlichen Fragen auseinander setzte. Im Zuge des Verwendungsaufstiegs wurde er 2002 zum Regierungsrat ernannt und übernahm 2003 zusätzlich den personellen Geheimschutz im Ministerium. 2004 wurde er Oberregierungsrat, 2006 Regierungsdirektor. Neben seiner Tätigkeit im Personalreferat wirkte Rauth als Prüfer für die Laufbahnprüfungen des mittleren und gehobenen Dienstes, war Schöffe und Kirchenrechner. Innenminister Karl Peter Bruch dankte dem Jubilar für die in 50 Jahren geleisteten Dienste und wünschte ihm auch für die verbleibenden Monate bis zur Pensionierung noch viel Freude und Erfolg bei der Arbeit. ■ (hos)

# Lesen Sie online weiter:

## INTRAPOL



### ► Internet für alle: Vernünftig nutzen!

Mit der Freischaltung des Internetzugangs für alle Netzwerknutzer der Polizei steht das weltweite Datennetz nun allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für dienstliche Zwecke zur Verfügung. Fortan sind die Informationsgewinnung und die ungehinderte Recherche für die polizeiliche Praxis an jedem IT-Arbeitsplatz möglich. Die private Nutzung ist nicht zulässig. Darüber hinaus gibt es Einschränkungen, die durch materielles Recht und die Netzwerksicherheit begründet sind. Einzelheiten im Intranet:

*Pfad: Technik/Ausstattung > IuK*

### ► „Polizei-Online“: Fortbildung buchen

Wer künftig eine Fortbildung buchen oder Fortbildungsbedarf anmelden will, kann dies online erledigen. Das Bildungsmanagement-System „Polizei-Online“ macht's möglich. Alle Angebote sind aktuell abrufbar und Buchungen schneller am Ziel. Auch das Schießtraining und der Sport werden von „Polizei-Online“ unterstützt.

*Pfad: Bildung & Wissen > Projekte > Polizei-Online*

### ► ZPT mit neuer Aufbauorganisation

Die Zentralstelle für Polizeitechnik (ZPT) hat seit 1. Mai eine neue Struktur. Statt mit sechs kommt sie nun mit drei Abteilungen aus.

*Pfad: Organisation > Dienststellen*

## EXTRAPOL



### ► Information zur „Schweinegrippe“

Trotz einiger Infektionsfälle in Europa scheint sich die Lage in Sachen „Schweinegrippe“ stabilisiert zu haben. Entwarnung wird jedoch nicht gegeben. Besonders Mexiko-Touristen sind gefährdet. Das Robert-Koch-Institut informiert über den Sachstand.

*Pfad: Einsatz > Einsatztaktik > Maßnahmen aus bes. Anlässen > GröSCHA > Tierseuchen > Schweinegrippe*

### ► Der Nato-Gipfel im Rück- und Überblick

Der 22. Gipfel der 28 Staats- und Regierungschefs der Nato war der vermutlich größte Polizeieinsatz des Jahres in Deutschland: fast 16.000 Beamte. Die „BAO Atlantik“ informiert über Planung und Verlauf.

*Pfad: Einsatz > Besondere Anlässe > Nato-Gipfel 2009*

### ► Cautio: Wertsachen online wiederfinden

Seit 1. Mai ist die Datenbank „Sichergestellte Kunst- und Wertgegenstände“ auf der Homepage des BKA ([www.bka.de](http://www.bka.de)) freigeschaltet. Damit können sich Diebstahlsopfer weltweit über aufgefundene Wertsachen informieren und Ansprüche anmelden. Die Fahndungsmöglichkeiten wurden erweitert. Info, Handbuch und Ansprechpartner im Extrapol.

*Pfad: Fahndung > Schauraum > Internetdatenbank „Sichergestellte Kunst- und Wertgegenstände“*

## INTERNET



### ► BOB macht klar: Nüchtern ist cool

„BOB – Nüchtern ist cool“ heißt die jüngste Verkehrspräventionsaktion des PP Trier in Zusammenarbeit mit der Gastronomie. Sie wendet sich gegen das Fahren unter Alkoholeinfluss und zielt in erster Linie auf die „jungen Fahrer“. Im April wurde die Aktion der Öffentlichkeit vorgestellt.

*[www.bob-trier.de](http://www.bob-trier.de)*

### ► Neuartige Weste rettet Biker-Leben

Eine neu entwickelte Sicherheitsweste für Zweiradfahrer sorgt für bessere Erkennbarkeit und hilft Unfälle zu vermeiden. Den Start in die Motorradsaison erleichtern praktische Tipps. Die Kampagne wird unterstützt vom Bundesverkehrsministerium.

*[www.polizei.rlp.de](http://www.polizei.rlp.de), Pfad: Sicher im Verkehr > Praktische Tipps > Motorrad fahren – aber sicher!*

### ► Newsletter der Polizei abonnieren

Einen Polizei-Newsletter veröffentlicht das Redaktionsteam im Institut für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft von Prof. Dr. Thomas Feltes an der Ruhr-Universität Bochum. Der Newsletter erscheint monatlich und kostenfrei. Er sendet Meldungen und Studien aus dem polizeilichen Alltag, aus Kriminalistik, Wissenschaft und Forschung in Deutschland, Europa und der Welt.

*[www.polizei-newsletter.de](http://www.polizei-newsletter.de)*